

heute als die höhere Schule bezeichnen, umzuorganisieren. Die österreichische Matura hat auf der ganzen Welt immer noch ihre große Bedeutung und Staaten wie Schweden, Amerika haben festgestellt, daß ihre Matura längst nicht mehr so wertvoll ist, wie beispielsweise die österreichische. (Abg. Gerhard Heidinger: „Heute kommen über 50 Prozent der Schüler über die Hauptschule zu einer Matura der berufsbildenden Schulen!“) Man soll daher nicht verunsichern.

Eines zur Hauptschule. Ich merke das bei Sprechtagen, daß vielfach Eltern sehr unglücklich sagen, wenn man fragt, welche Schule ihr Kind besucht hat, wenn sie einen Lehrplatz oder einen Arbeitsplatz suchen, Hauptschule, zweiter Klassenzug. Meistens sagen sie dann, wenn man fragt, welche Schule: Hauptschule. Man weiß schon, das Kind hat den zweiten Klassenzug absolviert. Das ist förmlich auch eine Art Klassenkampf. Bei Differenzierungen soll man gerade bei Kindern vorsichtig sein. Bei uns in ländlichen Bereichen, wo wir nicht so sehr mit Arbeitsplätzen begütet sind, muß man sagen, daß viele, die den zweiten Klassenzug der Hauptschule besucht haben, keine Möglichkeit haben, einen Lehrplatz zu finden, vielfach sogar nicht die Möglichkeit haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Man fragt sich daher, warum wird soviel über die Schule diskutiert, parteipolitisch differenziert, und warum wird vielleicht noch zu wenig auf die Schüler Rücksicht genommen? Fachleute und politisch Verantwortliche sollten dies ernsthaft überdenken. Ich bin der Meinung, die Schuld liegt keinesfalls bei den Kindern. Sie sind sicher nicht schlechter als Generationen vorher. Die Schuld liegt sicher auch nicht bei den Eltern; vielleicht zum Teil, weil sie beruflich überlastet sind. Die Schuld liegt sicher auch nicht bei den Lehrern, sondern man muß eben dem System die Schuld geben, und eine innere Reform der Schulpolitik wäre sicherlich am Platz, und hier zu versuchen, über die Parteien hinweg eine übereinstimmende Schulpolitik zu finden, müßte unsere Aufgabe sein.

Ich möchte nur ein paar Ausdrücke jetzt zur Verlesung bringen, ich merke sie mir nicht, die meine Vorredner als Fachleute gebraucht haben. Es ist von Differenzierung gesprochen worden, von Koedukation, ich weiß nicht, ob ich diesen Ausdruck jetzt überhaupt richtig ausgesprochen habe, Buben und Mädchen in einer Klasse, heißt das auf Deutsch. Wir könnten ja Deutsch auch reden, aber scheinbar ist das nicht mehr möglich oder nicht angebracht. Von Durchlässigkeit, von Einheitsschule, vom Förderungsunterricht, von Ganztagschule, von Zwangstagschule, von IGS, integrierte Gesamtschule, von Klassenschülerhöchstzahl, von der neuen Hauptschule, von Schulversuchen, von Tagesheimschulen, von Zehn-Prozent-Klausel wurde gesprochen. Wie sollen sich da die Eltern noch zurechtfinden? Wie sollen sich aber auch die armen Kinder zurechtfinden, die ja die Betroffenen dabei sind.

Eine wohlüberlegte innere Schulreform wäre daher notwendig. Wir wünschen, daß die Klassenschülerhöchstzahl herabgesetzt wird, vielleicht mehr der Praxis angepaßt wird. Wir haben heute schon gehört, die Klassenschülerhöchstzahl ist zur Zeit

noch gesetzlich mit über 30 geregelt und liegt längst schon unter 25. Eine Anpassung an die Praxis ist sicher notwendig. Zur Aufwertung der Landschulen möchte ich sehr ernsthaft ersuchen, daß für jede Schule in der Steiermark eine Dienstpostenaufstockung um einen Dienstposten vorgenommen wird, um damit eben auch die kleinen Schulen aufzuwerten. Im heurigen Jahr wurden einige Schulen zugesperrt. Sie mußten zugesperrt werden, weil sie ansonsten einklassig geführt werden sollten beziehungsweise die Einklassigkeit auch nicht mehr im vollen Umfang gegeben war. Man sollte jetzt versuchen, auch diesen Landschulen gerecht zu werden, die noch zwei oder drei Klassen zustande bringen, daß ihre Bedeutung beibehalten bleibt. Eine ernsthafte Anregung noch bei der Vergabe von Leiterposten. Gerade durch die Auffassung der Volksschuloberstufen, durch die Auffassung der alten Volksschule, wie wir sagen, ist es vielfach nicht mehr möglich, oder schwer möglich, qualifizierte Leiter auf das Land in kleine Volksschulen hinauszubringen. Vielleicht sollten wir Überlegungen anstellen, ob es nicht sinnvoller wäre, bei der Vergabe der Leiterposten neben den Qualifikationen in sachlicher Hinsicht auch darüber zu befinden, ob der Bewerber auch seinen Hauptwohnsitz im betreffenden Wohnort dieser Schule hat. (Abg. Marczik: „Ist richtig!“) Es ist sehr wichtig, daß ein Schulleiter in diesem Ort, wo er unterrichtet, auch seinen Hauptwohnsitz hat und damit auch mit der Bevölkerung in außerschulischen Bereichen, im Vereinsleben und im kulturellen Leben den Kontakt pflegen kann. Ich glaube, in der heutigen Zeit, in der immer nüchterner werdenden Zeit ist die außerschulische Arbeit viel mehr zu schätzen, als das in Wirklichkeit zum Ausdruck kommt. Natürlich wird dabei die musische Begabung auch eine große Rolle spielen. Es soll damit mehr Gerechtigkeit gegenüber den ländlichen Schulen geschaffen werden.

Die Tagesheimschule ist sicher die bessere Alternative zur Ganztagschule, und ich freue mich, daß sie über die Parteigrenzen hinaus diskutiert werden kann. (Abg. Brandl: „Er kennt sich gut aus!“) Das ist eine Annäherung zum Standpunkt der Österreichischen Volkspartei. Ich will damit gar nicht sagen, daß jetzt das einzig Richtige von der einen Seite zum Ausdruck gebracht wird.

Wir brauchen auch noch für die Steiermark berufsbildende Schulen, sicher wird das etwas kosten, Lebensqualität kostet eben etwas. Eine gute Schule für die Berufsausbildung unserer Kinder muß uns das wert sein. Wir haben sicher noch zu wenig Haushaltungsschulen, einjährige, mehrjährige. Wir haben noch keine höhere Schule für die ländliche Hauswirtschaft in der Steiermark, und es fehlen für so manche Berufsbereiche berufsbildende mittlere und höhere Schulen. Ein Ersuchen an das WIFI, BFI und das LFI, daß sie vermehrt ihre Kurstätigkeit in die dezentralen Orte verlagern, denn dort ist der Bedarf zum Umschulen auf einen Zweiterberuf viel dringender erforderlich als in städtischen Bereichen. Ich möchte zum Schluß nur wünschen, daß die Schulgesetzgebung nicht zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung ausartet und dabei große Gruppen niedergestimmt werden. Ich möchte nur fragen,

wann wird die Schule endlich besser? Die Schule hat unseren Kindern zu dienen und nicht Politikern, die sich Gegensätzlichkeiten vorwerfen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Aus der lebhaften Schulpolitik heraus zu einem anderen Kapitel. Es hat mich ein bißchen überrascht, ich war nicht der Meinung, daß ich jetzt schon drankommen werde, aber ich bin sicherlich darauf gefaßt. Meine Damen und Herren! In dem Budget, das wir für 1980 beschließen werden, ist eine Budgetpost von 160 Millionen Schilling für die Region Schladming, für die Austragung der Weltmeisterschaft in Schladming enthalten. Insgesamt werden es 590 Millionen Schilling sein, und es werden gemeinsam mit dem Bund eine Milliarde Schilling oder etwas mehr sein, die in die Region Schladming hineinfinanziert werden, weil dort die Weltmeisterschaften im alpinen Schilaf 1982 ausgetragen werden. Ich bin stolz als Steirer, daß uns dies gelungen ist, und es freut mich, daß es gerade eine steirische Stadt ist, die die Weltmeisterschaften für den alpinen Schilaf übertragen bekommen hat. Aber ich glaube, mit mir werden sich viele darüber freuen. Ich möchte nur davor warnen, daß wir bei all dieser Freude, bei dieser berechtigten Freude, aber die Wünsche der anderen Regionen übersehen. Es gibt viele Regionen, die es dringend notwendig haben, daß der Fremdenverkehr gefördert wird, daß ihnen dabei geholfen wird, den Fremdenverkehr auszubauen. Mit der Region Schladming wurde sicherlich ein Schwerpunkt in der Förderung gesetzt. Es wäre sicherlich nicht richtig, wenn wir jetzt in einen Kleingeist, in einen sogenannten „Kantönligeist“ verfallen würden und alle unsere Regionen vordrängen würden, die es Not haben im Fremdenverkehr Unterstützung von der öffentlichen Hand zu bekommen. Aber ich glaube, wir müssen darauf achten, daß die Gießkanne auch für die anderen Gebiete nicht versiegt. (Abg. Dr. Eichinger: „In Rottenmann eindeutig klargestellt!“) Es gibt hier viele Problemgebiete, ich darf nur verweisen: Admont hat Wünsche, Johnsbach, St. Gallen hat Wünsche, in Radmer ist ein großes Projekt in Ausarbeitung für die Erschließung von Skiliften — wir wissen genau, daß dort industrielle Arbeitsplätze verlorengehen — und es daher notwendig ist, auszuweichen auf den Fremdenverkehr und hier einen Ersatz dafür zu schaffen, daß die Menschen in diesen Regionen beschäftigt werden können. Aber ich darf nur darauf verweisen, wie schwierig es manchmal für eine Gemeinde ist: Zum Beispiel die Übernahme der Straße in Radmer liegt schon über zehn Jahre hier in diesem Haus auf, und es ist noch nicht gelungen, dieser Gemeinde die finanzielle Last zur Erhaltung dieser Straße abzunehmen. Auch das gehört zu einem Fremdenverkehrsprogramm, zu einem Konzept, wie man einer Region helfen kann, denn eine Verkehrsverbindung ist doch das erste und wichtigste, damit

man überhaupt mit dem Fremdenverkehr beginnen kann. Die Stadt Eisenerz: Auch hier werden große Hoffnungen in den Fremdenverkehr gesetzt, und der Werksportverein hat mit viel Idealismus, sicherlich auch mit Unterstützung der öffentlichen Hand mit Sportförderungsmitteln in der Eisenerzer Ramsau ein nordisches Zentrum geschaffen, das sich wirklich sehen lassen kann und das auch voll des Lobes der Spitzensportler ist und gerne in Anspruch genommen wird. Es wurde dort eine Langlaufloipe installiert und wird regelmäßig betreut und gepflegt; sicherlich mit Unterstützung, das wollen wir nicht verheimlichen. Es wurden dort zwei Sprungschancen mit vielen freiwilligen Arbeitsstunden gebaut. Das wurde alles bewältigt, aber das, was jetzt auf die Gemeinde zukommt beziehungsweise auf den Sportverein, braucht eine gezielte Unterstützung, damit diese Anlagen entsprechend genutzt werden können, damit diese Anlagen den entsprechenden Zustrom der Sportler, der Fremden, der Freizeithungrigen und der Bewegungssüchtigen, wenn ich das so sagen darf, auch finden wird. Ein ganz großes Anliegen ist natürlich das Skigebiet des Präbichls. Erst vor kurzem hatte ich Gelegenheit, mit einer Delegation aus Vordernberg bei unserem Landeshauptmann vorzusprechen, weil hier im Gröbl-Gebiet bereits ein Skigebiet erschlossen wurde, weil hier die mechanischen Aufstiegsanlagen bereits bestehen und weil sie zu einer Zeit gebaut wurden, wo man noch in weit kleinräumigeren Konzepten gedacht hat, als dies jetzt erforderlich ist. Es wird notwendig sein, dort die entsprechenden Lawinenverbauungen anzubringen. Der Herr Landeshauptmann hat großzügige Unterstützung zugesagt. Ich danke ihm dafür. Auch der Herr Bundesminister Haiden hat seine Unterstützung zugesagt und wird versuchen, hier ausnahmsweise etwas zu unterstützen, das vielleicht in seinem Ressort nicht ganz leicht sein wird. Ich danke ihm für diese Bereitschaft. Ein erheblicher Teil an finanzieller Belastung wird noch für die Gemeinde beziehungsweise für die Liftgesellschaft, die sich bereits seit Jahren bemüht, der Lawinendrohung Herr zu werden, die bereits in viel Eigeninitiative Lawinenverbauungen, Lawinenkegel errichtet hat, aber die große Anstrengung, jetzt die Lawinen an der Wurzel zu packen, eine sogenannte Armbruchverbauung zu installieren, kostet nach ersten Schätzungen 17 Millionen Schilling. Nach einer zweiten Schätzung 10 Millionen Schilling, wobei bereits schon irgendwelche Zugeständnisse an die Natur gemacht wurden. Eine Budgetmenge, ein Zehntel von dem, was wir für die Region Schladming heuer beschließen aber doch ein wesentlicher Teil für dieses Skigebiet am Präbichl, und es belastet eben die Gemeinde, weil noch eine Lücke von 25 Prozent offen ist. Es wird die Gemeinde, es wird die Liftgesellschaft, es wird die ÖBB herangezogen werden, denn auch ihre Bahnlinie ist irgendwie von den Lawinen gefährdet. Es wird notwendig sein, hier die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Die Sozialisten haben ja schon lange einen Landtagsantrag eingebracht, damit hier das Land helfend eingreift, damit diese notwendigen Lawinenverbauungen am Skigebiet Präbichl endlich durchgeführt werden können. Wir

haben am 20. Februar diesen Antrag neuerlich eingebracht, weil wir der Meinung sind, daß es für die Region Eisenerz—Präbichl—Vordernberg von besonderer Bedeutung ist, daß dieses Fremdenverkehrsgebiet dort oben erhalten bleibt. Ich wünsche nur, daß alle Stellen ihre Zusagen einhalten werden, dann werden wir sicherlich dieses Problem bewältigen können. Ich möchte aber auch noch dazu sagen, ich wünsche den Schladmingern viel Erfolg bei der Weltmeisterschaft 1982. Ich wünsche mir, daß viele österreichische Skiläufer als Sieger die Ziellinie passieren. Ich hoffe aber auch, daß viele Fremdenverkehrsgebiete die gesteckten Ziele erreichen werden, damit wir in der Steiermark wieder eine erhöhte Lebensqualität bekommen, denn gerade im Präbichlgebiet handelt es sich doch um das Freizeit- und Erholungsgebiet des Industrieraumes Leoben und Donawitz, ja sogar von der Landeshauptstadt kommen die Sportler auf den Präbichl, um dem Skifahren zu huldigen, und ich glaube doch, daß es diese Region wert ist, daß sie unser aller Unterstützung erhält und daß wir über Schladming hinaus, auf das wir stolz sind, daß wir dort die Skiweltmeisterschaft austragen können, aber nicht vergessen, daß es in der übrigen Steiermark noch viele Fremdenverkehrsgebiete und viele Probleme gibt, die wir nur gemeinsam bewältigen können und die wir auch in Zukunft sehen müssen. Ich danke schön. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger.

Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 2 behandelt eine breite Palette von Sachgebieten: den Unterricht, die Erziehung, den Sport, die Wissenschaft und dergleichen. Mein Kollege Hammer hat bereits auf die sportlichen Belange hingewiesen, aber ich möchte noch einmal zurückblenden auf die fachliche Berufsertüchtigung unserer Jugend und möchte einleitend noch einen Satz zur vorhergehenden Debatte über unsere Elementarschulen sagen. Es wäre zwingend notwendig, nach einer jahrzehntelangen Diskussion über Reorganisation, Reformation, Deformationen, daß in unser Schulwesen endlich wieder die notwendige Ruhe einkehrt, damit unsere Lehrer wieder mit Ruhe lehren und unsere Kinder wieder mit Ruhe lernen können. Ich glaube, das wäre höchst an der Zeit.

In diesem Zusammenhang, wie schon erwähnt, die Berufsausbildung unserer Jugend. Hier kann eines gesagt werden, daß es gerade bei der fachlichen Weiterbildung der bäuerlichen Jugend in den vergangenen Jahrzehnten möglich war, sich den Gegebenheiten und der laufenden Entwicklung entsprechend anzupassen. Ich möchte noch eines sagen, auch wenn erst in der Gruppe sieben die Wirtschaft, das Gewerbe, die Landwirtschaft oder der Fremdenverkehr behandelt werden, daß eigentlich die notwendige Entwicklung der gesamten Wirtschaft auf den im Kapitel zwei liegenden Grundsätzen, nämlich der Weiterbildung und Ausbildung

der Jugend fundiert. Und wenn wir diese Fragen, die Sparte, diese Situation oder dieses Sachgebiet von der Warte der Landwirtschaft aus betrachten, muß ich noch einmal unterstreichen, daß wir uns bemüht haben, der Entwicklung entsprechend Rechnung zu tragen. Sie werden sich erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß auf Druck oder auf Wunsch der bäuerlichen Berufsvertretung es im Jahre 1964 möglich war, das bäuerliche Berufsschulgesetz zu beschließen. Wir hatten damals bei der Begründung der bäuerlichen Berufsschule eine Berufsschülerzahl, sowohl bei den Mädchen als auch bei den Burschen, von insgesamt ungefähr 8000 Schülern. Wenn wir die Entwicklung, was die Berufsschüler betrifft, seit dieser Zeit verfolgen, so können wir feststellen, um hier diese Aufzeichnung genauer zu beleuchten, daß diese Schülerzahl von insgesamt 8000 im Jahre 1964 im Jahre 1979 auf 950 zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist vor allem deshalb festzustellen und darin begründet, weil der Drang, einen zweiten Beruf zu erlernen, nun auch in den bäuerlichen Regionen entsprechend Fuß gefaßt hat, und der Wille auch heute noch vorherrscht, daß es für einen künftigen bäuerlichen Hofübernehmer von entscheidender Bedeutung und eine grundsätzliche Voraussetzung überhaupt ist, daß er sich vorher einer entsprechenden fachlichen Berufsausbildung unterzieht. Wir haben hier im Gegensatz zur Berufsschüleranzahl einen Vergleich, daß sich die Anzahl der Besucher der landwirtschaftlichen Fachschulen entsprechend erhöht hat. Wenn ich hier wiederum einen Vergleich anstellen darf, so waren es im Jahre 1964 nur 510 männliche Fachschüler und 300 weibliche Fachschülerinnen und ist diese Zahl bis zum Jahr 1979 auf der Mädchenseite von 300 auf 1756 angestiegen und auf der Burschenseite von 510 auf 1167. Wir können hier feststellen, daß eine Entwicklung Fuß gefaßt hat, die in den Jahren 1960 bis 1965 noch nicht abzusehen war. Wir haben ja auch seinerzeit die Meinung vertreten, daß es in der Landwirtschaft gesetzlich verpflichtend sein müßte, daß wir von jedem Hofübernehmer einen entsprechenden Er-tüchtigungsnachweis verlangen sollten. Heute können wir sagen, daß eine solche gesetzliche Verankerung überhaupt nicht mehr notwendig ist, auch seinerzeit nicht gemacht wurde, weil sich die Entwicklung so zutrug, daß wir heute sagen können, daß faktisch jeder, der einen bäuerlichen Betrieb übernimmt, auch schon die landwirtschaftliche Fachschule absolviert hat. Eine Voraussetzung überhaupt, daß für unsere Jugend die Möglichkeit gegeben wurde, diese Fachschulen zu besuchen, war die, daß man die notwendigen Schulen zur Verfügung gestellt hat. Hier muß man sagen, daß sich der Schulerhalter, in diesem Fall das Land Steiermark, den notwendigen Gegebenheiten angepaßt hat. Man hat nicht in Graz und Umgebung zentrale Schulen gebaut, sondern man hat diese landwirtschaftlichen Fachschulen überall dort errichtet, wo eben die Notwendigkeit gegeben war. Sie werden ja selbst wissen und kennen die Situation, daß in allen Teilgebieten unseres Landes die Fachschulen stehen, sowohl für die Burschen als auch für die Mädchen. Wir haben in der Folge auch erreicht und können

heute mit Freude registrieren, daß nicht nur die bäuerlichen Fachschulen, sondern auch die Schule St. Martin mit ihren vielen Zweigstellen in den ländlichen Regionen, nicht nur von der bäuerlichen Seite einen entsprechenden Zuspruch verzeichnen können. Wir können auch mit Freude registrieren, daß diese Schulen eigentlich für alle Bewohner des ländlichen Raumes sehr aktuell sind. Wir haben in der Steiermark, um hier eine Zahl zu nennen, insgesamt 37 Fachschulen, mitinbegriffen die Schulen von St. Martin, außerdem noch 12 Berufsschulen. Wenn wir diese beiden Summen addieren, können wir feststellen, daß wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern in bezug auf die Bildungsmöglichkeiten und die bäuerliche Berufsausbildung in Österreich führend sind. Das gibt uns eine entsprechende Genugtuung, daß wir zumindest versucht haben, hier die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um unsere bäuerliche Jugend für die Zukunft entsprechend vorzubereiten. Daß diese Ausbildung möglich war und dieser hohe Stand der Ausbildung in den Schulen möglich ist, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß wir einen Stab von Lehrern in unseren Schulen haben, die eine besondere Tüchtigkeit nachzuweisen in der Lage sind. Diese Bildungsmöglichkeit ist auch darauf zurückzuführen, daß unsere Lehrer und Lehrerinnen in den Landwirtschaftsschulen selbst noch jung sind. Hier darf ich wieder einige Zahlen nennen. 41 Prozent unserer Lehrer sind jünger als 30 Jahre, 34 Prozent sind jünger als 40 Jahre, und insgesamt sind 75 Prozent unserer Lehrer in den landwirtschaftlichen Schulen, jünger als 40 Jahre. Im gesamtösterreichischen Vergleich liegen wir mit Lehrern unter 40 Jahren bei 60 Prozent. Auch in dieser Frage sind wir in der Steiermark führend. Ich möchte von dieser Stelle aus im Namen unserer Bauernschaft unseren Lehrern und Lehrerinnen recht herzlichen Dank sagen, die sich zu jeder Tageszeit unseren Schülern zur Verfügung stellen. Wie gesagt, wir legen auf die Ausbildung unserer Jugend besonderen Wert. Wir messen auch der Fachausbildung und der Ausbildung in höheren Schulen eine besondere Bedeutung bei und natürlich auch im besonderen der Tatsache, daß die Möglichkeit der außerschulischen Weiterbildung für die bäuerliche Jugend gegeben ist. Hier haben wir ein Musterbeispiel, wie dies durch eine überparteiliche und überkonfessionelle Jugendorganisation möglich ist. Der Bund steirischer Landjugend erfaßt nicht nur die bäuerliche Jugend, sondern ist eine Jugendorganisation für den ländlichen Raum geworden. Es ist somit allen, die im ländlichen Bereich wohnen, die Möglichkeit gegeben, sich in allgemeinbildenden und auch in Fragen der Fachausbildung entsprechend weiterzubilden. Darüber hinaus, um diese Palette fortzuspinnen, ist die Ausbildung vom Lehrer bis zum Meister eine Notwendigkeit und wird auch mit sehr viel Aufmerksamkeit verfolgt. Darüber hinaus haben wir auch noch unsere Kammereinrichtungen. Ich denke an den Raiffeisenhof oder an die Forstschule in Pichl, wo ebenfalls für die Jugend eine breite Bildungspalette gegeben ist. Ebenfalls, um dem noch den entsprechenden Rahmen zu geben, legen wir auf die Weiterbildung der bereits als Landwirte Tätigen einen besonderen

Wert. Durch Spezialkurse, die von der Kammer organisiert werden, ist die Möglichkeit gegeben, sich laufend mit den aktuellen Dingen auseinanderzusetzen. Abschließend freuen wir uns, daß die Post „Landwirtschaftliche Fachschulen“ sowohl für Burschen und Mädchen auch im heurigen Jahr wieder entsprechend dotiert ist. Das scheint die sichere Gewähr dafür zu sein, daß die eingesetzten Bildungsmöglichkeiten auch in Zukunft in der bisherigen Form verfolgt werden können und somit auch in der Zukunft die Gewähr gegeben ist, daß unsere künftigen Bauern sich einer entsprechenden fachlichen Weiterbildung unterziehen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Herr Präsident, Hohes Haus!

Wohl kaum eine andere sportliche Veranstaltung hat ein derartiges Echo ausgelöst als die alpinen Schi-Weltmeisterschaften 1982 in der Dachstein-Tauern-Region. Die Vergabe an diese Region krönt das jahrzehntelange Bemühen der Gemeinden, aber auch der Bewohner dieses Raumes, die Schiberge des oberen Ennstales durch das Erschließen mit Aufstiegshilfen und Errichtung von Abfahrtspisten einer großen Zahl von Wintersportlern möglich zu machen. Zu Beginn der sechziger Jahre wurden fast gleichzeitig der Schlädminger Hausberg, die Planai, aber auch die Hochwurzen durch Mautstraßen erschlossen, so daß täglich Tausende von Schifahrern auf diesen Mautstraßen in das Gipfelgebiet gebracht werden konnten. Hand in Hand mit diesem Straßenbau ging dann auch die Errichtung der Skiabfahrten. Es ist erfreulich, daß die Skiabfahrt von der Planai im Jahre 1968 als Fis-Abfahrt homologiert wurde. In diese Zeit der Erschließungen fällt auch der Aufschwung dieses Gebietes im Winterfremdenverkehr. Ich möchte ganz besonders hervorheben, daß die damaligen Erschließungen, die Errichtungen der Straßen, aber auch der Bau der Skipisten nur durch größte Opfer der betroffenen Gemeinden durchgeführt werden konnten und daß wir es bedauern müssen, daß die großzügige Förderung durch das Land Steiermark, wie das heute üblich ist, damals nicht gegeben war. Mit Freude können wir auch feststellen, daß die ersten Europacuprennen zu Ende der sechziger Jahre durchgeführt wurden und daß damit unser Gebiet erstmalig auch international bekannt wurde.

Mit der Errichtung der Einseilumlaufbahn zu Beginn der siebziger Jahre, der Errichtung weiterer Lifte, verbunden mit neuen Abfahrtsstrecken, hat ein neuer Aufschwung dieses Fremdenverkehrsgebietes eingesetzt und konnten wir viele, viele neue Freunde unserer Fremdenverkehrsorte finden.

Meine Damen und Herren, erst vor wenigen Monaten hat der Steiermärkische Landtag den Beschluß gefaßt, durch den Grundankauf die Erschließung der Planai-West zu ermöglichen. Die Planai-West ist ein Doppelsessellift, und wir können mit Freude vermerken, daß das der erste Lift der Welt sein wird, der durch einen Tunnel geführt wird. In der zweiten Ausbaustufe soll dann auch der Rohr-

mooser-Hausberg, die Hochwurzen, durch einen Sessellift erschlossen werden. Ich möchte hier auch unterstreichen, daß die Steiermärkische Landesregierung dem Büro Ing. Salzmann den Auftrag gegeben hat, eine Studie auszuarbeiten mit dem Ziel, die technischen Voraussetzungen dafür zu überprüfen, wie weit die vier Berge des oberen Ennstales, der Hauser Kaibling, die Planai, die Hochwurzen, aber auch die Reiteralp, durch eine sogenannte Skischaukel verbunden werden können. Der Landesfremdenverkehrsreferent des Landes und der Finanzreferent des Landes Steiermark haben diese Projekte den Bürgermeistern und den Fremdenverkehrsexperten des oberen Ennstales vor zwei Jahren vorgestellt, und ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, mitteilen, daß seit der Mitte der sechziger Jahre in der Weltmeisterschaftsregion Dachstein-Tauern 155 Kilometer präparierte Abfahrtspisten, drei Gondelbahnen, neun Sesselbahnen, 71 Skilifte mit einer Gesamtbeförderungskapazität von 63.000 Personen pro Stunde, errichtet wurden. Alle Rennstrecken sind verkabelt, führen fast ausschließlich durch Waldschneisen, sind daher lawinensicher, nebelfrei, windgeschützt und, was besonders erfreulich ist, durch ihre Nordlage überaus schneesicher. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Und billig!“) Und billig, sagt der Herr Landeshauptmannstellvertreter. Alle diese Voraussetzungen und eine eindrucksvolle Präsentation durch unsere Delegation haben am 19. Mai dieses Jahres beim FIS-Kongreß in Nizza den Ausschlag gegeben, daß unserer Region, also damit auch der Steiermark, im vierten Wahlgang mit einem Abstimmungsverhältnis von 44 zu 42 Stimmen die alpinen Skiweltmeisterschaften für das Jahr 1982 zugesprochen wurden. So wird, was viele von uns nicht möglich gehalten haben, nach Innsbruck in den Jahren 1964 und 1976 zum ersten Mal eine steirische Stadt, nämlich die alte Bergstadt Schladming, mit der Durchführung solcher Weltmeisterschaften betraut werden. Aber neben aller Freude und der Tatsache, daß wir die Weltmeisterschaften 1982 bekommen, erwachsen den beteiligten Gemeinden, nicht zuletzt auch dem Land Steiermark und unsere Republik, große, schwierige, organisatorische und auch finanzielle Probleme. So haben Vertreter des Landes und Vertreter der Region aus dem Dachstein-Tauern-Gebiet im Bundeskanzleramt vorgesprochen und vom Bundeskanzler Dr. Kreisky die Zusage erhalten, daß auch der Bund und die Bundesregierung die berechtigten Wünsche der Steiermark und die berechtigten Belange unseres Gebietes entsprechend vertreten werden. Der Bundeskanzler ist weit über unser Gebiet hinausgegangen und hat erklärt, daß man in diese Förderungsmaßnahmen auch ein Gebiet weit bis hinunter ins mittlere Ennstal einbeziehen soll, etwa so, wie das in Aichfeld-Murboden gehandhabt wurde. Es wurde ein Organisationskomitee gegründet, Vorsitzender ist der Herr Unterrichtsminister Dr. Sinowatz. In diesem Komitee sind neben den Vertretern des Bundes die Vertreter des Landes, der Region, des österreichischen Skiverbandes, des steirischen Skiverbandes, des Bundesheeres, der Exekutive und selbstverständlich auch alle örtlichen Vereine mit den Bürgermeistern vertreten. Ich darf

Ihnen nur ein kleines Beispiel der schwierigen Organisation sagen, wenn ich Ihnen bekanntgebe, daß Parkplätze für 30.000 PKW geschaffen werden müssen, und daß man hier dafür Vorsorge treffen muß, daß die 15 Sonderzüge, die in dieser Zeit in unser Gebiet kommen, ordnungsgemäß abgefertigt und die Personen untergebracht werden können.

Mit Freude stelle ich als Vertreter dieses Gebietes fest, daß im Landesvoranschlag 1980 neben der Regierungsvorlage unter Punkt 12, in der beachtliche Mittel vorgesehen sind, auch in der Gruppe 2 24 Millionen Schilling als erste Rate für die Organisationsaufgaben, die mit 100 Millionen Schilling präliminiert sind, 40 Millionen Schilling wird davon das Land bezahlen, 40 Millionen wird der Bund dazu beitragen und 20 Millionen Schilling müssen die Gemeinden dieser Region aufbringen, daß in dieser Gruppe zwei dieser Beträge vorgesehen sind. Mit diesen Mitteln sind wichtige Vorhaben zu finanzieren. Ich möchte einige davon nennen, damit Sie, meine Damen und Herren, auch informiert sind, wohin diese Mittel fließen werden. Es werden Mittel gebraucht für die Unterbringungsmöglichkeit der Aktiven, der Betreuer, der Presse, nicht zuletzt aber auch der vielen Gäste, die wir als Zuschauer erhoffen. Es sind Verkehrsfragen zu lösen, Verkehrsfragen, die Straße und Schiene betreffen; wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir weitere Aufstiegshilfen in diesem Raum verwirklichen können. Es gibt beachtliche nachrichtentechnische Probleme und Fragen zu lösen; die Sicherheitsmaßnahmen und der Ordnungsdienst erfordern ebenfalls beachtliche Mittel, und auch die ärztliche Versorgung sowohl auf der Piste wie auch im Krankenhaus Schladming wird zusätzliche Mittel erfordern. Für etwas, was man auch ins Kalkül ziehen muß, wenn einem der Wettergott nicht so hold sein sollte, wie man das gerne hätte, sind Vorkehrungen zu treffen, nämlich, daß wir für die künstliche Schneeszeugung die erforderlichen Geräte und Maschinen zur Verfügung haben.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen hier einige Beispiele genannt. Aber alle finanziellen Mittel würden nicht ausreichen, wenn hier nicht von der Bevölkerung her, von den Gemeinden und von allen anderen betroffenen Stellen, der Wille zur Mitarbeit vorhanden wäre. Hier darf ich hervorheben, daß sich alle Vereine, alle Gemeinden, alle alpinen Vereine ausschließlich dazu bereit erklärt haben, durch eine Heerschar ehrenamtlicher Helfer diese große Veranstaltung zu unterstützen. Die Werbung, die Propaganda ist bereits angelaufen. In „Sport am Montag“ vor einigen Tagen, also vorgestern, wurden die vier Maskottchen vorgestellt und alle Schibegeisterten und andere Interessierte eingeladen, mitzuhelfen, welches der vier Maskottchen nun endgültig für Schladming das richtige sein soll.

Nun, meine Damen und Herren, haben mein Vordrner, der Herr Abgeordnete Hammerl, und der Herr Landesfremdenverkehrsreferent am Landesfremdenverkehrstag in Rottenmann Sorgen darüber ausgesprochen, daß dieser Geldfluß nach Schladming, in diese Region, nicht nur Sorgen auslösen könnte, Sorgen dahingehend, daß die auf einmal

vielleicht zu viel Geld haben, was anderen abgehen wird. Es sind auch Neider auf den Plan getreten, die mit vollem Recht sagen, die Steiermark hat auch andere Schigebiete, aber, meine Damen und Herren, alle Maßnahmen, die dort getroffen werden, sind keine Einrichtungen, die ausschließlich für die wenigen Tage der Weltmeisterschaft gebraucht werden, sondern hier werden Maßnahmen gesetzt, die auf Jahrzehnte hinaus für unser Gebiet, für unseren Fremdenverkehr und damit für die Wirtschaft des gesamten Ennstales und für die gesamte Steiermark von großer Bedeutung sind.

Ich darf hier ausdrücklich feststellen und das wurde schon erwähnt, daß für Schladming zusätzliche Mittel vorgesehen sind und daß dadurch andere Gebiete in ihren Förderungsmaßnahmen in keiner Weise eingeschränkt werden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das hoffen wir!“)

Zwei weitere Veranstaltungen will ich ausdrücklich erwähnen, das sind die Nordischen Jugendweltmeisterschaften im gleichen Jahr in Murau und die internationale Schifflugswoche am Kulm im steirischen Salzkammergut. Ich möchte die zuständigen Referenten, in erster Linie den Landesfremdenverkehrsreferenten dringend ersuchen, daß auch diesen anderen Veranstaltungen eine entsprechende finanzielle Unterstützung gewährt wird. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Was glauben Sie, werde ich machen?“) Herr Landeshauptmann, wir kennen uns sehr, sehr lange, und ich möchte hier nicht deutlicher werden, wenn ich gesagt habe, daß wir bedauern, daß wir vor Jahren und Jahrzehnten nicht diese großzügige Förderung gehabt haben, wie sie jetzt erfreulicherweise, das darf ich wirklich sagen, durch das Land Steiermark gewährt wird. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Du darfst ja fördern!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Lassen Sie sich von ihm nicht scharf machen!“) Aber das ist eine Bitte, die ich vortrage. Das Salzkammergut gehört mit zu meinem Bereich, und es ist daher selbstverständlich, daß ich die Wünsche meiner Freunde hier vertrete. Hohes Haus! Für das Dachstein-Tauern-Gebiet ist die Durchführung der Weltmeisterschaften eine Auszeichnung und eine Krönung aller bisherigen wintersportlichen Veranstaltungen. Für die Steiermark ist diese Weltmeisterschaft eine werbewirksame Vorstellung und eine großartige Gelegenheit, Österreich und der Welt zu zeigen, daß nicht nur westliche Länder herrliche Schigebiete mit einer hervorragenden Pistenbetreuung und bester Organisation haben. Den steirischen Rennläufern, meine Damen und Herren, gibt diese Weltmeisterschaft Gelegenheit, in einem fairen Wettkampf mit den Spitzenläufern der ganzen Welt zu beweisen, daß sie kämpfen und, wir wollen dafür auch die Daumen halten, siegen können. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Aus den zumindestens theoretisch weißen Regionen der Dachstein-Tauern-Region zurück zur Bil-

dung und zur Schulfrage. Ich hoffe, daß die Bildungsdiskussion wieder mit der Emotion weitergeht, in die sie mein Namensvetter hineingeführt hat. Denn es ist sicher gut und notwendig, wenn so wesentliche Fragen wie die Schule, Bildung, und „Bildung ist Zukunft“, eingehend und von verschiedenen Standpunkten beleuchtet werden. Ich glaube aber, und das ist bei den verschiedenen Wortmeldungen angeklungen, daß der Konsens viel breiter ist als es solche engagierte Wortmeldungen zeigen. Wir haben sicher Konsens, daß der Zielparagraph des Schulgesetzwerkes 62 noch gilt. Es werden vermutlich keine Einwendungen gegen Feststellungen kommen, daß sich seit 1945 der gesellschaftliche Wandel in einer Rasanzen vollzogen hat, wie wir es uns nie hätten vorstellen können. Wir haben die Änderungen in der Kommunikationswelt: längst sind neben das gesprochene und geschriebene Wort das Radio und Fernsehen getreten. Daß sich daraus Folgerungen im Schulbereich ergeben, ist wohl selbstverständlich. Es ist sogar so, daß, wenn wir die Parteiprogramme und Forderungen, aber auch die pädagogischen Forderungen aus Fachzeitschriften miteinander vergleichen, wir in vielem Gleichklang und damit Konsens feststellen können.

Bildung und Schule sind die Basis der Zukunft des einzelnen wie der Gesellschaft. Bildung soll allen zugänglich sein. Sie soll zumindestens als Chance für alle Beteiligten, für alle jungen Menschen vorhanden sein. Die Wahrnehmung dieser Chance allerdings werden wir wohl dem einzelnen überlassen müssen. Die Schule soll die diversen Begabungen fördern, nicht nur intellektuelle, und das ist vielleicht ein Punkt, der zu wenig beachtet wird. Es soll auf die Arbeitswelt Rücksicht genommen werden; auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse und, Kollege Heidinger hat das ja schon angeschnitten, wenn dem nicht Rechnung getragen wird, dann gibt es Frustrationen, Schwierigkeiten, die den einzelnen mit Recht bewegen, die die Gesellschaft bewegen, die aber unter Umständen gar nicht lösbar sind.

Es soll die Schule selbstverständlich zum Leben hin orientiert sein. Wir werden auch vermutlich noch Konsens erzielen, daß zur Bewältigung dieses Wandels, der ja auch in anderen Bereichen vorhanden ist, ein permanentes Umdenken, ein permanentes Neu-Uberdenken, mit anderen Worten, eine permanente Schulreform notwendig ist. Es ist schon in der Diskussion anlässlich der Wortmeldung des Kollegen Heidinger sehr vehement auf die Schulreformkommission, die 1969 vom damaligen Unterrichtsminister Mock, gerade von Unterrichtsminister Mock, ins Leben gerufen wurde und die jetzt 10-Jahres-Feiern hinter sich hat, hingewiesen worden. Differenzen wird es aber geben und gibt es in der Beurteilung des gegenwärtigen Schulsystems. Von „krisenhaften Erscheinungen“ bis „es ist alles in Ordnung“ geht die Meinung. Hier glaube ich, ist es gut, die Meinung von Außenstehenden zu zitieren, und es ist ja unlängst der Bildungsbericht 1979 der OECD-Prüfung des österreichischen Schulsystems vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst erschienen, also sicher eine seriöse Quelle, und ich darf daraus zitieren, wörtlich: „Über unser Schulsystem wird gesagt, es handelt sich um ein

klar durchstrukturiertes, doch nichts desto weniger um ein natürliches Gebilde, in dem zwar sicher nicht die radikaleren europäischen Bildungsauffassungen zum Tragen kommen, das aber eine, der österreichischen Tradition entsprechende Einstellung widerspiegelt.“ Es heißt dann, wenig weiter: „Es handelt sich auch, wie die Entwicklung in den letzten 15 Jahren bewiesen hat, keineswegs um eine statische Ordnung.“ In der Beurteilung der Reformbestrebungen, und das scheint mir besonders wichtig: „Der gesamte Vorgang wird in allen Einzelheiten vorsichtig, emotionsfrei“, ein bißchen Emotion kann beim Reden schon sein, „und mit Gründlichkeit abgewickelt. Plötzliche, gewaltsame Veränderungen sind daher undenkbar. Außerdem wird auf diese Weise das System in den Dienst der österreichischen Staatsbürger gestellt und kann niemals ihren Wertvorstellungen und Wünschen zu weit vorausseilen.“ Soviel die wörtlichen Zitate. Ich möchte jetzt in aller gebotenen Kürze auf zwei Dinge hinweisen. Das eine, das schon angeklungen ist, nämlich, daß die Bildungswege mit den Anforderungen der Praxis nicht übereinstimmen und wir in manchen Bereichen zuviele Absolventen haben und in manchen zuwenig. Konkret: Wir haben zu viele Lehrer und Philosophen und bereits zu wenige Technikstudenten. In einer Zeit, wo die Studentenzahl allgemein zunimmt, stagnieren bzw. sind die Studentenzahlen der Technischen Universitäten und höheren Technischen Lehranstalten vielfach rückläufig. Wir haben einen zu starken Andrang zu kaufmännischen Berufen, auch zu kaufmännischen Hilfsarbeitern, wenn man es sehr deutlich sagen will, und zuwenig zu manuellen Facharbeitern. Die Folgen dieser Entwicklung sind enttäuschte Schulabgänger, und damit komme ich zum zweiten, das ich hier deponieren möchte; letztlich auch zu gigantisch fehlgeleiteten Steuergeldern. Die Bildungsökonomie ist etwas, das zwar eine Kommission in der Schulreformkommission kreiert, worüber es aber wenig Literatur und noch weniger Bewußtsein in der Praxis gibt. Ich glaube, wenn etwa sechs Prozent des Bruttonationalprodukts insgesamt für Bildungsausgaben ausgewiesen und aufgewendet werden, dann ist es nicht gleichgültig, wie diese Gelder ausgegeben werden. Das heißt, daß man wohl verlangen kann, daß auch die Effizienz einigermaßen gemessen wird. Es hat hier in dankenswerter Weise der Managementklub des Wirtschaftsbundes in seiner Studie „Pro Österreich“ auch den Versuch unternommen, ein derartiges Gutachten über Bildungsökonomie in die Publikation einzubinden und die Überlegungen dieses, im übrigen Grazer Wissenschaftlers gehen dahin, daß die Wachstumsraten des Bruttonationalproduktes, die abnehmend waren in den letzten Jahren, nur heuer ist wieder eine Ausnahme, möglicherweise auch mit dem geringeren Wachstumsgrad im Humankapitalstock gegenüber dem Sachkapitalstock zu erklären wären. Der Humankapitalstock ist nur um etwa sechs Prozent gewachsen. Man versucht dann in diesem Gutachten in Anlehnung an eine OECD-Studie auch auf die Erträge des Bildungssystems durch soziale Indikatoren hinzuweisen.

Es ist sicher so, daß der persönliche Nutzen eines Bildungsausganges dann letztlich vom Le-

benseinkommen bestimmt wird, und die heutige Einkommensschichtung ist sicher der Grund dafür, daß junge Leute immer wieder in Berufe drängen trotz der richtigen und wohlmeinenden Ratschläge, daß hier eine Schwämme droht. Wenn Sie vorhin, Herr Kollege Heidinger, die 3000 fehlenden Lehrer erwähnt haben, so war das ein Nachholbedarf, und es war vielleicht der Fehler, daß man nicht klar genug den jungen Menschen gesagt hat, daß das ein einmaliger Schub ist eben durch den Ausbau der Bildungseinrichtungen, und wenn der Nachholbedarf gedeckt ist, dann eben der Stau kommt, der sich jetzt deutlich abzeichnet, und wo wir, glaube ich, alle miteinander nicht recht wissen, wie wir eine vernünftige Eingliederung dieser Absolventen im nächsten, übernächsten Jahr werden vornehmen können. Aber neben diesem persönlichen, erhofften oder wirklichen Nutzen haben wir natürlich von höherer Bildung Nutzen im Bereich der Lebensqualität, im Bereich der Gesundheit, im Bereich sozialer Gleichheit und auch in der politischen Mitwirkung. Eine Demokratie ist sicherlich nur dann gut beraten und nur dann lebensfähig, wenn das Bildungsniveau der gesamten Gesellschaft möglichst hoch ist.

Aber neben diesen fast philosophischen Überlegungen zu Nutzen und Kosten jetzt abschließend noch zu sehr konkreten Dingen, und die sollten uns zu denken geben: Es gibt eine Publikation, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle, falls Sie sie nicht haben, Kosten der Schulversuche 1975/76, Ergebnisse. Herausgegeben von der Schulreformkommission Okonomische Gruppe. Hier etwa kann man lesen, daß die Gesamtschule Mehrkosten von 1,3 Milliarden Schilling verursachen würde, wenn sie als Regelschule eingeführt wird. Die Mehrkosten können dann abgefangen werden, nach Meinung des Ministeriums, wenn durch sieben Parallelklassen eines Jahrganges die Schule zu einer Monsterschule wird. Damit sind wir genau bei dem Punkt, Herr Kollege Heidinger, wo ich mit Ihnen nicht konform gehe, nämlich dort, wo Sie die Gesamtschule als die Rettung der Schule im ländlichen Raum darstellen. Wir werden, wenn wir zur Gesamtschule kommen, konzentrieren wie seinerzeit die Hauptschulen als Eliteschule, als Bürgerschulen, zum Beispiel im Bezirk Leibnitz nur eine, dann zwei und dann drei. Genau dort werden wir hinkommen. Wir werden zu einer gigantischen Pendelbewegung der jungen Leute kommen, zu Monsterschulen, die anonym und absolut nicht menschengerecht sind. Das ist keine Vision, sondern durch pädagogische Studien in deutschen Landen sehr deutlich geworden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Diese Horrorvision, die Sie darlegen, entsteht nur dann, wenn ich nicht geneigt bin, mehr Geld dafür auszugeben!“) Diese entstünden dann, wenn Sie sich einbilden, daß Sie ein neues System einführen müssen, statt daß Sie ein bestehendes zart ändern, wie es unserer Vorstellung der neuen Hauptschule und der Abschaffung der Zweizügigkeit und der Einführung der Vorteile entspricht, die auch bei der Gesamtschule ins Treffen geführt werden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das stimmt nicht!“) Denn, Herr Kollege, ich darf jetzt wieder den Bildungsbericht zitieren über das Ergebnis der Schulversuche in

pädagogischer Hinsicht. Ich würde mir das gefallen lassen, daß das mehr kostet, wenn der Schulleffekt besser ist. Wenn ich aber hier lese, bitte amtlich auf Seite 30: „Laut Bericht der österreichischen Behörden sind die Ergebnisse der Gesamtschulversuche bisher positiv, das heißt, daß gleichbefähigte Schüler etwa gleich viel lernen wie in den traditionellen Schulen.“ Was heißt denn das? Es ist pädagogisch gleich gut. Dann werde ich doch nicht justament bei den Budgetsituationen, wie sie jetzt ja von allen Rednern hier im Hohen Haus in der Generaldebatte mit Recht angezogen wurden, mehr Geld ausgeben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie haben doch selber in der Landesschulratsitzung Unterlagen bekommen. Schauen Sie sich an, was da über den Schulversuch drinnensteht. Schauen Sie sich das an!“) Ich pflege mir die Unterlagen sehr genau anzuschauen. Sie sehen, ich habe eine ganze Fülle von Unterlagen studiert, um hier Unangreifbares behaupten zu können, und ich bediene mich, wie Sie sehen, vornehmlich Materialien des Bundesministeriums für Unterricht.

Ich darf jetzt noch zur Ganztagschule und Tagesheimschule, auch wieder nüchtern, Ihnen die Kosten darstellen. Die Zusatzkosten beim Schulversuch Ganztagschule sind pro Klasse 306.000 Schilling, beim Schulversuch Tagesheimschule Mehrkosten 71.000 Schilling. Bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, das heißt, daß die Gesamtschule viermal so teuer ist wie die Tagesheimschule. Warum denn um Gottes Willen sich dann auf die Ganztagschule versteifen, wenn man pädagogisch sogar bessere Effekte mit der Tagesheimschule erzielen kann. Das sind Zahlen, die vom Ministerium sind, die sicher auch angreifbar sind, die von der einen Schule etwas höher, von der anderen etwas niedriger sind. Abschließend zu den Kostenfragen noch ein ganz ernstes Kapitel, das bisher in der Diskussion, wenigstens meines Wissens, nicht angeschnitten wurde. Es wird, ohne daß es gesagt wird, vorausgesetzt, daß die Kosten der Tagesheimschule oder der Ganztagschule natürlich vom Schulerhalter getragen werden, ohne Kostenbeteiligung derer, die diese Schule benützen. Ich halte das, vor allem dann, wenn sie, und anderes ist ja auch von seiten des Bundesministeriums nicht gedacht, fakultativ eingeführt wird. Warum soll ich als Steuerzahler für diejenigen bezahlen, die ihre Kinder, statt daß sie sie in der Familie auch miterziehen, wegstellen? (Abg. Gerhard Heidinger: „Wegstellen müssen! Berufstätige Mütter!“) Wegstellen, Herr Kollege! (Abg. Gerhard Heidinger: „Wegstellen müssen!“) Lassen Sie mich ausreden. Es ist das der typische Gedankenfehler, Herr Kollege Heidinger, bitte hören Sie zu, daß sozial, nur gleich, alles muß gleich sein und ob der Vater dieses Kindes ein Generaldirektor ist oder ob das ein Waisenkind ist. Ich bin der Auffassung, daß man diese Frage sehr ernst diskutieren muß, daß man natürlich, wo soziale Barrieren bestehen und es notwendig ist aus pädagogischen Gründen, so ein Kind in eine Ganztags- oder Tagesheimschule zu schicken, man das ohne Kosten tun soll. Aber der Nulltarif für das Kind des Generaldirektors oder für die Kinder von gutsituierten Angestellten, die nur, weil die Mütter

berufstätig sein möchte, damit ein höherer Lebensstandard möglich ist, das Kind dorthin schicken, daß man das kostenlos zu Lasten derer machen soll, die ihre Kinder auch noch in der Familie behalten, das sehe ich nicht ein. Ich darf abschließend zusammenfassen: Ich glaube, daß man viel zu wenig in der pädagogischen Diskussion auch die Kosent-Nutzen-Frage mit allen Schwierigkeiten, die ich dafür konzidiere, diskutierte. Es ist leicht, eine Ware zu kaufen und zu verkaufen und festzustellen, ob man dabei einen Nutzen gehabt hat oder nicht, und es ist schwer, pädagogische Bildungsgänge in Kosten-Nutzen-Relationen zu setzen. Aber man muß es jedenfalls auch beachten, weil wir sonst mit pädagogischen Lösungen zu Lösungen kommen, die nur auf dem Papier stehen und die wir aus Mangel an wirtschaftlicher Fundierung nicht bezahlen können. Das ist eine Augenauswischerei. Ich bin daher dafür, so wie es der Bildungsbericht hier sehr richtig sagt, die Politik der kleinen Schritte fortzusetzen, und soviel ich weiß, ist das auch das Ziel des Herrn Unterrichtsministers, der ein sehr geschickter und pragmatischer Politiker ist. Aber alle Übereiferer muß man in ihre Schranken weisen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bevor ich in diese Gruppe eingehe, möchte ich dem Abgeordneten Gerhard Heidinger etwas sagen. Auf einen Zwischenruf von mir hat er erklärt, daß die Unternehmer mit dem Bezahlen der sechsprozentigen Kinderbeihilfenfonds, heute Familienlastenausgleichsfonds, den Arbeitern einen Lohn vorwegnehmen. (Abg. Gerhard Heidinger: „So ist das nicht. So habe ich es sicher nicht gemeint. Ich habe gesagt, daß bei einem Lohn-Preis-Abkommen sechs Prozent den Arbeitern nicht ausgezahlt wurden und in den Familienlastenausgleichstopf hineingekommen sind!“) Wortwörtlich wurde das gesagt, und das meine ich, ist ein Gipfelpunkt der Demagogie, wenn Unternehmungen von Gesetzes wegen Abzüge abführen müssen. (Abg. Kollmann: „Er nimmt es zurück und behauptet das Gegenteil!“) Wenn es keine Lohnvorwegnahme ist, dann ist es in Ordnung, aber es wurde früher so gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Gruppe wurde schon sehr viel von Bildung gesprochen, von neuen Schulformen, und auch von den Gefahren, die eine Bildung, die zu weit führt, haben kann. Ich möchte hier von der Berufsbildung sprechen. In dieser Gruppe sollen 240 Millionen Schilling für die Berufsschulen im nächsten Jahr ausgegeben werden. Es gibt zur Zeit 32 steirische Berufsschulen, wovon 6 Bezirksberufsschulen aufgelassen werden, wenn die beiden letzten Landesberufsschulen, die in Knittelfeld und Lassing errichtet werden sollen, fertiggestellt sind.

Das Steiermärkische Berufsschulorganisationsgesetz ist ein neuer Meilenstein. Mit 1. Jänner 1980 übernimmt das Land Steiermark sämtliche Kosten und die Haltung und Führung der Landesberufsschulen mit den dazugehörigen Internaten. Damit

wird auch für die Gemeinden der Steiermark eine Kosteneinsparung kommen, da ab 1. Jänner 1980 für jeden Lehrling nur mehr 600 Schilling Kostenbeitrag zu bezahlen sind, während bisher bis zu 1800 Schilling für einen Lehrling im Jahr zu bezahlen waren. Es hat das Land Steiermark für die Berufsschulen ein großartiges Aufbauwerk geleistet. Es werden bis zum nächsten Jahr etwa eine Milliarde Schilling verbaut worden sein, und es wird dann das Aufbauprogramm beendet sein. Es sind heute schon 95 Prozent der Lehrlinge lehrgangsmäßig in den Landesberufsschulen untergebracht. Wir haben dann den Ansatz 228, Förderung von Lehrplätzen, der mit 3 Millionen Schilling präliminiert ist und im nächsten Jahr, wo es noch sehr schwierig sein wird, Lehrlinge unterzubringen, helfen sollte, entsprechende Lehrplätze zu schaffen. Die Lehrplatzsituation ist im Moment so, daß alle männlichen Jugendlichen, die einen Lehrplatz wollten, einen solchen bekommen haben. Wenn es auch nicht unbedingt ihr Traumberuf war. Es sind aber etwa 400 bis 500 Mädchen, denen es nicht gelungen ist, einen Lehrplatz zu finden. Es ist also die Situation so, wie sie im vorigen Jahr war. Es ist zu sagen, daß im heurigen Jahr bereits um etwa 500 Lehrlinge weniger sind als im Vorjahr, weil schon die Geburtsjahrgänge von Jahr zu Jahr schwächer werden. Es ist heuer der Jahrgang 1964 in die Lehre eingetreten und der ist bereits um etwa 400 Personen schwächer als der Jahrgang 1963. Die Lehrplatzsituation hat sich in den letzten Jahren so entwickelt, daß wir im Jahre 1970 27.000 Lehrlinge hatten und im Jahre 1978 waren es bereits 35.500 Lehrlinge. Heuer werden wir, die genauen Zahlen liegen noch nicht vor, 35.000, vielleicht etwas mehr, haben. Diese Lehrplatzförderung durch das Land und auch durch den Bund hat sicherlich dazu beigetragen, daß die Situation nicht so schlimm war, als man sie vor Jahren befürchtet hat.

Einiges gibt es aber zu bekriteln. Es gibt seit dem Jahr 1978 ein Berufsausbildungsgesetz, das heißt eine Novelle, und hier gibt es nun einige Dinge, die durch übermäßigen Bürokratismus das Aufnehmen von Lehrlingen erschweren. Es muß ein Betrieb, der erstmalig einen Lehrling aufnimmt, ein sogenanntes Feststellungsverfahren über sich ergehen lassen. Das waren in diesem Jahre etwa 700. Da muß ein Vertreter der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer an Ort und Stelle hinfahren und begutachten, ob dieser Betrieb als Lehrbetrieb geeignet ist, und so etwas geht nicht immer von heute auf morgen, und so sind hier oft Verzögerungen von einigen Wochen und Monaten festzustellen gewesen. Ein weiteres Erschweris: Die Verhältniszahlen, wie viele Lehrlinge man pro Fachkraft haben darf, sind laut Gesetz in den einzelnen Berufen verschieden hoch. Es muß hier allerdings gesagt werden, daß im Landesberufsausbildungsbeirat sehr großzügig vorgegangen wurde und alle Wünsche, so weit es nur möglich war, erfüllt wurden. Eine weitere Schwierigkeit ist im Moment die Ausbilderprüfung, die alle diejenigen absolvieren müssen, die bisher noch keinen Lehrling gehabt haben. Es sind etwa tausend solche Prüfungen im Jahr und von Gesetzes wegen ist das

Land Steiermark verpflichtet, diese Prüfungen durchzuführen. Das Land Steiermark ist aber personell und räumlich dazu nicht in der Lage, und so hat sich das Wirtschaftsförderungsinstitut bereiterklärt, diese Ausbilderprüfungen durchzuführen, was tadellos geklappt hat. Man muß auch sagen, daß die Prüfer für diese Ausbilderprüfung eine sehr umfangreiche Schulung über sich ergehen ließen, so daß die Qualität dieser Prüfungen in Zukunft gewährleistet sein wird.

Jetzt vielleicht ein Blick in die Zukunft. Bis zum Jahre 1985 werden wir weniger als 30.000 Lehrlinge haben, und wenn wir noch weiterschauen: Die stark abnehmenden Jahrgänge — der Geburtsjahrgang 1978 hat ja nur etwa 60 Prozent des Jahrganges 1963; wir werden nur mehr etwa 20.000 Lehrlinge haben, wenn wir das Jahr 1993 schreiben. Es ist aber auch durchaus möglich, daß diese Zahl noch unterschritten wird, wenn der Zuzug zu den höheren Schulen weiterhin anhält und das ist durchaus möglich. Es wurde ja heute schon lobenswerterweise der Schulbau erwähnt, und auch wir in der Steiermark haben zahlreiche neue Bundesschulzentren; so ist eines in Liezen, in Mürzzuschlag, in Graz und in Weiz und so weiter im Entstehen oder schon eröffnet worden. Diese neuen Schulen haben selbstverständlich größere Kapazitäten, und es ist anzunehmen, daß der Prozentsatz eines Jahrganges, der eine höhere Schule besuchen wird, ein größerer werden wird. Das wird für die Zukunft für die Ausbildung der Fachkräfte eine große Konkurrenz werden. Wenn wir aber heute den Arbeitsmarkt betrachten, ist es so, daß es auch in den Zeiten der größten Rezession immer einen Mangel an Facharbeitern gegeben hat, aber keinen Mangel an Maturanten und an Akademikern. Man wird sich also hier für die Zukunft etwas einfallen lassen müssen. Ich persönlich würde sogar den Vorschlag machen, man sollte auch Maturanten das Erlernen eines Berufes erleichtern (Abg. Gerhard Heidinger: „Schilcher hat sich durchgesetzt!“); es ist ja zur Zeit sehr kompliziert, er muß genauso drei Jahre lernen, und das bei Facharbeiterlöhnen, so daß es für einen Betrieb wahrscheinlich nicht möglich sein wird, so etwas durchzuführen. (Abg. Gerhard Heidinger: „In China gibt es das schon!“) Ja in China, aber bei uns! Nun, vielleicht einen kleinen Beitrag zur Schulreform. In den berufsbildenden höheren Schulen besteht seit dem Schuljahr 1978/1979 ein neuer Lehrplan. Hier wurde in den Handelsschulen und Handelsakademien der Lehrstoff nivelliert, das heißt es wurde in den ersten Klassen dasselbe vorgetragen. Hier hat man nun in der zweiten Klasse der Handelsakademie Schwierigkeiten, weil zwangsläufig in der Handelsschule der Lehrstoff einfacher war als für die Akademien, und so etwas ähnliches könnte ich mir bei der Gesamtschule dann auch vorstellen. Ich gebe das hier nur zu bedenken, ohne daß ich weiter in diese Debatte, die ja schon ausführlichst geführt wurde, einschreiten möchte. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie sind nicht informiert!“) Ich bin schon informiert. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dann müßten Sie wissen, daß der Lehrplan wortident ist!“ — Abg. DDr. Stepantschitz: „Teilweise!“) Ich möchte abschließend sagen, daß das derzeitige Berufsausbildungs-

system mit dazu beigetragen hat, den Wiederaufbau, den Anschluß an die internationale Konkurrenz und schließlich auch die vorläufige Bewältigung der Rezession zu ermöglichen. Daher, wahren wir uns dieses Ausbildungssystem, damit wir auch die Zukunft bewältigen können! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach den Diskussionen über das Schulwesen und über die Sportförderung nun zu einem Kapitel der Kleineren, dem Kindergartenwesen. Sie wissen, daß die Sozialisten in der steirischen Landstube seit Jahren die weitestgehende Förderung des Kindergartenwesens betreiben, daß die Veränderung der Aufgabenstellung aus einer Betreuungsfunktion in eine weitgehende Bildungsfunktion es notwendig gemacht hat, vom Land her eine breite Förderungspolitik zu betreiben. Nach vielen Schwierigkeiten ist dies 1974 mit einem eigenen Kindergartenförderungsgesetz eingeleitet worden, wenn auch heute noch einige markante Postulate in diesem Förderungsgesetz fehlen. Es fehlt noch immer der gesetzliche Anspruch auf Förderung, es fehlt noch immer ein mehrjähriger Ausbauplan, und es gibt noch immer nicht, wie beim Schulbesuch, die kostenlose Inanspruchnahme eines Kindergartenplatzes. Immerhin war aber nach den Budgetansätzen dieser Förderungspost im Jahre 1976 wenigstens in Richtung Kindergartenbau eine Annäherung an die Zielsetzungen der Sozialisten zu erkennen, das notwendige Ausbauvolumen in etwa zehn Jahren zu erreichen. Nun, wie schaut es jetzt aus? Die Entwicklung der Ausgaben 1976 mit über 31 Millionen Schilling, 1977 schon gekürzt auf etwas über 26 Millionen Schilling, 1978 mit etwa 22,5 Millionen Schilling und vor allem, meine Damen und Herren, die Budgetansätze für 1979 mit nur 15 Millionen Schilling und heuer sogar mit nur mehr 10 Millionen Schilling geben aber sicher Anlaß zu ernststen Bedenken und auch Anlaß über diese Gegebenheiten doch einiges zu sagen. Meine Damen und Herren, zur Zeit hält man an der Auffassung fest, daß eine 70prozentige Bedarfsdeckung eine ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen gewährleistet. Nach einer vom Land erstellten Statistik fehlen auf diesen 70prozentigen Bedarfsdeckungssatz noch 445 Kindergartengruppen in der Steiermark. Da der Kostenzuschuß des Landes pro Kindergartengruppe 700.000 Schilling beträgt, wird zur Bedarfsdeckung noch ein Betrag von über 311 Millionen Schilling aus Landesmitteln nach heutigem Baukostenindex benötigt werden. Mit anderen Worten: Wenn es weiterhin bei der Höhe der Ansätze von 1979 und 1980 bleibt, wird es noch 30 Jahre dauern, bis in der Steiermark eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen vorhanden wäre, und das ist eine echte Katastrophe. Man muß überhaupt feststellen, daß in der Kindergartenfrage etwas locker gearbeitet wird. Mit dem Kindergartenförderungsgesetz 1974 hat sich zum Beispiel auch die

Notwendigkeit eines neuen steirischen Kindergarten- und Hortgesetzes ergeben. Entwürfe eines solchen Gesetzes gibt es von Zeit zu Zeit, sie verschwinden dann aber wieder in der Versenkung, und auch der letzte zugegangene Entwurf enthält noch immer eine Reihe von Bestimmungen, die harte Brocken für die Kindergartenerhalter sind und über die noch einiges zu sagen sein wird. Dazu kommt noch die Notwendigkeit, bestimmte generelle Dienstrechtsfragen für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen zu fixieren, wobei man auch hier den einfachen Weg über die bestehenden Gemeindedienstrechte meidet, um ja alles komplizierter und umständlicher zu machen. Meine Damen und Herren! Das Jahr 1980 und der Budgetansatz mit 10 Millionen Schilling, ist, was den Kindergartenbau betrifft, ein verlorenes Jahr. Aber alle anderen Fragen, die das Kindergartenwesen betreffen, wie ein neues Kindergarten- und Hortgesetz unter Einbau spezifischer dienstrechtlicher Bestimmungen in das Dienst- und Vertragsbedienstetenrecht der Gemeinden, müßten im Jahre 1980 noch erledigt werden können. 1981, und das ist leider der frühestmögliche Termin, meine Damen und Herren, müßten neue Prioritäten für den Bau von Kindergärten gesetzt werden, und ich kann mir nur vorstellen, daß man mit Hilfe eines Sonderbauprogramms die erforderliche Ausbaustufe in einem kürzeren Zeitraum zu erreichen versucht. 30 Jahre auf die nötigen Kindergartenplätze zu warten, ist jedenfalls, ich sagte das schon, einfach unzumutbar. Unzumutbar für die berufstätigen Eltern, unzumutbar für die Kindergärtnerinnen, die auf Anstellung warten und unzumutbar für die Kinder ohne Kindergartenplätze. Ich meine, daß schon jetzt, zumindest Vorarbeiten geleistet werden müßten, eine objektive Bedarfsfeststellung veranlaßt werden sollte, damit Kindergärten zuerst in jenen Gebieten errichtet werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Die vorschulische Erziehung in den Kindergärten, meine Damen und Herren, gibt vielen Kindern, und vor allem denen im ländlichen Bereich, erst die Voraussetzung, chancengleich in die Schule einzutreten. Im Interesse der Eltern, aber auch im Interesse der Gesellschaft, müßte alles getan werden, um diese Chancengleichheit zu erreichen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher.

Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen ist, aber die ganze Stimmung am heutigen Tag war ein bißchen senza brio, hat der Herr Präsident gemeint. Manche mit Gefühl für Atmosphäre haben es dem Wetter angelastet, aber offenbar ist das Wetter nicht imstande, kopernikanische Wendungen, wenn sie sich abzeichnen, zu verhindern, und wir sind Zeugen einer kopernikanischen Wendung geworden an diesem Nachmittag. Der Herr Kopernikus ist der Herr Abgeordnete Heidinger. Nicht, daß Sie wieder sagen, ich habe mir das bestellt. Er hat

die Einheitsschule aus dem Zentrum der sozialistischen Schulpolitik verdrängt. Denn ich darf Ihnen vorlesen, was in Ihren Programmen bislang darüber stand. Im Linzer Programm, Herr Abgeordneter, „Die Sozialdemokratie erstrebt die Aufhebung des Bildungsmonopols der Bourgeoisie, sie fordert daher die Einheitsschule.“ Im Programm 1958 „Wir fordern die öffentliche Gemeinschaftsschule in der alle Kinder gemeinsam erzogen werden.“ Im Programm 1978: „Wir fordern die Verwirklichung der gemeinsamen Schule aller Zehnbisvierzehnjährigen.“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Ganz normal!“) Wenn es nur ein Programm ist, genau, Sie folgen damit einem großen Beispiel. Herr Präsident, auch Adenauer hat von sich in Anspruch genommen, über Nacht klüger zu werden. Warum soll Herr Heidinger diesem leuchtenden Beispiel nicht folgen? (Abg. Gerhard Heidinger: „Das war sehr nett von Ihnen!“) Sie bereiten damit allerdings der Idee einer Einheitsschule, und lassen Sie sich da informieren von Experten wie dem Herrn Wolf, oder anderen Leuten, ein Begründnis. Sie sagen nun: „durch den Zwang der Verhältnisse“. Was sind denn diese Verhältnisse? Ein paar dieser Verhältnisse hat Ihnen der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger vorgelesen, es ist schlicht das Geld. Es kostet einfach eine Einheitsschule, wie Sie sie sich vorstellen können, Milliardenbeträge mehr. Das Zweite: Sie haben hingewiesen auf die Erfolge im ländlichen Raum. Nicht von ungefähr muß man sagen, denn dort haben wir ja gewaltige Anstrengungen gemacht, wie Sie wissen. Vor allem auch hier in der Steiermark. Wir haben in den letzten zehn Jahren allein 85 Schulen gebaut. Das Land Steiermark hat Millionen hineingebaut. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Gemeinde hat es gebaut!“) Natürlich, aber mit Hilfe des Landes selbstverständlich. Herr Heidinger, da wollen wir doch keinen Streit. Ich sage ja sogar, ich gehe so weit, nicht wir, die Leute die hier gearbeitet haben und das bezahlt haben, das haben wir gemacht. Zweifellos, Herr Abgeordneter, damit wir die Chancengleichheit dort verbessern. Denn da haben wir uns wohl immer geeinigt, es soll eine Chancengerechtigkeit zwischen Land und Stadt geben, die wir noch nicht erreicht haben. Schauen Sie den OECD-Bericht an, da steht es schwarz auf weiß, das ist noch ein offenes Gebiet. (Abg. Ileschitz: „Wer hat dem Land das Geld gegeben und warum?“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Weil es zu wenige AHS gegeben hat!“) Ich kann es Ihnen gleich sagen, warten Sie. Das Konzept, das dort läuft, ist sehr eindrucksvoll. Wir wollen einmal überall Hauptschulen anbieten. Wir haben zum Beispiel in Feldbach vor 15 Jahren noch zwei oder drei gehabt, jetzt haben wir 11, also wir haben die Zahlen der Hauptschulen massiv erhöht. Wir haben unter der Regierung Piffel gesagt, jedem Bezirk eine Mittelschule. Wir haben allerdings nicht gesagt, daß die unbedingt so ausschauen muß, wie sie jetzt bisweilen ausschaut, nämlich, daß das ein Bundesschulzentrum wird, wie etwa in Weiz, für 3000 Schüler, für das 500 Millionen Schilling präliminiert sind. Sie wissen, was das dann wirklich kostet. Da gilt, glaube ich eine Faustregel; Wirtschaftlicher können mich korrigieren: Wenn eine Bau-

summe 500 Millionen Schilling beträgt, kann man zehn Prozent jährlich als Aufwand für die Erhaltung rechnen, also 50 Millionen Schilling, wenn ich annehme, sie kostet nicht mehr. Diese Gigantomanie haben wir nicht gemeint, als wir gesagt haben, jedem Bezirk eine Mittelschule. Denn dort passieren Dinge, die wir nicht wollen, im Interesse der Chancengleichheit. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das Schulbauprogramm ist im Land erstellt worden!“) Im Lande hat man einfach keine Ingerenz. Im Lande wird gesagt, Gott sei Dank, es wird etwas gebaut. Der Bund ist ja zuständig, der muß das bezahlen. Ich weiß nicht, wie Sie dazu stehen. Ich würde mich freuen, wenn wir weniger solche gigantische Projekte hätten, wo dann die ganze Sache fabriksähnlich wird, wo der Schüler zur Nummer wird, wo der Lehrer zum Fließbandarbeiter wird. Das ist wirklich gefährlich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Schrecklich, was Sie da aufführen!“) Reden Sie draußen mit Ihren Leuten, durchaus mit eigenen, die nicht sehr glücklich sind darüber, Nicht nur wegen des Rauchs und des Staubs, der aus dem Steinbruch herauskommt, sondern auch wegen der Größe.

Nun, Herr Abgeordneter, aber warum reden Sie nicht vom städtischen Raum? Da haben Sie eine Bürgerinitiative gegen sich. Und zwar nicht die Bürgerinitiative irgendwelcher sogenannter „reaktionärer Mittelschullehrer“, wie der Herr Bundesminister gesagt hat, sondern eine Bürgerinitiative in den eigenen Reihen. In Wien können Sie seit fast zehn Jahren wählen zwischen der Einheitsschule oder dem Gymnasium. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sowohl als auch!“) Jetzt darf ich Ihnen vorrechnen, wer wählt: Der Herr Leopold Gratz schickt seine beiden Söhne ins Theresianum, der Herr Minister Androsch schickt seine Kinder, wie der Herr Zentralsekretär Marsch, wie der Chef des Konsumverbandes, Generaldirektor Kaditz, in das bekannte RG 19 in Döbling, der Herr Exstaatssekretär Veselsky schickt seine Tochter in das katholische Internat Neulandschule, und der Herr Charly Blecha bitte, der uns immer sagt, wie ungeheuer reaktionär wir sind in unserer Schulpolitik, der in Floridsdorf daheim ist, der ohne weiters die Möglichkeit hätte, sein Kind in die Anton-Krieger-Gesamtschule zu schicken, schickt seine Tochter ins Gymnasium. (Abg. Laurich: „Und der Bernd Schilcher?“) Ich bin ja niemals mit diesen Worten aufgetreten. Ich habe einen Antrag unterschrieben, hier im Hause, wie andere auch, wir machen einen Schulversuch für die Gesamtschule, weil es mich pädagogisch interessiert, was herauskommt. (Abg. Laurich: „Und da sind Ihre Kinder drinnen!“) Das ist doch kein Gag, das ist eine Bürgerinitiative! (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ein Gag, weil es in ganz Wien nur einen Gesamtschulversuch gibt!“) Zwei, Herr Abgeordneter. Anton-Krieger-Gasse, Anton-Sattler-Gasse. Bitte und im Einzugsbereich dieser Schule hat der Herr Staatssekretär Löschnak sein Kind auch in das Gymnasium geschickt mit der Begründung, ich lese Ihnen die „Presse“ vor: „Ja wissen Sie, mein Bub hat dort einen Freund!“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Nachdem Sie ihn im Rundfunk hineingelegt haben. Dort ist es Ihnen gelungen!“) Das getraue ich mich gar

nicht, Herr Abgeordneter. (Unverständlicher Zwischenruf.) Dann widerlegen Sie es. Herr Abgeordneter bleiben wir im Lande und fragen, wo der Herr Abgeordnete Heidinger seine Söhne hingeschickt hat. Nachdem es das Hartberger Modell gibt und Sie nicht so weit von dem entfernt wohnen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich haben einen Sohn mit 30 und einen mit 20!“) Im Gymnasium, aber niemand war in der integrierten Gesamtschule. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil es das nicht gegeben hat!“) Hätte es leicht gegeben die letzten acht Jahre, Herr Abgeordneter. (Landesrat Bämmer: „Die haben nicht so oft repetiert!“) Sie sind ja kein einflußreicher Mensch, Sie sind Schuldirektor in Neudau und hätten dort ja auch einen solchen Schulversuch machen können. (Abg. Gerhard Heidinger: „Jawohl, das wurde abgewürgt!“) Und? (Abg. Heidinger: „Die Eltern waren mit 89 Prozent für den Gesamtschulversuch, aber der Bezirksschulinspektor hat es abgewürgt!“) Ui, das werden wir sofort zur Kenntnis nehmen. Herr Abgeordneter, wie dem auch immer sei, eines konzidiere ich Ihnen ja: Der Unterschied zwischen Hauptschule und AHS wird tatsächlich immer geringer, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wenn wir wollen, daß von den Hauptschulen die Leute zum Beispiel in ein Oberstufengymnasium übertreten, dann müssen wir ja die Lehrpläne Stufe für Stufe angleichen. Wenn wir wollen, daß die Ausbildung ungefähr äquivalent ist, dann müssen wir die Lehrerausbildung angleichen, was passiert ist. Daher haben Sie recht, werden die Alternativen im organisatorischen Bereich wirklich langsam nicht mehr so groß. Das stimmt, wir fahren hier wie auf Schienen. Die Politiker der Schulpolitik tun immer so, als ob sie ungeheure Wahlmöglichkeiten hätten. Entweder die Neue Mittelschule oder die Neue Hauptschule; entweder die differenzierte oder die integrierte Schule. Nichts haben wir. In Wahrheit fahren wir auf einem Gleis ziemlich eingleisig in eine Richtung. Sehen Sie, das ist der Punkt, wo ich glaube, daß Sie Recht haben, wenn Sie sagen: „Sowohl als auch.“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Bei Veränderung der inneren Organisation!“) Da habe ich mir wirklich gedacht: Jawohl, jetzt hat er es eingesehen, wir müssen es „sowohl als auch“ machen. Wir können nicht einfach Schultypen beseitigen und uns nur auf eine einzige Einheitsschule konzentrieren. Nur, bitte Herr Abgeordneter, ganz entscheidend: mit Hilfe von organisatorischen Maßnahmen können wir gar nichts mehr. Da sind wir am Ende. Wir können noch ein paar Schulen mehr bauen. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, wir haben jährlich im Hauptschul- und Volksschulbereich minus 4000 Schüler, produzieren jährlich plus 400 Lehrer in den letzten Jahren und bauen im Schnitt drei Schulen; also für immer weniger Schüler immer mehr Lehrer, immer mehr Schulen. Da hätte der Wirtschaftspolitiker irgendeinmal kommen sollen und sagen: Ja, was ist denn mit der Effizienz, wenn immer mehr gezahlt wird und gleichzeitig, wie der Schrammel mit Recht gesagt hat, immer mehr geschimpft wird. Da müssen wir uns etwas einfallen lassen, und das heißt bitte innere Schulreform. Darüber ist nur nie etwas gesagt worden. Sie haben heute

kaum ein Wort darüber verloren. Innere Schulreform. Da sind wir uns einig. Ich kann Ihnen auch sagen warum. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie wissen auch, wie uneinig sich die Leute da draußen in Wien sind!“) Der Typ, den Sie heute in der AHS haben und den Sie jetzt durch die Lehrplangleichheit exportieren in die Hauptschulen, ist ein ausgesprochener Typ der ergänzenden Familien-erziehung. Er ist von Humboldt erfunden worden in einer Zeit, da man davon ausgehen konnte: Die Erziehung macht die Familie, ergänzende Wissensvermittlung macht mir die Mittelschule. Das war das Konzept. Dieses Konzept paßt nicht mehr auf jene Familien, die Sie mit Recht heranziehen, die sagen: Ich kann die Erziehung der Kinder nicht übernehmen. Es müssen 52 Prozent der Frauen berufstätig sein. Ich will nicht untersuchen warum, so ist es. Die können nicht im gleichen Ausmaß wie jene anderen etwa sagen: Ich kümmere mich um meine Kinder. Sehen Sie, für die nutzt Ihre jetzige Schule im Inhalt gar nichts. Denn das ist keine Schule der Erziehung, das ist eine Schule der Wissensvermittlung, das wissen wir alle. Das heißt, ich brauche, wenn ich einen Typ der Erziehungsschule will, das, was früher einmal die guten alten Internate geleistet haben. Dort ist erzogen und nicht bloß Wissen vermittelt worden. Ich brauche das heute sozusagen in sekularisierter Form auf breiter Basis und es geschieht auch. Schauen Sie sich in Deutschland, in Stuttgart zum Beispiel oder auch in Wien, die Steiner-Schulen, schauen Sie sich die Happy-Schools, schauen Sie sich in Amerika einige College-Typen an, dort passiert das: Erziehung, und zwar in jeder Hinsicht. Förderung aller Anlagen der Kinder, wie das heute auch der Herr Abgeordnete Stoisser gesagt hat, manuell, musisch und geistig. Dort geht jeder weg mit einem Berufsdiplom und er geht zweitens mit der Hochschulreife weg. Das ist, glaube ich, das, was wir für diesen Teil der Familien brauchen. Ich habe heute Mittag eine Klasse aus Liezen der HAK gehabt und habe dort eine Umfrage gestartet: Warum sind Sie in die HAK gegangen? Das war ein interessantes Ergebnis. Ungefähr 17 waren es, die sagten, ich bin deshalb gegangen, weil ich mit der HAK-Matura gleichzeitig einen Beruf habe und nicht nur Maturant bin, und der Rest hat gesagt, das weist in das hinein, was wir mit Chancengleichheit meinen, weil es die einzige erreichbare Schule für mich war. Ich würde dieses Ergebnis so werten, daß wir sagen, wir müssen den Menschen auch einen Typ Schule anbieten, wo sie Erziehung haben, wenn die Eltern sie nicht leisten können. Wenn die Eltern sie aber leisten können und wollen, dann gilt genau das, was Heidinger gesagt hat, dann wäre es doch ein Irrsinn, gigantisch teure Ganztagschulen zu errichten, wenn die Eltern sagen: Die Erziehung möchte ich selbst machen. Also ich meine unter Wahlfreiheit müßte diese Wahlfreiheit verstanden werden, entweder in eine ergänzende Schule oder in eine „Erziehungsschule“. Wobei ich auch glaube, daß es sinnvoll wäre, daß es in diesem Typ Erziehungsschule, Vorbild Internat, wie wir das dann auch immer sehen, Elternbeteiligung gibt, weil es Eltern gibt, die sagen, ich

kann nicht immer, aber wann immer ich kann, tue ich mit. Ich habe mir so etwas in Wien angeschaut. Dort wird mitgetan bei der Sporterziehung, bei der handwerklichen Erziehung, beim Musischen. Das hat den enormen Vorteil, daß man nicht den Eindruck hat, Eltern stellen ihre Kinder ab und kümmern sich nicht um sie. Wenn wir das wollen, dann müssen wir das auch zeigen. Zum Beispiel so, daß wir an der Lehrerausbildung etwas ändern. Diese innere Schulreform ist deshalb noch nie zur Sprache gekommen, weil wir immer nur über die Organisation reden und dabei den Lehrer vergessen. Ein Lehrer, der erziehen soll, der Vorbild sein soll, der muß selbst ein „Gstandener“ sein. Er darf daher nicht unter Druck stehen, er darf nicht sechs, sieben Vorgesetzte haben, er darf nicht ein graues Mäuschen sein, weil dann erzieht er wieder graue Mäuschen. Der Lehrer muß ein selbstbewußter, verantwortungsbewußter Mensch sein, der weiß, was er will. Da müssen wir uns kümmern, und da bitte ich Sie, wenn sie sowohl als auch sagen, Herr Heidinger, daß wir da ansetzen auch beim politischen Klima. Wir müssen auch im Lehrerbereich „bunte Hunde“ haben, Leute, die anders denken, die sich hervorwagen dürfen und nicht geköpft werden. Wir müssen sorgen, daß es eine Stimmung zugunsten von Menschen gibt, die ganze Persönlichkeiten sind, weil ich glaube, daß die dann auch wieder ganze Persönlichkeiten durch ihr Beispiel erziehen können. Ich bin eigentlich traurig, daß in den ganzen letzten 10, 15 Jahren dieses Problem des Lehrers als Vorbild, des Erziehers, desjenigen, an dem man sich orientieren kann, so untergegangen ist im Verhältnis zu Organisationstypen und Begriffen. Obwohl eine ganze Reihe von ihnen zu 0,1 Prozent genutzt werden, wie das musische Gymnasium zum Beispiel, haben wir 13 Typen. Wir verwirren mit einer Vielfalt, statt Lehrer so zu erziehen, daß sie wieder ordentliche Menschen erziehen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Eines schließt das andere nicht aus!“) Wenn Sie hier einverstanden sind, Herr Abgeordneter Heidinger, das wäre dann wirklich eine kopernikanische Wendung in der Schulpolitik, dann würden wir gemeinsam dieses Ziel einer neueren inneren Schulreform gehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung. Wir nehmen die Verhandlungen morgen um 8 Uhr wieder auf. (Unterbrechung der Sitzung: 19.15 Uhr — Wiederaufnahme: 6. Dezember 1979, 8 Uhr.)

Zweiter Präsident Gross: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochenen Beratungen der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, wiederum auf.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Das Land Steiermark ist nicht nur ein Land der Vielfalt, worüber wir sehr stolz sind, sondern, wir haben es ja gestern zum Teil schon vernehmen

dürfen, es ist auch ein Fremdenverkehrsland geworden, wobei dem Wintersport eine besonders große Bedeutung zukommt und das wiederum im Alpenen Raum, besonders im Bezirk Liezen mit seiner Dachstein-Tauern-Region. Es haben dort schon vor vielen Jahrzehnten die Menschen mit dieser Entwicklung begonnen, und zwar nach dem ersten Weltkrieg hat man dort mit der Zimmervermietung für die sogenannten Sommerfrischler, die noch sehr spärlich in unser Tal gekommen sind, begonnen und durch große Opfer mit besonderer Hingabe und Risikobereitschaft und Rückschlägen ist es den Menschen gelungen, ein Fremdenverkehrsgebiet entstehen zu lassen, das sich internationalen Namen erarbeitet hat. Die Krönung für diese Arbeit war natürlich jetzt in diesem Fall die Zuerkennung der Weltmeisterschaft 1982. Diese Weltmeisterschaft ist aber nicht nur für die Dachstein-Tauern-Region eine Krönung, sie ist auch eine Krönung für unseren Landesfremdenverkehrsreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, der ebenfalls seit vielen Jahren eine kluge, gezielte Fremdenverkehrspolitik betreibt, die auch ihren besonderen Niederschlag erfahren konnte. Durch diese Weltmeisterschaft in Schladming werden auf jeden Fall für die steirische Heimat beachtliche wirtschaftliche Erfolge erzielt werden. Man braucht dazu kein Prophet zu sein, es sprechen ja allein die Nächtigungsziffern in dieser Dachstein-Tauern-Region für sich. Wenn man sich diese Entwicklung anschaut, so sind allein im Jahr 1967/68, vor zehn Jahren, in diesem Raum 1.686.926 Übernachtungen zu verzeichnen gewesen, wobei auf den Sommer 768.794 und auf den Winter 318.182 Nächtigungen entfielen. Zehn Jahre später ist nach der Durchführung eines Weltcuprennens ein Auftrieb entstanden, wonach die Nächtigungsziffer folgendermaßen aussieht: Die Nächtigungen sind von 1.686.926 auf 2.385.000 gestiegen, wobei für das Winterhalbjahr 1.231.000 zu verzeichnen sind, das heißt, daß der Winterfremdenverkehr um 921.000 Nächtigungen, oder um 289 Prozent zugenommen hat. Es sind daher die erforderlichen Investitionen auf diesem Gebiet unbedingt notwendig, weil sie in vielfacher Weise wieder zurückkommen. Diese Investitionen sind letzten Endes wertvollste Devisenbringer, die der Vater Staat so notwendig braucht und außerdem wird eine Reihe ständiger Arbeitsplätze damit geschaffen, und fürs dritte hat auch diese Entwicklung für die Landwirtschaft eine ganz besondere Bedeutung, weil diese vielen tausend Menschen, die in diesen Raum kommen, Verzehrer unserer Überschussprodukte sind, die sonst ebenfalls wieder vom Staat, oft mit bedeutenden Stützungsmitteln, ins Ausland exportiert werden müßten. Nur ein kleines Beispiel hierfür. Seit den letzten Jahren kommen laufend in unseren Raum so zwischen 12 und 15 Fleischhacker mit ihren Kühlwägen aus dem Murtal, von der Weststeiermark, von der Untersteiermark und im besonderen auch aus dem Raum Oberösterreich, die alle dieses Gebiet mit Fleisch versorgen, weil die heimische Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, alle Lebensmittel aufzubringen. Es ist daher bedauerlich, wenn irgendwelche Bedenken auftreten würden, daß die anderen Gebiete durch diese Weltmeisterschaft benachteiligt würden. Ganz im

Gegenteil, es hat ja der Herr Kollege Laurich gestern schon darüber gesprochen und der Herr Kollege Hammer aus Eisenerz. Ihr habt es ja selbst festgestellt, im Budget steht es drinnen, daß dies so festgelegt wurde, daß es undenkbar wäre, ein anderes Gebiet irgendwie zu vernachlässigen. Ein lebendiges Beispiel dafür haben wir ja mit Südtirol. Südtirol ist seit langem ein bekanntes Erholungsgebiet für den Sommer. Wintersportmäßig hat sich in Südtirol nicht viel abgespielt, und seit der Weltmeisterschaft im Grödnertal hat dieses Südtirol einen derartigen Aufschwung erlebt, daß es heute auch auf dem Gebiete des Wintersports erstrangig geworden ist! Wir dürfen daher mit besonderer Begeisterung dankbar sein, daß wir diese Weltmeisterschaft in Schladming zuerkannt erhalten haben, und wir dürfen den verantwortlichen Männern, die direkt oder indirekt mitgewirkt haben, nur danken und Glück wünschen. Besonders danken möchte ich aber einigen Männern. Es ist dies ja nicht so von ungefähr gekommen. Die Weltmeisterschaft haben wir ja nicht deshalb bekommen, weil dies ein schönes Gebiet ist, oder weil es die Bergstadt Schladming ist, sondern weil in diesem Gebiet schon seit Jahrzehnten Männer am Werk sind, die seinerzeit den Grundstein gelegt haben. Ich nenne hier nur den Namen des Altpräsidenten Kommerzialrat Derkogner, der heute weit über 80 Jahre ist und der seinerzeit mit den damaligen Männern die ganze Entwicklung aufgebaut hat. Der Sepp Streicher war der Pistenchef, der alle Pisten richtig errichtet hat, oder der Name Karl Kahr, der Cheftrainer des OSV, das sind alles Garanten dafür. Natürlich auch unsere braven Mädchen und Buben, die haben ebenfalls mitgeholfen. (Abg. Kohlhammer: „Bürgermeister Laurich, nicht vergessen!“) Was heißt das? Bürgermeister Laurich, bist du auch Cheftrainer gewesen? Das ist mir nicht bekannt. (Abg. Laurich: „Mach den Karl nicht nervös!“) Im besonderen aber sind es unsere braven Dirndl und Buben, wenn ich sie so nennen darf, Reinhard Tritscher, Olympiasieger, oder Lea Sölkner, Weltmeisterin, Regina Sackl, Sepp Walcher oder Peter Wirnsberger. Auch diese Spitzenläufer haben die Steiermark auf internationaler Ebene bekanntgemacht, und auch das hat einen besonderen Beitrag gebracht. Die Regina Sackl ist ja als ein Kind der Schihauptschule Schladming hervorgegangen, und daher wollen wir nur wünschen, daß es bei der kommenden Weltmeisterschaft, genau wie das letzte Mal, unsere steirischen Spitzenläufer wieder so erfolgreich sein mögen, daß sie wieder als Sieger hervorgehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Primarius DDR. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDR. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Sport ist sicher attraktiver als die Schule, aber dennoch werden Sie mir bitte gestatten, ein paar Worte auch zum Kapitel Schule noch anzuführen. Der Herr Abgeordnete Professor Dr. Schil-

cher hat gestern sehr schön gesprochen über gewisse Internate, und auf ihre Notwendigkeit hingewiesen. Sicher ist dies der Fall. Dennoch darf ich dazu auch zwei Dinge sagen, die nur auch wieder seine Meinung bestätigen sollen, daß es sich immer nur um Hilfsmaßnahmen handelt. Ich darf erwähnen, was ich erlebt habe, in einer Zeit, als meine Eltern nicht in Graz waren und ich in einem Internat abgegeben wurde. Ich habe das mitgemacht, was es heißt, wenn nach der Schule die anderen Kinder nach Hause gehen und wenn man drinnen bleiben muß. Ich weiß auch was es heißt, wenn man dem gleichen Lehrer den ganzen Tag über ausgeliefert ist, auch wenn man zu ihm kein richtiges Verhältnis hat, das kommt vor. Meine Damen und Herren! Es gibt Internate, wir haben ja auch Landesschülerheime; wir haben die Krankenpflegeschule, die aufgrund des Gesetzes auch ein Internat führen muß. Nun habe ich in letzter Zeit einen Brief bekommen von den Schülerinnen dieses Internates, 92 Unterschriften, in denen sie ihre Unzufriedenheit mit der Anstaltsleitung zum Ausdruck geben. Schauen Sie, wir brauchen Internate. Es ist nur sehr schwer sie so zu führen, daß die Insassen dieser Internate auch wirklich erzogen werden können. Ich glaube, wir müßten eines mehr beachten, bei der Erziehung unserer Kinder überhaupt. Es gibt sicher einmal die Lehrer, ich neige sicher in Demut mein Haupt vor den Lehrern, nicht nur deshalb, weil ich schon als Schüler dazu erzogen wurde, daß es sich um höhere Wesen handelt, und auch nicht nur deshalb, weil dieser Berufsstand hier so reichlich vertreten ist, sondern vor allem auch deshalb, weil ich weiß, daß das wirklich ein Beruf ist, der sehr wesentlich für den Staat ist und für die Zukunft dieses Staates. (Abg. Haas: „Für die Kinder auch!“) Aber es gibt nicht nur die Lehrer. Es gibt sicher auch die Eltern. Es ist sicher auch sehr notwendig, daß das Elternhaus intakt ist, und es gibt aber auch das, was, glaube ich, gerade im Jahr des Kindes immer wieder vergessen wird, was man mit einem modernen Wort als die Selbstverwirklichung des Kindes bezeichnet. Auch ein Kind hat sich selbst zu entwickeln und es gibt die Anlagen. Wir haben das jetzt festgestellt, unabhängig von Parteiprogrammen, daß es auch Anlagen gibt, die man pflegen kann, die sich aber auch so oder so einmal durchsetzen müssen. Wir wollen keine Glashauspflanzen. Wir wollen Kinder, die auch einmal raufen, die auch einmal etwas anstellen, die einmal schlimm sind und die das Lehrgeld schon als Kind zahlen, um sich später dann möglichst als freier Mensch durchzusetzen. Meine Damen und Herren, wir denken sehr viel darüber nach, wie wir die Schule gestalten sollen, obwohl sie bei uns an sich in Ordnung ist. Wir denken sehr viel darüber nach, wie wir jenen Müttern helfen können, die nicht zu Hause sind und ihre Kinder tagsüber irgendwo unterbringen müssen. Wir müssen aber, glaube ich, noch mehr darüber nachdenken was wir tun können, daß auch das Kind zu seinem Recht kommt. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ing. Turek.

Abg. Ing. Turek: Meine Damen und Herren!

Nach 12 Teilnehmern an der Diskussion ist es schwer, hier neue Aspekte zu setzen. Ich möchte aber doch von unserer Warte aus ein paar Dinge hier anreißen, und zwar habe ich in meiner Generaldebatte die Frage des akademischen Tankwartes oder Tankwartes mit Matura angeschnitten, und der Herr Abgeordnete Heidinger dürfte mich offensichtlich falsch verstanden haben. Ich habe nichts dagegen, daß ein Tankwart die Matura hat, und ich habe auch sicher nichts dagegen, daß der Tankstelleninhaber Matura hat, wie Sie sich ausgedrückt haben, sondern ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß ein Tankwart mit Matura oder LKW-Fahrer mit Matura sich eigentlich frustriert fühlt und nicht befriedigt ist, weil er aufgrund seiner Ausbildung der Meinung ist, daß er eine qualifiziertere Tätigkeit ausüben könnte, und das ist das Problem, an dem wir nicht vorbeigehen können. Mir ist völlig bewußt und ich bekenne mich dazu, daß die Bildung an und für sich auch ihren Wert an sich hat. Es ist hier über die allgemeinbildende höhere Schule gesprochen worden, und es hat einer meiner Vorredner auch darauf hingewiesen, daß es sehr zweckmäßig wäre, daß im Zuge dieser allgemeinbildenden höheren Schule eine Berufsausbildung mit angegliedert werden könnte. Ich stimme dem völlig zu und bin der Meinung, daß es sehr positiv wäre. Es gibt hier einen Schulversuch, soweit mir bekannt ist, wo die Mittelschule mit einer Tischlerlehre gekoppelt ist. Sicher positiv auch in dem Sinne wie ich das verstanden haben möchte, nämlich, daß hier auch der, der eine Mittelschule besucht, eine Beziehung zu einem handwerklichen Beruf und seinem Berufsleben bekommt, und wenn er diese Beziehung zum Berufsleben hat, dann wird sicher nicht diese Frustration eintreten, wenn er dann seine Mittelschule hinter sich gebracht hat und feststellt, daß er nicht mehr in der Lage ist, einen Dienstposten zu bekommen, wo er nur geistig tätig ist, sondern, daß er durchaus auch, was den parallellaufenden Bildungsweg anbelangt, es als nicht absurd ansehen würde, ein Handwerk auszuüben. Deswegen finde ich es sehr positiv, wenn es mehrere solche Versuche geben würde und im Endeffekt tatsächlich dann die allgemeinbildende höhere Schule einen gewissen Berufsabschluß bringen würde. Jetzt steht sie ein bißchen leer im Raum. Mit der Matura selbst kann man sehr wenig anfangen, man kann eigentlich nur in die Verwaltung gehen. Außerhalb der Verwaltung hat man kaum Chancen oder man muß zwangsläufig auf die Hochschule, auf die Universität gehen. Diese Flexibilität wäre sehr positiv. Nun, das geht aber in die Richtung Entkoppelung von Ausbildung beziehungsweise Bildung und angestrebter Berufsausbildung. Hier doch ein paar grundsätzliche Gedanken.

Nach der herkömmlichen Vorstellung, ich meine diese ist derzeit noch unbestritten, soll doch eine bessere Ausbildung auch zu einem besseren Beruf führen, das ist allgemein gut und dort, wo man das ignoriert, stellen wir in der Praxis fest, daß es so von den jungen Menschen, die einen Ausbildungsweg hinter sich gebracht haben, auch aufgefaßt wird. Es scheint allerdings aufgrund der

Entwicklung, nachdem sich die vielzitierte Akademikerschwemme, ich möchte sie hier nicht unnötig strapazieren, herausstellt, daß diese Vorstellung offensichtlich veraltet ist. Es wird diese berühmte Entkoppelung, ein politisch sehr heißes Thema, zwischen Bildung und Ausbildung diskutiert. Es würde heißen, daß wir bei dieser Entkoppelung als Investitionsgut angesehen können, sondern daß dieses Ausbildungssystem ein Konsumgut wird. Wir haben bisher die Investitionen in unser Bildungssystem auch von der öffentlichen Hand her gesehen, sehr intensiviert, weil wir gedacht haben und der Vorstellung sind, daß, wenn der junge Mensch eine bessere Ausbildung mitbekommt, daß das nicht nur für seinen weiteren Lebensweg positive Auswirkungen hat und ihn in die Situation versetzt, hier sein Leben selbst gestalten zu können und daß er damit natürlich auch im Sinne der Volkswirtschaft eine Leistung erbringt. Wenn wir aber nun einer Entwicklung entgegengehen, wo Bildung Konsumgut wird, das heißt, das dieses Konsumgut von jedem konsumiert werden kann und soll, dann wird selbstverständlich der Andrang zu höheren Schulen immer größer werden und es werden sich dann die Fragen der Finanzierbarkeit dieses Bildungssystems stellen. Ich weiß, daß das heute noch umstritten ist. Ich weiß, daß Modelle von Bildungskredit oder ähnlichem heute noch verpönt sind, weil man der Meinung ist, daß selbstverständlich jeder Bildung genießen soll. Aber wenn alle das höherschulende System konsumieren, dann wird sich die Frage der Finanzierbarkeit dieses Systems stellen; sicher nicht morgen, sicher nicht übermorgen, aber sicher wird das eine sehr bedeutende finanzielle und volkswirtschaftliche Frage werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Preamsberger.

Abg. Preamsberger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn heute auch über die Zweckmäßigkeit einer speziellen und erstklassigen Ausbildung unserer Jugend gesprochen wird, so kommt dies nicht nur der Jugend, sondern natürlich auch unserer Wirtschaft zugute. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß eine gute Beschäftigung auf Dauer nur möglich ist, wenn man auch über die qualifizierten Facharbeiter verfügt. In der heutigen schnellebigen Zeit, in der sprunghaft technischen Entwicklung der Wirtschaft, wo Betriebe gezwungen werden ihr Produktionsprogramm schnell umzustellen und sich anzupassen, ist es notwendig, über erstklassig ausgebildete Facharbeiter und Techniker zu verfügen. Mehr als 50 Prozent der schulpflichtigen Jugendlichen erhalten ihre Berufsausbildung in 64.000 Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Es wurde von der Bundeswirtschaftskammer darauf verwiesen, daß diese Lehrlingsausbildung natürlich dementsprechend viel Geld kostet. Das ist auch richtig. Wenn hier von einer Summe von 7 Milliarden Schilling Kosten im Jahr gesprochen wird, so glaube ich, ist dies ein bißchen hoch gegriffen, weil es doch ge-

wisse Sparten bei der Lehrlingsausbildung gibt, wo man nach einer relativ kurzen Zeit der Ausbildung bereits die Verrechnung an die Kundschaft weitergeben kann. Es gibt natürlich sehr viele Sparten der Lehrlingsausbildung, wo dies nicht möglich ist. Wenn gestern vom Abgeordneten Ing. Stoisser darauf hingewiesen wurde, daß das Land Steiermark nun die Milliardengrenze für den Ausbau und die Errichtung von Berufsschulinternaten bald erreichen wird, dann muß man mit Recht die Frage an den Referenten, Landesrat Peltzmann, stellen, wieviel Berufsschulinternate werden noch gebaut, oder umgebaut, ist dieses Programm nun beendet und wenn noch gebaut wird, die Frage, wo und in welchen Sparten? Ing. Stoisser sagte richtig, daß ab 1980 ein Rückgang bei Lehrlingen eintreten wird, und wir haben dann natürlich dies auch im Ausbau unserer Internate zu berücksichtigen. 95 Prozent der weiblichen Lehrlinge teilen sich auf 19 Berufe auf, und dies sind Berufe, für die sich die Burschen in keiner Weise interessieren. Ich sage dies, weil es nämlich 225 Lehrberufe gibt, und daraus ersieht man, daß sich die Mädchen nur auf eine ganz kleine Gruppe der Sparten konzentrierten. Der Höchststand an Lehrlingen wurde in Österreich 1979 erreicht. Es gab 194.000 Lehrlinge. Es wird nun ab 1980, die geburtenreichen Jahrgänge sind vorbei, weniger Nachfragen für Lehrstellen geben. Nun darf ich vielleicht noch kurz darauf hinweisen, daß es 1979 doch um 3500 Jugendliche mehr waren, die Lehrstellen gesucht haben, als 1978, und es war nicht einfach, die alle unterzubringen, denn wir Österreicher hatten das Glück, die Jugendarbeitslosigkeit, die in vielen Industrieländern vorhanden ist, bei uns durch eine vernünftige gemeinsame Zusammenarbeit hintanzustellen. Die im Gewerbe aufgetretenen Engpässe wurden durch die gezielten Förderungsmittel vom Land und zusätzlich vom Bund überwunden. Schwierigkeiten sind aufgetreten bei den Abgängen der Sonderschulen. Im Falle der erstmaligen Lehrlingsausbildung, hier würde auch gestern vom Abgeordneten Ing. Stoisser darauf hingewiesen, hat die Kammer für Arbeiter und Angestellte ein Mitspracherecht. Er meinte, es seien dadurch Verzögerungen entstanden. Ich möchte dem widersprechen. Die Ausbildungsbetriebe, die hier ein Ansuchen richten, werden auf schnellstem Weg seitens der Kammer für Arbeiter und Angestellte erledigt, und in den allermeisten Fällen, das darf ich auch herausstreichen, sind es positive Stellungnahmen. Daß natürlich auch Betriebe aufscheinen, die nicht den Erfordernissen entsprechen und daß man auch hier seitens der Kammer mit Recht Bedenken und Einspruch erhebt, ist, glaube ich, vernünftig, nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse der Arbeitgeber. Es werden ja immer wieder viele Fehler in der Lehrlingsausbildung begangen. Das geht sogar so weit, daß ein Kellnerlehrling in einem Gastgewerbebetrieb Dachdecken mußte und der Arbeitgeber der Meinung war, wenn es hereinregnet, könne der Bursche nicht servieren und infolgedessen liege es auch im Interesse seiner Berufsausbildung. Ein Fall, den die Gewerkschaftsjugend aufzeigte. Daß so etwas passiert, wissen wir, es soll abgestellt werden. Aber wenn man einen Artikel der Zeitung hernimmt, in dem erwähnt

wird, daß die gleichen Chancen für Frauen in der Berufsausbildung gefordert werden, ist es richtig, denn dies soll nicht nur im Interesse der Frauen geschehen, sondern auch ein Anliegen der Wirtschaft sein im Hinblick auf die nächsten Jahre. In erster Linie muß ein Umdenken der Frauen und Mädchen erfolgen, und nicht ein Umdenken der Lehrherren. Für die Ausbildung der Mädchen ist seitens der VEW Kapfenberg zum Beispiel ein positiver Weg beschritten worden, die erstmals Mädchen in die Metallberufe aufgenommen haben. Wenn ich hier die VEW Kapfenberg nenne, so mit voller Absicht, denn es wurde schon des öfteren die Industrie kritisiert, daß sie mehr Lehrlinge ausbilden soll, im Interesse der Wirtschaft und der Allgemeinheit. Wir wissen ganz genau, daß die VEW gerade in den letzten Jahren mit Auftragschwierigkeiten zu kämpfen hatte und auch heute noch nicht diese Schwierigkeiten überwunden hat. (Landesrat Peltzmann: „Sie wissen ja, daß ich der Vorsitzende bin!“) Das ist zu begrüßen, Herr Landesrat, hier darf ich aber auch auf ein paar Investitionen hinweisen, die beispielgebend sind. Sie kennen sie als Vorsitzender, aber hier im Haus, glaube ich, ist es notwendig, im Interesse der verstaatlichten Industrie, dies herauszustreichen und auch im Interesse der Industrie allgemein, die auf diesem Gebiet ja sehr viel investiert. Die VEW Kapfenberg hat in zwei Teilen die Ausbildungsstätten und Umschulungsstätten errichtet. Man darf nicht übersehen, daß in der heutigen Zeit Umschulungen äußerst wichtig und notwendig sind. Beim ersten Teil, schon im Mai 1968, wurde das eine Schulgebäude und eine Umschulungswerkstätte in Betrieb genommen. Der zweite Teil besteht aus den neuen, wesentlich vergrößerten Lehrwerkstätten, Unterweisungsräumen und einer Turnhalle. Diese Turnhalle ist hier besonders zu erwähnen, denn es ist richtig, daß den Lehrlingen auch die Möglichkeit des Sports immer wieder zur Verfügung gestellt wird. Die Gesamtbaukosten für dieses Schulzentrum betragen 92,6 Millionen Schilling, von denen je 26 Millionen aus den Mitteln der Arbeitsmarktförderung und aus den Förderungsmitteln des Landes Steiermark flossen. 40,6 Millionen, und das ist keine kleine Summe, betragen die Eigenmittel, die hier von der VEW selbst getragen wurden. (Landesrat Peltzmann: „Das stimmt nicht!“) Stimmt nicht? Dann habe ich falsche Ziffern. Ich habe das, das muß ich Ihnen sagen, Herr Landesrat, aber aus einer Meldung entnommen, die normalerweise die richtigen Zahlen nennen müßte. Mit diesen, wie auch immer und sollte diese Summe, die selbst von den Kapfenbergern erbracht wurde, nicht ganz stimmen, so ist aber damit der Beweis erbracht, daß dieses Schulzentrum unterstreicht, daß die verstaatlichte Industrie ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe in Richtung Ausbildung der Jugend nachkommt. Es werden gerade bei Siemens 20, und ich spreche laut Zeitungsbericht, sonst korrigieren Sie mich wieder, Herr Landesrat, und in Kapfenberg 45 bis 50 weibliche Lehrlinge ausgebildet, in Berufen, die ansonsten den Burschen mehr zugesprochen haben. Hier ist also eine positive Entwicklung festzustellen. Herr Abgeordneter Turek sagte schon, daß auch Maturanten logischerweise einen Beruf erlernen können

und es wäre sogar wünschenswert, ich glaube auch im Interesse der Wirtschaft. Es wird darauf hingewiesen, daß zwei Maturantinnen in der WIFI eine Tischlerlehre aufgenommen haben, und das sind, glaube ich, ganz positive Beiträge. Nun wird von der Gewerkschaftsjugend, das muß ich Ihnen hier auch vortragen, mit Recht verlangt, daß sich die Jugend wünscht, daß die Unterrichtszeit erweitert wird, daß das nicht Freude bei den Lehrern auslöst, das ist verständlich, daß die sportliche Erziehung auch eine Rolle spielen soll und man Turnhallen bei diesen Berufsschulen errichten sollte, um nicht Turnhallen anderer Schulen zu blockieren. Ich glaube aber einen Punkt sollte man nicht übersehen, daß der Wunsch auch von diesen Lehrlingen geäußert wird, daß sie einen Fremdsprachenunterricht, Vorträge über Sozial- und Arbeitsrecht gerne in ihrem Lehrplan hätten. Über Fremdsprachen gibt es schwerlich Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Abg. Wimmler: „Er versteht sich gut!“), denn wo wir heute in allen Bereichen Europas und darüber hinaus Monteure entsenden müssen, wäre es sehr wünschenswert, wenn der Facharbeiter auch über Fremdsprachen verfügt. Es würde uns sehr zugute kommen. Daß die Vorträge über Sozial- und Arbeitsrecht in unseren Berufsschulinternaten auch zum Tragen kommen sollen, Herr Landesrat Peltzmann, das ist auch ein berechtigter Wunsch. Die Einstellung von qualifizierten Lehrkräften zusätzlich, das ist eine Kostenfrage, ist notwendig, wenn man diese Wünsche berücksichtigen will. Ich darf aber auch abschließend besonderen Dank an die in den Internaten, Berufsschulen tätigen Lehrkräfte richten, die sich sehr bemühen, unsere Lehrlinge in der theoretischen Ausbildung auf den letzten Stand zu bringen. Ich möchte es aber auch nicht verabsäumen, weil ich von einem Berufsschullehrer angerufen wurde, daß wir Sozialisten und gerade ich persönlich, scheinbar dagegen seien, weil es gelungen ist, die Urlaubszeit (diesen Energieurlaub) auch für die Berufsschullehrer einzuführen, das heißt gegen eine Gleichstellung zu den anderen Lehrern. Ich habe ausdrücklich diese Entwicklung gut geheißt, als fortschrittlich und richtig. Ich habe nur den Wunsch geäußert, ich glaube den berechtigten Wunsch, daß auch die Lehrlinge, die sich zu dieser Zeit im Internat befinden, die von den Lehrkräften, weil sie in der gleichen Zeit ihr Lehrvolumen erfüllen müssen, Aufgaben mit nach Hause bekommen, um sie auszuführen, um dann, wenn sie zurückkehren nach einer Woche, zu den Prüfungen antreten müssen, nicht arbeiten müssen. Sie sollten in dieser Woche in Ruhe ihre Aufgaben und Hausarbeiten erledigen. Dieser Wunsch wurde abgelehnt. Ich bin überzeugt, daß die Gewerkschaft auf Bundesebene die Voraussetzung schaffen wird. Aber noch einmal: Wir Sozialisten sind dafür, daß auch die Berufsschullehrer im Urlaubsanspruch gleichgestellt sind mit den anderen Lehrern. In diesem Sinne ein Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Prof. Dr. Eichinger.

Abg. Dr. Eichinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Kurz noch ein paar Worte, ich muß dem Kollegen Heidinger ein bißchen replizieren. Ich möchte Sie um eines bitten; Wir in Österreich haben es durchaus nicht notwendig, immer wieder in das Ausland zu schauen. Wenn man die Highschool von Amerika nimmt, die Sie zitiert haben — also einem kapitalistischen Land —, dann kann ich Ihnen sagen: „Was sich dort abspielt ist so, daß wir Österreicher uns sagen müßten: Gott bewahre uns vor solchen Zuständen.“

Wenn jetzt die Diskussion über die Gesamtschule in Skandinavien, in England und so weiter, wieder ausgebrochen ist, dann deshalb, weil man von dieser Schule nicht überzeugt ist und weil man darauf kommt, daß eben die alten Schulformen doch nicht so schlecht sind, daß sie aber ständig reformiert werden müssen. In Deutschland hat ein führender Pädagoge kürzlich festgestellt, daß die Schülerrelation bei Gesamtschulen 1 : 15,4 ist und bei gegliederten Schulen 1 : 21,8; das bedeutet eine Mehrausstattung für die Gesamtschulen von 40 Prozent. Oder: die Baukosten liegen auf dem Quadratmeter Hauptnutzfläche bei Gesamtschulen um 23 bis 54 Prozent höher. Daraus schließt er, Herr Kollege Heidinger (Abg. Heidinger: „Ich warte bis die Luft ausgeht!“): Wenn man den anderen Schulen diese Privilegien gewährt, sind natürlich die Leistungen dort wesentlich besser. Was leider immer wieder fehlt, das sind die Vergleiche. Ich erinnere mich immer wieder an einen deutschen Kollegen, der gesagt hat: Wir haben es schwer, wenn wir irgendetwas schreiben, das in das Gesamtkonzept des Schulsenators von Hamburg nicht hineinpaßt. Das wird überhaupt nicht berücksichtigt, und das sind eben die großen Probleme, Herr Kollege. Wenn Sie glauben wir führen einen Klassenkampf oder wir sind bestrebt, Schüler abzuweisen — gerade aus Arbeiterkreisen —, möchte ich Ihnen sagen, daß Sie das nicht mehr sagen dürften. Sie dürften aus Ihrer Praxis wissen, daß das überhaupt nicht der Fall ist und daß uns Lehrer wirklich eines eint, nämlich der Wille und der Wunsch, daß wir allen den Zugang zur Schule ermöglichen, daß wir für alle Schüler da sind. Ich darf Ihnen, Herr Kollege, nur ein paar Zahlen aus der Schule, an der ich tätig bin, berichten. Immerhin kommen hier 46,97 Prozent der Schüler von Arbeitern, 33,51 Prozent von Angestellten und Beamten, also ein sehr hoher und erfreulicher Prozentsatz Herr Kollege. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ihnen wird die Luft ausgehen. Ich hätte nur eine Frage. Sind Sie nicht der Direktor eines Oberstufenrealgymnasiums?“) Jawohl ich bin es. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie sind Direktor einer Schule, die schon einer modifizierten Form und nicht der ganz alten Schule entspricht. Stimmt das? Sie bekommen Ihre Kinder aus der Hauptschule. Stimmt das?“) Herr Kollege, wir gehen doch zurück. Meine Schüler kommen zu 80 Prozent aus der Hauptschule, natürlich. Ich will Ihnen damit nur beweisen, Herr Kollege, daß wir gerade mit unseren Beschlußfassungen Sorge getragen haben, daß wir weiterführende Möglichkeiten schaffen, und dazu stehen wir voll und ganz. (Abg. Gerhard Heidinger: „Keine Geschichtsfälschung, die ÖVP war

gegen das Oberstufenrealgymnasium!" — Landesrat Peltzmann: „Es gab einen Piffl und Drimmel!" — Abg. Gerhard Heidinger: „1962 haben Sie nach mühseligen Verhandlungen zugestimmt!" Herr Kollege lassen Sie sich sagen. (Abg. Dr. Heidinger: „Die Geschichte der Oberstufenrealgymnasien müssen Sie als Lehrer wissen!" — Landesrat Peltzmann: „Das ist eine Verdrehung!" — Abg. Dr. Schilcher: „Uralter Lavendel!") Herr Kollege Heidinger, ich darf nur sagen: Bei diesen Problemen könnte man Ihnen den Vorwurf machen, daß Sie manchenmal wirklich nicht so informiert sind, wie es sein müßte. Das erlaube ich mir hier wirklich festzustellen. (Beifall bei der ÖVP.) Herr Kollege, wir Lehrer sind „gestandene Männer", Sie brauchen nicht glauben, daß wir nicht dastehen, nicht wahr. Darf ich noch eines sagen. (Landesrat Bammer: „Wenn eure Kinder das hören, fehlt der ‚gestandene Mann!'") Trotz Peltzmann, das stört mich auch nicht, wir sind trotzdem gestandene Männer. Noch etwas Erfreuliches möchte ich berichten. Ich habe mir die 4. Klasse einer Hauptschule angeschaut, um zu sehen, was die Schüler machen, wenn sie abgehen.

Ist hier wirklich das Ende? Es sieht folgendermaßen aus: Eine Klasse mit 21. Schülern, I. Klassenzug: in die Handelsakademie geht einer, Handelsschule zwei, Forstschule einer, Oberstufenrealgymnasium zwei, Oberstufenrealgymnasium-Übergangsstufe zwei, Höhere Technische Bundeslehranstalt drei, Fachschule sechs, Hotelfachschule einer, Polytechnikum einer, Lehrstelle einer, unbekannt einer. Daraus möchte ich hier die Feststellung treffen, daß die Möglichkeit des Weiterbesuches gegeben ist. Herr Kollege Heidinger, dazu stehen wir. Das wollen wir ja, darum ist ja diese Welle unter Unterrichtsminister Piffl gekommen. Da hat es geheißen, jeder Bezirk soll eine höhere Schule bekommen.

Schlimm ist es nur, wenn ich den II. Zug nehme, da haben wir: Lehrstellen 15, das sind die, die einmal ein Jahr wiederholt haben, Polytechnischer Lehrgang 18. Das sind Ziffern, die mich persönlich erfreuen, weil sie beweisen, daß man doch die Möglichkeiten der weiterführenden Schule nützt. Entscheidend ist nur, das möchte ich wiederholen, Herr Kollege, lassen Sie mich das noch sagen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich danke Ihnen für die Feststellung, daß der erste Klassenzug der Hauptschule ohne weiteres in eine weiterführende Schule gehen kann. Damit ist der erste Klassenzug der AHS gleichzuziehen!") Herr Kollege, darüber streiten wir ja gar nicht. Sie reden über Dinge, die uns selbstverständlich sind. Ich habe nur eine Angst, meine Damen und Herren, daß bei dem Großaufmarsch, den der Charly Blecha jetzt in Österreich veranstaltet, die innere Reform wiederum leidet. (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Präsident, ich muß Ihnen noch eines sagen; mir persönlich tut es sehr leid, daß der Gewerkschaftsbund von vornherein zum Bannerträger für die Gesamtschule wird. Auch hier die Frage, ob das wirklich die Aufgabe einer Gewerkschaft ist. Wenn man noch dazu weiß, daß diese Schule umstritten ist, Herr Präsident. (Abg. Brandl: „Die Diskussion war sehr gründlich!" — Abg. Ileschitz: „Die Diskussion war einhellig, auch mit Ihren Leuten. Erst als die Weisung vom

Mock gekommen ist, wurde eingebremst!") Herr Präsident, mir hat ein Bekannter gesagt, Sie sollen nicht so sehr für die integrierte Gesamtschule, sondern Sie sollen gegen die integrierte Gesamtbelastung der österreichischen Bevölkerung auftreten. (Abg. Ileschitz: „Da müssen Sie einmal Gewerkschaftsfunktionär werden. Dann wissen Sie mehr!" — Abg. Brandl: „Wir sind für die Vollbeschäftigung. Das ist wichtig!") Das wäre für den Gewerkschaftsbund wesentlich notwendiger, Herr Präsident, ich sage auch das, was mir einige Arbeiter gesagt haben und was ich hundertprozentig unterstreichen mußte, daß die Gewerkschaft schauen soll, daß wir nicht so viele Steuern zahlen müssen. Eines noch, das ich mir wünschen möchte, das wäre die Aufwertung des Facharbeiters. Auch hier fehlt es, Herr Präsident. (Abg. Ileschitz: „Das machen wir!") Wenn man hier alles daransetzen würde, um den Facharbeiter aufzuwerten, mit der Meinung aufzuräumen, daß der Mensch nicht beim Maturanten anfängt, sondern daß der Mensch dort anfängt, wo er etwas leistet, dann würden wir Vieles und Gutes für unser Schulwesen machen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. — Abg. Ileschitz: „Warte nur, das machen wir. Haben Sie schon etwas vom Benya-Stiftungsfonds zur Förderung der Facharbeiter gehört?") Alles zu wenig, viel zu wenig, Herr Präsident. (Abg. Ileschitz: „Eine großzügige Angelegenheit. Wir brauchen die Hinweise nicht. Wir sind Ihnen zehn Jahre voraus!") Viel mehr muß noch geschehen auf diesem Sektor. Aber, wenn wir nur darum streiten, wenn wir nur um die Gesamtschule streiten, dann leidet der Schüler in Österreich, dann leiden auch die Eltern, und das wollen wir alle nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

In unserer schnelllebigen Zeit kommt der Forschung und der Entwicklung gesteigerte Bedeutung zu und jede sinnvoll erscheinende Förderung ist grundsätzlich zu begrüßen. Dieser Bereich ist jedoch auch ein Faß ohne Boden und deshalb müssen wir uns im Landesbudget nach der Decke strecken. Es geht aber, glaube ich, im wesentlichen darum, daß man die Effizienz aus der Forschung, das Bestmögliche herausarbeitet und da glaube ich, daß es nicht nur darum geht, selbst Forschungsaufträge zu vergeben beziehungsweise zu finanzieren, sondern vor allem, bereits im Laufen befindliche Forschungsaufträge und Studien auszuwerten, sich die Ergebnisse gegenüberzustellen, darüber zu diskutieren und zu versuchen, diese möglichst rasch in die Tat umzusetzen. Der Bereich Energie beispielsweise ist ein derart schwieriges Thema, daß man nicht einfach aufgeschnappte Ansichten und Meinungen weitervertreten kann, sondern ausgearbeitete Unterlagen vorliegen müßten, mit denen man sich auseinandersetzen und entsprechende Maßnahmen treffen sollte. Im diesjährigen Budget findet sich ein neuer Ansatz mit 6 Millionen Schilling Aufwand für die Forschungsgesellschaft Joanneum. Ich würde anregen, daß man prüft, ob vielleicht von dieser

Gesellschaft eine Aufgabe übernommen werden könnte, die darin besteht, die Ergebnisverwertung zu übernehmen. Ich habe der Zeitung „Die Gemeinde“ Ausgabe 12/1979 entnommen, daß dem Raumordnungsgesetz 1974 folgend von der Landesamtsdirektion der Landesregierung, nicht dem Landtag, ein Entwurf eines Entwicklungsprogramms für Rohstoff- und Energieversorgung vorgelegt worden sei. Wenn der Zeitungsbericht vollständig ist, so enthält das Programm wohl sehr wichtige Fragen zur Energiebereitstellung, allerdings nichts in Fragen Energieeinsparung und in welcher Form politisch Einfluß genommen werden kann, das Energiebewußtsein der Bevölkerung zu fördern. So wichtig der Bereich der Bereitstellung auch ist, ebenso wichtig, so meine ich, ist die Einsparung, und wie mir scheint, eine eingehende und wiederholte Diskussion darüber. Aus einer der Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, einem Buch von Professor Meier-Habbich, Mitglied der Enquetekommission „Zukünftige Energiepolitik des Deutschen Bundestages“ möchte ich zwei Beispiele herausgreifen, um zu zeigen, wie Studien landläufige Aussagen widerlegen können und wie wichtig eine eingehende Diskussion beziehungsweise eine vorangegangene Analyse dieser Studien und dieser Aussagen ist. Sehr geehrte Damen und Herren! Zum ersten Beispiel, man könnte für den Bereich Energie meinen, daß dort die größten Einsparungen stattfinden und Einsparungsmaßnahmen getroffen werden, wo die Energiekosten am stärksten in die Kostenrechnung, in die Kalkulation eingehen. Eben erwähnter Autor zeigt an Hand von Erhebungen, daß dies nicht der Fall ist, sondern daß nur dort, wo Rationalisierungsmaßnahmen zum Tragen kommen, beziehungsweise wo durch den Strukturwandel neue Technologien eingeführt werden, Einsparungen festgestellt werden konnten. Das würde bedeuten, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der technische Fortschritt unter Berücksichtigung des gesteigerten Ausstoßes der gesteigerten Produktivität eine energiesparende Entwicklung nehmen würde, oder anders formuliert, daß Energieeinsparung, sozusagen als Nebenprodukt einer technischen Entwicklung aufgetreten ist, deren Ziel es in erster Linie war, Lohnkosten einzusparen. Ich betone ausdrücklich, falls diese Hypothese stimmen sollte, so widerspricht sie deutlich der weitverbreiteten Ansicht, daß eine rasche technische Entwicklung und das Wegrationalisieren der Arbeitsplätze, vor allem im Erzeugungsbereich der Industrie, gleichzeitig einen gesteigerten Energiebedarf erfordern würde. In diesem Fall geht es mir darum, daß diese Aussagen von Fachleuten gegenübergestellt und geprüft werden. Falls diese Folgerungen stimmen, müßten unsere politischen Handlungen und Entscheidungen darauf ausgerichtet werden. Es dürften aufgrund der begrenzten Fördermittel überhaupt nur neue Technologien gefördert werden. Natürlich müßten mit größter Sorgfalt die damit verbundenen Beschäftigungsprobleme mitdiskutiert und mitbeachtet werden.

Ein zweites Beispiel aus dem Haushaltsbereich: Es ist eindeutig festzustellen, daß der Energieverbrauch, der Energieumsatz im Bereich der Industrie

rückläufig ist, während er im Bereich der Haushalte beziehungsweise Kleinverbraucher ansteigt. In dieser Studie wird dies aufgezeigt, und zwar wird die Betrachtungsart folgendermaßen angestellt, daß die bisherigen Zuwachsraten bis zu einem angeblich zu bestimmenden Sättigungsstadium vorgeschrieben und von dort der Verbrauch beziehungsweise eine mögliche Einsparung errechnet wird. Es stellt sich heraus, daß ein ein- bis dreifacher Energieaufwand erforderlich sein wird. Also, meine Damen und Herren, eine Spanne von 330 Prozent zwischen einer sparsamen Energieumsetzung und einer verschwenderischen. Der einzige Einfluß, der darauf genommen werden kann, liegt im politischen Bereich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß wir uns grundsätzlich darüber klar werden müßten, ob man der grenzenlosen Energiebereitstellung das Wort reden soll, daß man sich darauf einstellt, daß eben der Verbrauch abgedeckt werden muß, der auf uns zukommt. Begreiflicherweise ergeben sich daraus ja dann Konsequenzen: die Versorgungsunternehmungen wollen natürlich aus wirtschaftlich begründbaren Aspekten einmal vorsorglich bereitgestellte Energie auch umsetzen und an den Mann bringen. Es wird mindestens der Spitzenbedarf als Richtwert angenommen und die Täler sollen gefüllt werden, „möglichst bis zu diesen Spitzenwerten hin. Es wird nicht zum Sparen angeregt, sondern eher zum Verbrauch. Bekennt man sich jedoch dazu, alle Möglichkeiten des Sparens auszunützen, dann müßten von öffentlichen, von politischen Stellen die nötigen Einflüsse geltend gemacht werden, daß nicht die Versorgungsunternehmungen tonangebend sind in der Verbrauchsphilosophie, sondern eben aus Sicht einer sparsamsten Energieumsetzung der politische Gesichtspunkt. Es müßte also versucht werden, die Spitzennachfrage abzusenken. Wie kann man das erreichen? Beispielsweise durch eine geänderte Tarifgestaltung, beispielsweise in einem Unternehmen gibt es wohl eine Überwachungseinrichtung über den Spitzenverbrauch; die Spitze wird in der Industrie zusätzlich bewertet, aber nur einmal die sogenannte Bereitstellung, das heißt, wir wachen sehr genau, daß diese Spitze nicht überschritten wird; Geräte werden entsprechend gestaffelt eingeschaltet (Abg. Dr. Schilcher: „Durch Malusssystem!“); nur wenn diese Spitze einmal bezahlt ist, dann hilft keine Rationalisierungsmaßnahme mehr und man bekommt keinen Schilling dafür zurück, das heißt es ist kein Anreiz gegeben, dann weniger zu verbrauchen, im Gegenteil, es ist so, daß der höhere Verbrauch eine relative Begünstigung, beziehungsweise eine Einsparung eine relative Benachteiligung bedeutet. Im Haushaltsbereich gibt es überhaupt keine Orientierung, das heißt man müßte Spitzenlastzeiten mit einem anderen Tarif belegen, andererseits eben Schwachlastzeiten günstiger anbieten. Es würde so angeregt werden, den Verbrauch bewußter zu regeln, beziehungsweise einzusparen. Die Stromtarifgestaltung im übrigen ist höchst problematisch und veraltet. Wenn heute Rationalisierungsrechnungen angestellt werden im Bereich der Energieeinsparung, so kommt deutlich auch der gespaltene Tarif zum Tragen. Der Einsparungsrechnung wird nur der variable Teil, nämlich dieser Arbeitspreis, angerech-

net, nur diesen Teil kann man sich ersparen, während der Grundpreis ja nicht vergütet wird, beziehungsweise nicht zu Buche schlägt und so die Amortisationszeit ungebührlich lang ist und in sehr vielen Fällen ein Entscheid zu Ungunsten einer möglichen Einsparung fallen wird. Die Ursachen in dieser Tarifgestaltung liegen natürlich darin, daß seinerzeit ja absichtlich eine absatzfördernde Tarifgestaltung eingeführt wurde. Ich glaube, es wäre daher längst an der Zeit, auch in der Tarifgestaltung der geänderten Situation Rechnung zu tragen, will man nicht als Anachronist dastehen. Weil ich gerade bei der geänderten Tarifgestaltung bin, möchte ich gleich noch den Vorschlag unterstützen, den effektiven mittleren Haushalteverbrauch als Bezugsgröße für den gestaffelten Tarif anzunehmen. Es würde ohne willkürliche Festlegung von selbst ein überhöhter Bedarf ausgewiesen werden, beziehungsweise er würde sich laufend den Veränderungen von selbst und automatisch anpassen. Darüberhinaus könnte natürlich über eine bestimmte Bandbreite eventuell ein Luxusbezugszuschlag oder wie immer Sie ihn nennen wollen, eingehoben werden. Es wäre dies sicher ein brauchbares Instrument mit deutlicher Signalwirkung. Ohne generelle Preiserhöhungen und unter voller Berücksichtigung einer kostendeckenden Tarifgestaltung könnte auch damit der Verbraucher zum energiebewußteren Verhalten motiviert werden.

Abschließend möchte ich nochmals den Zusammenhang mit dem Bereich Forschung herzustellen versuchen. Für mich stellen sich folgende Fragen: Erstens: Von welcher Stelle werden zur Zeit Anstrengungen unternommen, eine Mitbenutzungsmöglichkeit von Studienergebnissen zu erhalten? Zweitens: Wo werden konzeptiv und kontinuierlich Ergebnisse von Forschungsaufträgen beziehungsweise von Studien, soweit sie zugänglich sind, auf eine mögliche Umsetzung geprüft? (Abg. Dr. Schilcher: „In Forschungszentren!“) Drittens: In welcher Form ist es einem interessierten Mandatar möglich mitzuwirken oder auch nur Informationen über eine mögliche energiepolitische Maßnahme zu erhalten? (Abg. Dr. Schilcher: „Herr Landeshauptmann Sebastian ist Mitglied des Forschungszentrums!“) Viertens: Wäre für den Energiebereich eine demokratische Form der Mitwirkung und Mitbestimmung weiter Kreise möglich, etwa in der Art, wie dies für Raumordnungsprobleme gut und optimal praktiziert wird? Diese Fragen bitte ich nicht als provokant aufzufassen, sondern sie sind als Anregung gedacht, falls Sie wider mein besseres Wissen nicht ohnehin schon gelöst sind.

Meine Damen und Herren, mir geht es in erster Linie darum, zur Bewußtseinsbildung zuerst in den politischen Gremien beizutragen, diese Bewußtseinsbildung zu vertiefen, daß neben dem Problem der Energiebeistellung oder -bereitstellung vor allem auch die Einsparungsphilosophie näher betrachtet wird und die enormen Möglichkeiten, die drinnen liegen, erkannt werden, beziehungsweise entsprechende Maßnahmen eingesetzt werden. Selbst wenn wir in der westlichen Welt die heutigen Zuwachsraten decken könnten, so bitte ich nicht außer Acht zu lassen, daß nicht nur bei uns in Österreich, sondern

vor allem in der übrigen Welt größter Nachholbedarf herrscht. Die Menschen, die uns gegenüber heute noch arg im Nachteil liegen, haben dasselbe Recht auf Energieumsetzung und sie werden dieses Recht zunehmend geltend machen, meine Damen und Herren. Wir sollten nicht darauf warten, daß uns ein Umdenken durch äußere Einflüsse aufgezwungen wird. Ich wünsche mir eine Form der Beeinflussung der Menschen, die sich möglichst nicht in Reglementierungen ausdrückt, sondern mehr in werbender Form angeboten wird. Jene, die aber darauf ansprechen, sollten die bestmögliche Begünstigung und Förderung erhalten. Teilweise liegt es an uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür die Weichen zu stellen und wir sollten möglichst rasch damit beginnen. Dankeschön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Peltzmann.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe nicht vorgehabt, mich zur Gruppe 2 zu Wort zu melden, aber da mich der Herr Kollege Preamberger, ich glaube, er ist nicht mehr im Hause, angesprochen hat, gebieten es der Respekt und die Höflichkeit vor dem Hohen Hause, ihm auch hier eine Antwort zu geben. Das Berufsschulwesen als solches wird mit den neuen Maßnahmen, die der Landtag durch das Berufsschulorganisationsgesetz 1979 gesetzt hat, 1980 natürlich auf dem Gebiete der Schulerhaltung andere Maßstäbe vorfinden, wie das 1979 der Fall war. Ab 1. Jänner 1980 trägt das Land Steiermark sämtliche Kosten. Es wird nur ein Teil davon, und zwar 600 Schilling pro Lehrling, an die Lehrplatzgemeinden umgelegt. Das ist eine Einsparung, sehr schwer auszurechnen, bei den Berufsschulen, wo 1800 Schilling verumlagt wurden, sind es zwei Drittel und bei den Schulen wo 1200 Schilling verumlagt wurden, sind es 50 Prozent. Mindestens 50 Prozent ersparen sich die steirischen Gemeinden auf diesem Sektor durch dieses Berufsschulorganisationsgesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun darf ich schon ein bißchen auf die Fragen eingehen, ich glaube, dann kommen wir am leichtesten mit den Dingen zu Rand, Herr Kollege Preamberger. Er hat gefordert und es ist eine richtige Forderung, daß die Wirtschaft in erster Linie gut ausgebildete Facharbeiter braucht. Man sieht auch in der Arbeitsmarktpolitik, daß die Quote von Arbeitslosen in erster Linie bei den angelernten Arbeitskräften zu verzeichnen ist. Sie bekommen, ich glaube fast in ganz Steiermark, nirgends Facharbeiter. Man sieht schon, daß der Weg, den wir vor 30 Jahren begonnen haben, der richtige war: das Schwergewicht auf die Ausbildung von Facharbeitern zu legen und dieser Überlegung haben wir auch unsere Berufsschulidee unterworfen. So kam es 1965 zum ersten Berufsschulorganisationsgesetz in der Steiermark und dieses Gesetz sah bereits die Verfächlichung, das heißt, die lehrgangsmäßige Führung von Berufsschulen vor und heute ist der Großteil, also 90 Prozent, bereits lehrgangsmäßig geführt und 4,95

Prozent aller steirischen Lehrgänge sind noch in sogenannten Tages- oder, wie wir sagen, in Bezirksberufsschulen eingeschult. Hier ist die Frage sehr richtig aufgeworfen worden, was hier noch in Planung ist: Die Schule für die metallverarbeitenden Industrielehrlinge, dann die Schule für Lebensmittel, das heißt, Fleischhauer und Zuckerbäcker. Die eine Schule in Knittelfeld ist planungsreif, ausschreibungsreif, und es dürfte im März mit dem Bau begonnen werden; das gleiche gilt für Lassing. In Lassing könnte es sein, daß ich noch einmal darauf dränge, daß die Schule nochmals ausgeschrieben werden muß, weil hier viele Unklarheiten, die mir nicht eingehen, durch die Ausschreibung zu Tage getreten sind. Dadurch könnte sich vielleicht der Baubeginn um zwei oder drei Monate verzögern. Eines darf ich Ihnen aber sagen, Herr Kollege Preamsberger, ich weiß, Berufsschulen sind auch Pflichtschulen, unsere Planung ist so ausgerichtet, daß auch bei einem absehbaren Rückgang der Lehrlingszahlen es keine leerstehenden Internate und keine leerstehenden Schulen geben wird. Heute haben wir leider alle Freizeiträume dem Unterrichts- und dem Internatsbedarf unterworfen, das ist nicht schön, geplant haben wir Spielzimmer und so weiter. Auf der anderen Seite gibt es keine Berufsschule, wo wir nicht zusätzlich Internatsräume angemietet haben; in Gleichenberg vier Gebäude, in Fürstenfeld zirka 5 Gebäude. Trotzdem, sage ich, ist dieser Weg der richtige, weil es ja durch die Bevölkerungsentwicklung, durch die Geburtenzahl bildlich, wie man so schön sagt, ersichtbar ist, daß sich dies in vielen Jahren verflachen wird. Es ist ja auch eine Eigenart der Steiermark. Wir sind das einzige Bundesland, das im Lehrjahr 1979/80 noch einen Zugang zu verzeichnen hatte. In den meisten Bundesländern haben wir bereits ein Einpendeln auf die gleichen Zahlen und in einigen Bundesländern, besonders im Westen und in Wien, haben wir einen leichten Abfall der Lehrlingszahlen zu verzeichnen. Hier noch eine Zahl, die ich Ihnen sagen darf. In der Steiermark haben wir zur Zeit 35.861 Lehrlinge. Von diesen 35.861 Lehrlingen werden ausgebildet: 17.868 im Gewerbe, 7574 im Handel, 41 Geld- und Kreditwesen, 414 im Verkehr und 3434 im Fremdenverkehr, und Herr Preamsberger, leider noch immer nur 6130 in der Industrie. Das heißt, 29.731 gegen 6130. Mich würde es freuen, wenn alle Industriebetriebe, wie viele beispielgebende, Ihr Betrieb gehört zu den beispielgebenden, den gleichen Weg gehen würden. Dort wären, glaube ich, noch Ausbildungsreserven in einem wirklich breiten Rahmen vorhanden. Ich appelliere immer wieder, unter dem Motto „wir brauchen die Leute nicht“, entschuldigen Sie, seit einem Jahrhundert hat die gewerbliche Wirtschaft in erster Linie Lehrlinge für die Industrie ausgebildet und es schadet gar nichts, wenn ein Industrielehrling zurückwandert in das Gewerbe als Facharbeiter. Ich glaube, diese Wechselwirkung muß man auch dort endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Zu den Verhältniszahlen und zur Arbeiterkammer noch ein Wort. Ich muß sagen, daß in der Steiermark die Zusammenarbeit sich in den letzten Jahren gut eingependelt hat. Sie wissen, die Verhältniszahlen sind leider nicht geändert worden. Wir

umgehen es ganz brutal, das sage ich auch ganz offen, mit Zustimmung der Arbeiterkammer, (Abg. Ileschitz: „Keine Schwierigkeiten!“) denn wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Wir tun es ja für die Jugend dieses Landes, für nichts anderes. (Abg. Ileschitz: „Keine Schwierigkeiten!“) Jawohl, hier gibt es keine Schwierigkeiten, hier klappt die Sache sehr gut. Aber eines noch, ich will Sie nicht berichtigen, Herr Kollege Preamsberger. Da ich selbst Vorsitzender des Kuratoriums der VEW-Lehrwerk- und Umschulungszentren bin, kenne ich die Dinge ganz genau. Es gibt hier einen gemischten Finanzierungsschlüssel. Sie müssen das Umschulungszentrum von der Lehrlingsausbildung trennen, das gehört nicht zusammen. (Abg. Preamsberger: „Das tue ich so!“) Zweitens, Böhler, bitte VEW, erlauben Sie mir den Ausdruck noch für Böhler, Böhler bezahlt zur Zeit unsere Zusagen voraus, der Bund hat seine Zusagen eingehalten, sein Drittel, aber das Land, und ich habe das bei der Abmachung auch erklärt, daß wir das nicht auf einmal bezahlen können, sondern in Jahresraten und unsere fälligen Summen, die ausständig sind, sind von VEW vorausbezahlt worden. Ich habe sogar bei der letzten Finanzverhandlung nicht durchbekommen, daß der Herr Finanzreferent heuer schon wieder einen Teil nachbedeckt und das wird erst bei einer der nächsten Regierungssitzungen zum Beschluß erhoben und bringt dann die Summe wieder in das Licht, indem die Abmachung läuft. Das heißt, das Landesdrittel wird erst ich schätze 1982 voll zur Auszahlung kommen. Inzwischen ist VEW in Vorlage getreten und die einzige Meinungsverschiedenheit ist, daß VEW sagt, wenn wir schon in Vorlage treten, zahlt uns für diese Summe einen Zinszuschuß. Aber das ist alles, was hier noch in der Luft liegt. Ich darf aber noch ein paar Dinge sagen, Herr Kollege Preamsberger, da sind Sie von Ihren Freunden bezüglich der Energieferien falsch informiert. Die Energieferien sind leider in keinem Bundesgesetz festgelegt. Sie sind durch Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung bis jetzt gewährleistet worden. Wir werden das weiter gewährleisten, obwohl wir wissen, daß wir hier mit dem Bundesgesetzgeber nicht konform gehen. Sage ich ganz offen. Wenn wir vom Ministerium eines auf den Deckel bekommen, bekommen wir es ja gemeinsam, Herr Preamsberger, weil es ja im Parteiabkommen drinnen ist, daß diese Beschlüsse gemeinsam gefaßt werden müssen. (Abg. Preamsberger: „Ich habe nur klargestellt, daß wir als Sozialisten nicht dagegen sind!“) Ich komme ja auf ihren Kern. Zugleich die Freistellung der Lehrlinge, Herr Preamsberger, das geht nicht. Wir können für die Steiermark nicht ein eigenes Arbeitszeitgesetz einführen. Das ist nicht drinnen. (Abg. Preamsberger: „Das kommt auf Bundesebene!“) Ob das bundesweit einmal kommt, das ist eine andere Frage, aber das wird zur Zeit in jedem Land anders gehandhabt, das muß ich dazu sagen, währenddem das nächste Jahr überhaupt keine Rolle spielt, weil nächstes Jahr fallen die Lehrgänge genau so, daß die Woche für alle Teile ausfällt, während das bei den Normallehrgängen nicht möglich ist. Ich sage: Wir sind hier an den Bund mit der Bitte herangetreten, durch eine Geset-

zesnovellierung einen geregelten Zustand herzustellen. Ich frage, warum? In der Steiermark sind zum Beispiel in der Berufsausbildung Spediteure acht Bundesländer eingeschult. Dadurch spüren wir den Wirrwarr der Verschiedenheit der Regelung in den einzelnen Bundesländern. Mir wäre lieber, wenn das nicht geschieht. (Abg. Prensberger: „Eine Bemerkung. Auch ich habe im Zentralvorstand diese Frage angeschnitten, damit es auf Bundesebene geklärt wird!“) Danke, da sind wir wieder einer Meinung. Nun die Forderung der Gewerkschaftsjugend. Nichts gegen die organisierte Jugend, nur muß ich sagen, in der Steiermark ist die Mehrheit der Lehrlingsunterstützungsverein und nicht die Gewerkschaftsjugend. Ich muß mich mit beiden Forderungen auseinandersetzen. Die Forderung, die Sie jetzt aufgeworfen haben, daß man auch das Arbeits- und Sozialrecht in den Internaten einführt, lieber Herr Kollege Prensberger, da stehst Du neben den Schuhen! Internat ist Freizeit und nicht Lehrplan und jeder Lehrling ist einfach dagegen, daß seine Freizeit beschnitten wird, verständlich, ganz egal mit welcher Auflage. Das ist nicht möglich, das ist Freizeit. Die Lehrpläne werden vom Bund erstellt und da ist das, was Sie heute gefordert haben, vollinhaltlich drinnen und wird auch von unseren Berufsschullehrern voll gelehrt. Das möchte ich kurz dazu sagen. (Abg. Prensberger: „Im Unterricht bitte!“)

Die Anregung, Fremdsprachen einzuführen, haben wir bereits in gewissen Berufssparten, zum Beispiel Gast- und Schankgewerbe, Spediteure, bürokaufmännische Berufsschulen, aufgegriffen. Ich bin gerne bereit, auch in den technischen Schulen diese Anregung aufzunehmen und bei der nächsten Lehrplandiskussion in die Waagschale zu werfen. Ich darf allen Betrieben, die den Mut haben, immer wieder Lehrlinge auszubilden, herzlichen Dank sagen, ich darf der lernenden Jugend in der gewerblichen Wirtschaft einen guten Weg weiterhin wünschen und ich darf ebenfalls den Lehrern sowie allen Beamten, vom Landesschulrat angefangen bis zur Rechtsabteilung 13, die an diesem großen Werk mitwirken, meinen herzlichen Dank aussprechen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Prof. Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

In der Gruppe 2 wurde viel von den Kindergärten und Schulen gesprochen und ich möchte dazu auch ein paar Bemerkungen anführen. Zuerst zu den Kindergärten, über deren Entwicklung folgendes zu sagen ist: Es gibt eine Reihe von Gemeinden und Pfarren, die mit Gründungen von Kindergärten beschäftigt sind. In Zahlen sieht das so aus, daß wir laufende Errichtungsverfahren in 19 Orten haben und bewilligte Errichtungen in 33 Orten, während an weiteren 18 Punkten das Verfahren bisher ruht, weil hier gewisse Unklarheiten aufgetaucht sind und der Bedarf noch studiert werden muß. Wir gehen sehr genau bei der Überprüfung des Bedarfes vor. Die Geburtenziffern werden selbstverständlich genau überprüft und es wird auch immer wieder die Möglich-

keit ins Auge gefaßt, daß man in bestehende Schul- oder Pfarrhöfe den Kindergarten hineinbaut, um zu einer finanziell günstigeren Lösung zu kommen. Wir bieten derzeit in den steirischen Kindergärten rund 24.000 Kindergartenplätze an. Auf der anderen Seite ist die bekannte Entwicklung bei den Geburtenziffern selbstverständlich zu beobachten und zu beachten. Sie ist uns allgemein bekannt. Eine Zahl: Im Jahre 1969 hatten wir in der Steiermark noch 19.640 Geburten und im Jahre 1978, also neun Jahre später, nur mehr 13.440, um 6000 weniger. Es ist dies eine Erscheinung, die in den Industrieländern des Westens und auch des Ostens zu beobachten ist. Es gibt natürlich Gründe dafür. Gerade kürzlich hat es wieder im Zusammenhang mit einem neuen Gesetz über Schwangerschaftsabbruch in Frankreich eine sehr starke Diskussion über diese Problematik gegeben und die Argumente, die es dort gegeben hat, die man dort gefunden hat, wären sicher auch in Österreich, wenn ein ähnliches Gesetz gerade fällig gewesen wäre, gebracht worden. Immer wiederum die Auffassung. Was spricht dafür, daß Leute weniger Kinder bekommen, was sind die Gründe dafür? Und es wird auf diese Frage in erster Linie geantwortet: Unsichere Zukunft, wirtschaftliche Schwierigkeiten, ja sogar Arbeitslosigkeit und natürlich die Problematik der berufstätigen Frau. (Abg. Ing. Turek: „Das Fernsehen!“) Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade die Rolle der berufstätigen Frau eine schwierige und doch für viele neue Rolle ist in den industriellen Ländern von heute. Das Lebensgefühl in der industriellen Gesellschaft ist, ob wir es glauben oder nicht, doch von einer gewissen Unsicherheit geprägt und die Wahlfreiheit für die Frau, entweder in den Beruf zu gehen oder auf der anderen Seite zu Hause zu bleiben, stürzt sie ja manchesmal in Gewissenskonflikte. Sicherlich ist diese Wahlfreiheit zu begrüßen, allerdings mit einer ganz besonderen Einschränkung, und das sollten wir auch nicht vergessen, wenn wir über Kindergärten sprechen, das sagen uns alle Jugendpsychologen und Jugend- und Kinderärzte. Besonders wichtig in den ersten drei Lebensjahren des Kindes ist die Bezugsperson für das Kind, die nicht wechseln soll. In den allermeisten Fällen wird und soll es die Mutter sein. Ihr Kontakt mit dem Kind, ihr Sprech-, ihr Blick-, ihr Hautkontakt, ist ganz einfach wesentlich für die künftige Entwicklung des jungen Lebens, des jungen Menschen. Kinder, die diese Bezugsperson sehr früh, in den ersten Lebensjahren, wechseln, und sehr oft wechseln müssen, sind oft später gestörte Persönlichkeiten. Das dürfen wir nicht vergessen, das bezieht sich besonders auf die Jahre vor dem Kindergarten, aber es reicht natürlich in das Kindergartenalter ab dem vierten Lebensjahr hinein. Was die Schulen betrifft, ist die Reorganisation des Pflichtschulwesens in der Steiermark abgeschlossen bis auf kleine Details. Ich kann mich daher darauf beschränken, nur noch ein Wort zu den Sonderschulen zu sagen. Auch hier sind wir weitgehend mit dem Netz fertig. Probleme gibt es noch bei den behinderten Kindern, das darf nicht verschwiegen werden, bei den Schwerstbehinderten besonders, wo in den Schulklassen sehr oft die Betreuungsperson fehlt. Der Lehrer oder die

Lehrerin, die sich um diese armen Hascherln zu bemühen haben, sind oft überfordert, wenn sie in der Klasse allein sind, weil das Kind oft seine Probleme hat und die Aufsicht unter Umständen nicht gewährleistet ist, wenn ein Kind den Raum verlassen muß. Hier werden wir uns etwas einfallen lassen müssen, daß in Schwerstbehindertenklassen, das sind rund 50 in der Steiermark, auch eine zusätzliche Betreuungsperson gesichert wird.

Zur Schule im allgemeinen, zur Schuldiskussion, gestatten Sie mir auch ein paar Worte. Ich kann mich zurückerinnern an meine Praxis als Lehrer, wir haben eigentlich schon damals immer wieder darunter gelitten, daß wir uns von allzuviel Vorschriften, Gesetzen und Paragraphen eingeengt gefühlt haben. Es hat eigentlich zum guten Ton gehört, daß man als Lehrer im Konferenzzimmer über die Behörden geschimpft hat. Das hat sich leider nicht verbessert, im Gegenteil, es ist sicherlich in den letzten Jahren schlechter geworden. Wir haben ganz einfach immer mehr Vorschriften, immer mehr Gesetze, wir vergittern uns allgemein, das ist nicht nur im Landhaus der Fall, uns geht es in der Schule eigentlich so, wie im Landhaus, wir bauen immer mehr Gitter um uns und setzen uns immer mehr in den Käfig hinein, und das ist nicht sehr gut für die Entwicklung der Schule. Was ich mir wünschen würde wäre eine dezentralisierte Schule, mit mehr Freiheit für den schöpferischen Lehrer, auch mit mehr Freiheit für den Direktor natürlich, nicht so, daß man ununterbrochen fürchten muß, daß man in einem Minenfeld ist, daß alles reglementiert ist. Ich glaube, mehr Freizügigkeit und mehr Möglichkeit, den Unterricht zu gestalten, wären sehr wichtig. Das würde bedeuten, daß wir die Vielfalt der Schüler anerkennen. Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, daß wir eine Schule der Vielfalt brauchen, weil wir in diesem kleinen Österreich auch eine Gesellschaft der Vielfalt brauchen. Wir haben ganz einfach Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten, mit verschiedenen Eignungen, mit verschiedenen Talenten, vom Arbeiter bis zum Forscher, bis zum Erfinder, bis zum Künstler und wir brauchen ihre Verschiedenheit in unserem Land. Ich gehe soweit, daß ich sage, wir brauchen in diesem kleinen Österreich Eliten. Ich habe persönlich nie mitgetan bei der Verteufelung des Begriffes Eliten. Ich weiß nicht, warum dieses Wort in den letzten Jahren immer wieder heruntergezogen worden ist. Es ist eine große Widersprüchlichkeit darin, denn wir jubeln Eliten auf der einen Seite ununterbrochen hoch. Was heißt Elite? Elite ist eine Auswahl, wenn Sie wollen eine Auswahlmannschaft. Bei unseren Fußballern, bei unseren Schiffahrern sind wir froh, daß wir große Auswahlmannschaften und große Eliten haben und auf der anderen Seite der gleichen Zeitung wollen wir diese Eliten heruntermachen. Ich glaube, das ist ein zwiespältiges Vorgehen, das einfach nicht stimmt. Wir brauchen einfach Leute, die etwas Besonderes leisten können, mit ihren Händen, mit ihren Köpfen, mit ihrem Herzen und dem muß auch die Schule nachkommen. (Landesrat Peltzmann: „Aber nicht mit Bomben!“) Deswegen plädiere ich für eine Schule der Vielfalt, weil ich glaube, daß das für unser Land

sehr wichtig und für unsere Zukunft sehr gut ist. Meine Damen und Herren! Was nun die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen betrifft: Die Diskussion darüber, gestern und heute, hat nicht viel Neues gebracht, ich fürchte, ich kann auch nichts Neues dazu sagen und ich werde es kurz machen. Was ist interessant, oder was ist wesentlich an diesem Problem? Für mich die Frage, was ist zu verändern, damit Verbesserung auf zwei Gebieten entsteht:

1. Wie entsteht eine bessere Schule, wenn man so will, zur Verbesserung des sozialen Verhaltens der Kinder, zum Abbau von Schranken zwischen Gruppen und Klassen?

2. Was ist zu verbessern, damit an der Schule einfach mehr und besser gelernt wird? Also die pädagogische Seite.

Zum ersten Punkt genügt es sehr wohl, dort hinzuschauen, wo seit Jahrzehnten Gesamtschulen bestehen, das ist in den verschiedensten Ländern der Fall, das ist in der Sowjetunion der Fall, das ist in den Vereinigten Staaten von Amerika genauso der Fall. Wenn man diese Gesellschaften sieht, dann weiß man sehr genau, in Ost und West, daß es sehr stark gegliederte Gesellschaften sind, sehr hierarchisiert, Kasten haben, Klassen haben, auch im Osten selbstverständlich, wo es eine neue Funktionärsklasse gibt, zweifelsohne auch in den Vereinigten Staaten. Es ist also so, daß die Schule nicht letztlich entscheidet über das soziale Verhalten der Menschen untereinander und daß diese Entscheidungen ganz woanders fallen. Bleibt der zweite Punkt, wie sieht es also aus mit dem Lernen und mit den Bildungschancen? Hier ein Wort aus der Statistik. Jederzeit für Chancengerechtigkeit, in Ordnung. Der Herr Abgeordnete Eichinger hat schon ein paar Ziffern aus seiner eigenen Schule genannt. Ich habe sie für die ganze Steiermark. Wie sieht es aus mit den Maturanzahlen des Jahres 1978. 1979 laufen noch ein paar Nachtragstermine, da haben wir noch nicht die Schlußbilanz. Aus dem Schuljahr 1977/78 haben wir in der Steiermark 3440 Maturanten, und zwar von allgemeinbildenden und von berufsbildenden höheren Schulen, also einschließlich BULME, Handelsakademie und so weiter. Davon kommen immerhin 1360, also mehr als ein Drittel, aus Hauptschulen. Aus Hauptschulen, aus denen sie dann umgestiegen sind in Gymnasien, in Oberstufengymnasien. Das heißt, daß die Hauptschule sicherlich nicht mehr eine Sackgasse ist, wenn sie es überhaupt jemals gewesen ist. Vor der Schulreform 1962 war sie das, einverstanden. Aber durch die Möglichkeit dieses Umsteigens ist sie es sicherlich nicht mehr. Das ist sehr erfreulich, das ist zu begrüßen. Das bedeutet jetzt aber zwei Dinge, meine Damen und Herren. Erstens, daß die Unterstufe des Gymnasiums ihre Bewährung längst bestanden hat und daß es wirklich keinen pädagogischen Grund gibt, sie abzuschaffen und daß auf der anderen Seite die Hauptschule in Österreich von einer ganz besonderen Qualität ist, verglichen mit Schulen für Zehn- bis Vierzehnjährige in anderen Ländern. Deswegen wird ja diese Diskussion ein bißchen importiert, durch die Problematik, die es anderswo gibt oder gegeben hat. Wo also wirklich für die Zehn- bis Vierzehnjährigen das Angebot schlecht war. Da ein paar

Gymnasien und dort irgendeine diffuse Oberstufenschule oder Volksschule, die einfach nicht gut genug war. Da hat es wirklich viele Sackgassen gegeben. Das ist durch die gute Form, durch die guten Leistungen der österreichischen Hauptschule nicht der Fall. Aber das bedeutet nicht, daß wir uns nicht die Frage stellen müssen, ist die Hauptschule wirklich in Ordnung? Da stimme ich mit allen Meinungen überein, die da sagen, da gibt es noch einiges zu verbessern. Denn es ist sicherlich richtig, wenn man vom 1. Klassenzug der Hauptschule sagt, da können die Kinder gut weitergehen, wenn sie stark genug sind, haben sie alle Bildungsmöglichkeiten im Leben noch vor sich. Aber im 2. Klassenzug ist das nicht der Fall, und das sind immerhin ein Drittel der Hauptschüler. Ungefähr 33 Prozent besuchen den 2. Klassenzug, ganz wenige von ihnen haben die Chance, über den 1. Klassenzug noch aufzusteigen, fast alle bleiben sitzen in ihrem 2. Klassenzug, und haben dann mit 14 Jahren wirklich nur mehr beschränkte Möglichkeiten vor sich. Da gibt es noch Probleme, das ist richtig. Soweit es also Begabungsprobleme sind, wird man die nie ganz ändern können und es wird eben auch solche Schüler geben, die vielleicht eher sonderschulreif sind und die in diesen 2. Klassenzügen sitzen, und auf der anderen Seite wird es aber doch die Frage geben, kann man ihnen noch mehr Chancen geben? Hier sind die Formen, die man versucht, bei Schulversuchen mit einer integrierten Gesamtschule, mit den Leistungsgruppen, beispielsweise im Hartberger Modell, vielleicht eine Möglichkeit, die Hauptschule in ihrer Qualität noch zu verbessern. Das muß man im Auge behalten, obwohl auch hier immer wieder die Pädagogen sagen, gut, die dritte Leistungsgruppe ist und bleibt ein Problem. Es wird sozusagen die Frage des 2. Klassenzuges in die dritte Gruppe der IGS projiziert. Ganz werden wir wahrscheinlich aus diesem Teufelskreis nie ausbrechen können.

Meine Damen und Herren! Am Ende der Gruppe 2, in der dieses Mal über Forschung, Erwachsenenbildung und anderes, was sehr wichtig ist, kaum gesprochen wurde, zusammenfassend nur noch ein Wort am Ende des Jahres des Kindes.

Wir haben das Jahr 1979 hinter uns. Wenn wir von Schulen, von Kindergärten reden, dann sollen wir nicht vergessen, daß es ja um die Kinder geht, nicht um uns Erwachsene und auch nicht um die Lehrer. Da ist sicherlich auch einiges zu sagen. Es ist richtig, daß die erste soziale Frage des Kindes in unseren entwickelten Ländern weitestgehend gelöst ist. Infektionskrankheiten sind besiegt, gottlob, Not in Ernährung, in Kleidung ist weitgehend beseitigt oder zumindest gemildert, was in den Entwicklungsländern überhaupt nicht der Fall ist. Dort gibt es noch die erste soziale Frage für die Kinder. Aber vergessen wir nicht, daß die zweite, die nächste soziale Frage für das Kind, zweifelsohne bei uns existiert, nämlich daß wir nicht immer eine kinderfreundliche Gesellschaft in unseren Industrieländern haben. Bei der Eröffnung des Jahres des Kindes in Wien hat der Herr Bundespräsident gesagt: „Es scheint so zu sein, daß bei reicheren Eltern Kinder innerlich immer ärmer werden.“ Eine

solche Diagnose steht nicht allein da, wir sollten sie nicht vergessen. Es gibt eine Untersuchung von Prof. Hohenauer aus Linz, der festgestellt hat, daß zwischen Eltern und Kindern im Schnitt eine Gesprächssituation pro Tag von rund 9,5 Minuten bestehe, wenn die Eltern berufstätig sind. Das ist zweifelsohne zu wenig, zu wenig Zuwendung von Erwachsenen an Kinder. Es gibt die Statistik der Verkehrsunfälle. Rund 6000 Kinder sind in Verkehrsunfälle in Österreich pro Jahr verwickelt und fast 100 verlieren dabei ihr Leben. Auto oder Kind, das ist oft die Frage. Kindesmißhandlungen hat es immer schon gegeben, leider Gottes, aber ist vielleicht symptomatisch, daß ausgerechnet im Jahr des Kindes eine Aktion „Liebe statt Hiebe“ gegründet werden mußte. Das sollte uns auch zu denken geben. Der große amerikanische Kinderpsychologe Bettelheim hat vor kurzem gesagt: „Es scheint so zu sein, daß die Interessen von Erwachsenen und von Kindern immer schwieriger auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind.“ Diese Problematik wollen wir auch nicht vergessen, wenn wir von Schulen, von Kindergärten und von Familien sprechen, da ist bei weitem nicht alles mit Organisation zu lösen, sondern vieles nur mit menschlicher Zuwendung, die braucht unsere Kinder, die braucht unsere Jugendlichen. Ich wünsche, daß solche Zuwendungen auch in unseren Einrichtungen, über die wir alle gesprochen haben, so viel als möglich existieren und ich danke allen, die zu dieser Zuwendung fähig sind, die sie immer wieder von sich aus geben und schenken. Ich danke allen Erziehern, Kindergärtnerinnen, Lehrern, vielen Männern und Frauen, die im ganzen Land für unsere Jugend tätig sind. Ich danke auch den Beamten der Rechtsabteilung 13 und des Landesschulrates für ihre Arbeit und wünsche unseren Schulen, unseren Kindergärten, allen unseren Einrichtungen, die sich mit Kindern und jungen Menschen beschäftigen, auch in Zukunft, im Jahre 1980, einen guten Erfolg. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich melde mich aus zwei Gründen zum Wort. Zunächst einmal zur Landessportorganisation und dann in weiterer Folge zur Durchführung der alpinen Skiweltmeisterschaften 1982. Zur Landessportorganisation! Wir haben im heurigen Jahr eine Reihe von Jubiläen erlebt und gefeiert, Städte haben jubiliert, Vereine haben jubiliert, aber auch die Landessportorganisation hat jubiliert. 25 Jahre Landessportorganisation wurde in einem Festakt im Schloß Eggenberg gefeiert. Es wurden sehr eindrucksvolle Reden gehalten, Rechenschaftsberichte dargelegt und ich glaube, es ist auch der Anlaß am heutigen Tage, dazu ein Wort zu sagen. Das Landessportgesetz, da war ich selbst ein junger Abgeordneter, habe ich damals mitberaten und mitbeschlossen, 1953 hatte zur Auswirkung gehabt, daß daraufhin der Landessportrat eingesetzt wurde und

die entsprechenden Institutionen. Es sind jetzt 25 Jahre her, daß der steirische Sport und die Landes-sportorganisation ihre Tätigkeit aufgenommen haben und wenn ich jetzt diese 25 Jahre überblicke, dann können wir sagen, daß der steirische Sport im Spitzensport, aber vor allem das, was mir ein Herzensanliegen ist, im Breitensport einen Aufschwung genommen hat, von dem ich nur sagen kann, daß er beispiellos dasteht. Ich darf Ihnen vielleicht eine Zahl sagen: Die erste Subvention, die das Land Steiermark dem steirischen Sport vor mehr als drei Jahrzehnten gegeben hat, waren 6000 Schilling für eine Veranstaltung. Wenn ich jetzt, 1979, solche Ziffern sagen würde, dann glaube ich, ist es nicht übertrieben, wenn ich feststelle, daß wir in Sportanlagen aller Art und in Sportveranstaltungen aller Art hunderte von Millionen Schilling investiert haben, und ich glaube, wir können, das wurde bei diesem Jubiläum so deutlich zum Ausdruck gebracht, feststellen, daß es heute kein Dorf, keinen Markt und keine Stadt gibt, die nicht über Sportanlagen verschiedenster Art verfügen. Ich sehe, daß wir im heurigen Jahr eine Reihe von Sportplätzen ihrer Bestimmung übergeben konnten. Ich denke an eine Gemeinde im steirischen Oberland, an St. Lorenzen ob Murau, eine kleine Bergbauerngemeinde. Aber hinzufügen darf ich, daß sie sicher eine der schönsten Sportanlagen dieses Landes besitzt: Einen zauberhaften Sportplatz, traumhaft schöne Tennisanlagen und ein Schwimmbad, das alle Stückerln spielt. Und über solche Anlagen verfügen wir zu Hunderten. Es ist erstaunlich, wie viele Opfer dabei nicht nur von kleinen Gemeinden, sondern auch persönliche Opfer von Sportlern und vor allem von Funktionären gebracht werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht sage ich am besten ein paar Zahlen, wie es gegenwärtig 1979 um den steirischen Sport bestellt ist: In den drei Dachverbänden ASVO, ASKO und UNION haben wir beim ASVO 223 Vereine, beim ASKO 353 Vereine und bei der UNION 380 Vereine. In diesen drei Dachverbänden und in den 35 Sportfachverbänden sind 330.000 Steirerinnen und Steirer erfaßt. Es ist das mit einem Wort eine Ziffer, von der ich, glaube ich, sagen kann, daß kein Bundesland über eine solche Spitzen- und Breitenleistung verfügt. Hier ist zweifelsohne eine erstaunliche und großartige Pionierarbeit geleistet worden. Wenn ich bei dieser Gelegenheit auch erfolgreiche Sportler des Jahres 1979 nenne, dann sind es Regina Sackl, die Gewinnerin des Slalomweltcups 1979, Peter Wirnsberger, ein zweiter Platz in der Abfahrt im Weltcup, Lea Sölkner, ein dritter Platz im Slalomweltcup, Gerhard Peinhaupt, im Paddeln ein sechster Platz in der Weltmeisterschaft, Paul Fink, Weltmeister im Armbrustschießen, Edith Hrowath, Europameisterin im Judo, Petra Brenner, Staatsmeisterin in 100 m Hürden, Sepp Zeilbauer, Staatsmeister in 110 Meter Hürden, Rudolf Mitteregger, dreifacher Staatsmeister im Radrennen, Edith Kraml, Staatsmeisterin in der alpinen Kombination, Willi Pürstl, Staatsmeister im Sprunglauf, Christa Erk, Staatsmeisterin im Pistolenschießen, Christine Strahalm, Staatsmeisterin im Pistolenschießen, Alexander Pilhatsch, Staatsmeister im

100 Meter Rückenschwimmen, um nur die wichtigsten zu nennen.

Wenn ich auf zwei Weltmeister verweise, die uns besonders am Herzen liegen, dann ist es Sepp Walcher, der Abfahrtsweltmeister 1978, und gleichzeitig die Lea Sölkner, die Slalomweltmeisterin des Jahres 1978. Meine Damen und Herren! Das ist der Spitzensport, aber ebenso auch der Breitensport, von dem wir sagen können, daß er eigentlich unser Hauptziel sein muß. Spitzensport ja! Ich habe es von dieser Stelle bereits zum Ausdruck bringen können, daß wir leider im Spitzensport da und dort Auswüchse sehen, die ich nicht nur für bedenklich halte, ich sage es gleich so, wie ich es mir denke, ich verurteile sie. Ich habe Gelegenheit gehabt, das wird jetzt vielleicht sechs oder sieben Wochen her sein, einen Fernsehfilm in der Sportsendung zu sehen, wo gezeigt wurde, wie Schwimmsportler der DDR manipuliert wurden. Da muß man sich fragen, wo liegt der tiefere Sinn einer solchen Vorgangsweise. Ich glaube, da geht es in Wahrheit nur mehr um eines, ich kann es mir nicht verkneifen, es hier festzustellen, um einen nationalen Chauvinismus und um sonst nichts. Ich glaube, der Sinn des Sports muß darin liegen, daß wir möglichst vielen Menschen in einer Zeit der Leistungsgesellschaft, der Wohlstandsgesellschaft, der Bewegungsarmut die Möglichkeit und die Chance bieten, Sport in allen Arten auszuüben, und diese Chancen haben wir in diesen Jahren in der Steiermark in jeder Hinsicht erreicht. Es ist dies eine großartige Leistung, wo man nicht nur die Landessportorganisation dazu beglückwünschen darf, sondern ich möchte am heutigen Tage auch von dieser Stelle aus allen Funktionären des steirischen Sports ein herzliches Danke sagen. Sie, über die man hin und wieder lächelt, daß sie die Vereinsmeier und die Wichtigtuier seien. Keine Sportart in der Steiermark kann ausgeübt werden, wenn nicht die steirischen Sportfunktionäre aller Art zur Verfügung stünden, wenn sie nicht Freizeit und Geld opfern würden, und ich stelle sie in Wahrheit als jene Idealisten hin, die den Motor des steirischen Sports ausmachen. Das ist zum steirischen Sport zu sagen.

Aber, meine Damen und Herren, in der Diskussion zur Gruppe 2 wurde erfreulicherweise von mehreren Rednern auf die Zuerkennung der Alpinen Schiweltmeisterschaften 1982 verwiesen. Jetzt bleibt mir nichts mehr anderes übrig, als auch ein Federl auf den eigenen Hut zu stecken. Meine Damen und Herren! Die Zuerkennung dieser Alpinen Schiweltmeisterschaften 1982 ist das Produkt einer gezielten Fremdenverkehrspolitik dieses Landes. (Beifall bei der OVP.)

Wenn wir nicht konsequent den steirischen Wintersport und den steirischen Winterfremdenverkehr aufgebaut hätten, hätten wir niemals die Chance gehabt, eine solche Veranstaltung zugesprochen zu erhalten. Ich erinnere mich lebhaft, und es ist ein Abgeordneter in unserem Kreise, der Abgeordnete Laurich, als wir, es ist jetzt mehr als ein Jahrzehnt her, uns darüber unterhalten haben, was wir tun könnten, um Schladming und die Planai zu erschließen. Da standen wir vor einem großen Problem. Es ging um die Frage des Tannwaldes, und wir haben damals eine Lösung gefunden, das war der

erste Schritt. Der zweite Schritt war die Gründung der Planainbahngesellschaft, wo das Land als Mehrheitsgesellschafter eingetreten ist, und damit wurde die Planai perfekt erschlossen. Das hatte zur Folge, daß auch die übrigen Gemeinden in einem Siegeszug ohnegleichen sich mit neuen Anlagen eingestellt haben. Das hatte in weiterer Entwicklung zur Folge, daß die FIS uns die Weltcupabfahrten zuerkannte, und das hatte zur Folge, daß die FIS in einer geheimen Abstimmung im heurigen Mai sich dazu entschloß, uns diese Weltmeisterschaften für die Steiermark zuzuerkennen. Vor zehn Jahren, wenn ich in diesem Hause gesagt hätte, wir werden einmal Weltmeisterschaften durchführen, dann glaube ich, hätte man leise auf allen Bänken gelächelt; heute ist es eine Selbstverständlichkeit. Sie können sich vorstellen, daß das für den Fremdenverkehrsreferenten natürlich auch ein Schlüsselerlebnis ist, wenn er feststellen darf, daß sich ein solches Ergebnis und eine solche konsequente Arbeit mit allen, da haben alle mitgewirkt, eine solche Krönung erfahren hat. Ich sage das heute mit besonderer Freude. Aber, meine Damen und Herren, es darf ja nichts in dieser Welt geschehen, wo nicht Neider auf den Plan treten und wo nicht manche, ich muß es leider sagen, auch anderes damit verfolgen. Ich habe einiges herausgehört, wenn man im Lande unterwegs ist, man merkt es da und dort zwischen den Zeilen. Ich habe am Landesfremdenverkehrstag vor knapp einer Woche dazu Stellung genommen, und ich fühle mich verpflichtet, aus einem besonderen Grund, jenen Teil dieser Ausführungen vor diesem Hause zu wiederholen, und zwar wörtlich deshalb zu wiederholen, weil ich glaube, daß ich dies für notwendig und für zweckmäßig erachte. Ich habe gesagt, einen besonderen Rang in der Werbung nahm der Einsatz um die Erringung der Alpinen Schiweltmeisterschaft 1982 für die Region Schladming und der Nordischen Juniorenweltmeisterschaft 1982 in Murau ein. Wir können einen durchschlagenden Erfolg vermerken. Beide Weltmeisterschaften werden in der Steiermark stattfinden, und dies trotz heftigster Bewerbungen von namhaften Wintersportzentren in der Schweiz, Italien, Frankreich und Jugoslawien. Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinsichtlich der Alpinen Schiweltmeisterschaft 1982 in der Dachstein-Tauern-Region eindeutig feststellen, diese Weltmeisterschaft wurde der Dachstein-Tauern-Region und damit der Steiermark und Österreich zugesprochen. Natürlich sind mit einer solch großartigen Veranstaltung erhebliche Investitionen und Kosten verbunden. Wir bekennen uns zu diesen Kosten, weil die mit der Durchführung der Alpinen Schiweltmeisterschaft 1982 verbundene Werbewirkung für das ganze Bundesland Steiermark mit Sicherheit große Früchte tragen wird. Die Steiermark wird über einen langen Zeitraum vor, während und nach dieser Weltmeisterschaft im Brennpunkt des Wintersportgeschehens der gesamten Welt stehen. Wie so oft bringen großartige Erfolge auch Neider auf den Plan. Manche versuchen, daraus ein politisches Süppchen zu kochen. Die einen sagen, nunmehr wird in der Dachstein-Tauern-Region alles teurer werden. Wer die Preisdisziplin des Fremdenverkehrsgewerbes, gerade in der Dach-

stein-Tauern-Region kennt, weiß, daß dies eine glatte Verleumdung ist. Andere behaupten, daß durch die mit der Durchführung der Alpinen Schiweltmeisterschaft 1982 verbundenen Kosten andere Landesteile in der Steiermark in den Förderungsmaßnahmen Einschränkungen erfahren müssen. Mit aller Klarheit stelle ich fest, auch heute, hier und jetzt, daß dies auf keinen Fall zutreffen wird, da das Fremdenverkehrsbudget des Landes durch die Alpinen Schiweltmeisterschaften 1982 keinerlei Schmälerung erfährt und erfahren hat. Wir machen die Fremdenverkehrspolitik nicht nur für eine Region, sondern für die ganze Steiermark. Ich habe das bewußt auch nochmals zitiert, um zu sagen, wir freuen uns mit Schladming, wir freuen uns mit Murau, wir wissen, was das für unser Land bedeutet, und wir glauben, daß wir damit gut gefahren sind. Daher kann ich auch von dieser Stelle aus sagen, wir werden den Schladmingern jede Hilfe, jeden Rat und jede Unterstützung zuteil werden lassen, wir werden den Murauern jede Hilfe, jeden Rat und jede Unterstützung zuteil werden lassen, weil wir wissen, was Schladming zugute kommt und was Murau zugute kommt, kommt in dieser Frage auch der Steiermark zugute. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident! Ich bleibe bei meinem Antrag und ersuche, der Gruppe 2 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, um ein Händezichen.

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur **Gruppe 3**, Kunst, Kultur, Kultus. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hermann Ritzinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 3 umfaßt alle Angelegenheiten, die sich mit Kunst, Kultur und Kultus im Lande befassen. Im einzelnen sind das: Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film und sonstige Kulturpflege. 1980 erwartet sich das Land Steiermark aus der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, Einnahmen in der Höhe von 8.057.000 Schilling und Ausgaben von 238.510.000 Schilling.

Ich darf Sie um die Annahme dieser Gruppe ersuchen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es gibt Menschen, die der Meinung sind, daß es schade um jeden Schilling ist, der für ein Theater, für die Oper oder überhaupt für die Kultur aus-

gegeben wird. Sie finden, es wäre viel vernünftiger, Altersheime und Kindergärten zu bauen oder die Schneeräumung besser durchzuführen.

Es gibt aber auch solche Menschen — und erfreulicherweise sind es viele junge —, die begeistert in jedes Theaterstück, in jede Operaufführung, in jedes Konzert und in jede Ausstellung gehen und sich das Geld — im wahrsten Sinne des Wortes — vom Mund absparen. Zwischen diesen beiden Polen spannt sich der weite Bogen unserer Bürger.

Ich erinnere die älteren unter Ihnen an die schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre, wie die Menschen in dieser Zeit dankbar waren für jede kulturelle Veranstaltung. Damals hat man erlebt, daß das Wort: Der Mensch lebt nicht allein vom Brot! seine Gültigkeit hat.

Wir können mit dem vielschichtigen kulturellen Angebot in unserem Land zufrieden sein, das schließt nicht aus, daß da und dort noch mehr geboten werden könnte.

Das wollte ich meinen Ausführungen über die Vereinigten Bühnen voranstellen.

Wir haben in der Hauptstadt unseres Landes sowohl ein bedeutendes Musiktheater als auch eine ausgezeichnete Sprechbühne. An diesen Besitz haben wir uns gewöhnt, wir finden ihn selbstverständlich. Mag man über die Güte der einzelnen Aufführungen manchmal auch verschiedener Meinung sein, wenn man aber einmal hinter die Kulissen geschaut hat, dann muß man voll Bewunderung staunen, daß das Publikum von all den katastrophalen Zuständen nichts merkt, wenn sich der Vorhang hebt. Ich möchte beinahe sagen, leider: denn würden sich die Verhältnisse, die hinter den Kulissen herrschen, auf der Bühne widerspiegeln, dann hätten wir schon lange unter dem Druck der Öffentlichkeit die Sanierung der Vereinigten Bühnen hinter uns.

Unser Opernhaus ist Ende des vorigen Jahrhunderts von den führenden Wiener Theaterarchitekten Hellmer und Fellner auf den Thaliagründen geplant worden, einschließlich aller Hilfsbetriebe, wie Probebühne, technische Werkstätten, Kulissendepots und so weiter. Aus finanziellen Gründen unterblieb der Bau der Nebengebäude. Bezogen auf die Gesamtplanung kam es also mit dem Bau des Opernhauses nur zur Errichtung eines Torsos und darunter leidet der Theaterbetrieb im Opernhaus seit allem Anfang. Diese Unzulänglichkeiten haben sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt und haben — nicht zuletzt durch die Überalterung und Abnutzung der Anlagen — zu einem Istzustand geführt, der sich

1. erschwerend und dadurch äußerst kostenintensiv auf die Opernproduktion auswirkt,
2. bei der geringsten Ursache, zum Beispiel Übertretung des Rauchverbotes, zu einer Brandkatastrophe größten Ausmaßes führen kann,
3. der für die dort Beschäftigten nicht nur menschenunwürdig und skandalös, sondern aufgrund der sanitären Verhältnisse gesundheitsschädlich und bei den gegebenen Arbeitsbedingungen lebensgefährlich ist. Ich sage das nicht, um rhetorisch gut zu wirken, sondern das ist tatsächlich so, wie ich es sage.

Da, wie schon erwähnt, bei dem seinerzeitigen Theaterneubau die für den Theaterbetrieb unbedingt notwendigen Kulissendepots, Lagerräume, Werkstätten und eine Hinter- oder Seitenbühne nicht gebaut wurden, ergeben sich enorme Mehrkosten, nicht nur beim täglichen Spielplanwechsel, sondern auch beim Umbau der Szenerie während einer Vorstellung. Die Bühnenmaschinerie wurde 1938 eingebaut. Man könnte damit zufrieden sein, wäre sie nicht die bereits ausrangierte Bühneneinrichtung des Berliner Renaissancetheaters gewesen, das seinerseits eine neue Einrichtung erhalten hat. Der Schnürboden ist vollkommen veraltet, die Funktionsfähigkeit und Sicherheit begrenzt. Seit Bestehen des Hauses — also seit 80 Jahren — ist die Dampfheizung samt dem dazugehörigen Leitungsnetz und den Radiatoren in Betrieb. Sie entspricht nicht mehr den heutigen Gegebenheiten, Leitungen und Radiatoren sind stark verkalkt, man muß jederzeit mit einem plötzlichen Zusammenbruch der Anlage rechnen.

Die Stellwarte ist veraltet und muß dringend durch ein modernes elektronisches Steuerungssystem ersetzt werden. Es gibt weder für die Anlage im Opernhaus, noch im Schauspielhaus Ersatzteile. Hierzu, Reparaturen sind nur durch sehr teure Einzelanfertigungen von Ersatzteilen möglich.

Die Raumnot im Opernhaus führt zwangsläufig zu Lagerungen von Requisiten in Räumen und Gängen, die hierfür nicht geeignet sind und feuerpolizeilich verboten wären. Im Brandfall erschweren sie vielfach die Benützung der Fluchtwege. Den Sicherheitsbelangen unter den derzeitigen Gegebenheiten aber Rechnung zu tragen, ist meiner Überzeugung nach praktisch undurchführbar, es wäre gleichbedeutend mit der Einstellung des Opernbetriebes. Jeder Quadratmeter ist belegt, jeder Raum vollgestopft mit vielfach leicht brennbaren, übertrockneten Kulissen, Requisiten und Abertausenden Kostümen. Im Brandfall würde sich das Feuer blitzartig ausdehnen.

Die Räume für Maskenbildner, Friseure, die Garderoben der Sänger, der Solisten, des Chors, der Statisterie, vor allem aber des Balletts, sind räumlich viel zu eng, eine Belüftung sowie Waschmöglichkeit so gut wie nicht vorhanden. Die sanitären Verhältnisse sind polizeiwidrig.

In den Garderoben stehen den Tänzern beziehungsweise Tänzerinnen 2,4 Quadratmeter pro Person zur Verfügung. Rechnet man die Fläche für Schminktische und Kostüme ab, bleibt fast kein Bewegungsspielraum und das bei einer Raumlüftung durch ein einziges kleines Fenster. Bei gewissen Operaufführungen stehen für mehr als 100 Mitwirkende bei einer Vorstellung je ein Herren- und ein Damenbad mit zwei Wannen und drei Duschkabinen im Keller zur Verfügung.

Nach Besichtigung des Opernhauses hat man den Eindruck, daß vom Dachboden bis in den Keller notgedrungen alles improvisiert ist, allerdings gekonnt improvisiert. Auf die Dauer läßt sich ein Betrieb so nicht führen.

Zu betonen ist aber, daß im ganzen Haus größtmögliche Ordnung herrscht. Die Stadt Graz als Liegenschaftseigentümerin hat im heurigen Budget für

die Erhaltung der Theatergebäude eine Post von 250.000 Schilling. Die Vereinigten Bühnen haben für sämtliche Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten für den gleichen Zeitraum einen Betrag von 910.000 Schilling. Im Klartext heißt das: Mit diesem minimalen Instandhaltungsbudget kann der derzeitige Zustand der zahlreichen Gebäude wie Opernhaus, Schauspielhaus, Brandhof, zahlreiche weitere Werkstätten und Magazingebäude und alle technischen Anlagen, wie Bühne, Schnürboden, Heizung, Beleuchtung, Tonanlagen, Notstromaggregat, Batterien, Maschinen für die Tischlerei, Schlosserei und so weiter für beide großen Häuser nicht einmal auf dem derzeitigen Stand erhalten, geschweige denn modernisiert werden.

Die Vereinigten Bühnen leben von der Substanz. Es bedarf keines Sachverständigen, um zu erkennen, daß der Zusammenbruch im Opernhaus vom Gebäude und von den Anlagen her in allernächster Zeit kommen muß, wenn nicht Grundlegendes geschieht.

Ein Privatbetrieb, der sich in einem derartig desolaten Zustand befinden würde, wäre schon längst von der Behörde zwangsweise gesperrt worden. Die Frage liegt nahe, ob die Gesetze und Verordnungen, die zum Schutz der Beschäftigten erlassen wurden, nicht auch für Institutionen gelten, die im Eigentum öffentlicher Körperschaften stehen.

Nun zu den Theaterwerkstätten im Brandhof: Dort befinden sich die Tischlerwerkstatt, der kleine und große Malersaal und die Schlosserei. Wie schon beim Opernhaus kritisch vermerkt wurde, gilt im wesentlichen auch hier: Die Arbeitsräume sind für diese Tätigkeit nicht nur vollkommen ungeeignet, sondern auch gesundheitsschädlich und feuergefährlich. Große Prospekte und Dekorationsteile werden, weil die Innenräume zu klein sind, vielfach auf dem Blechdach des benachbarten Gebäudes bearbeitet. Abgesehen von der bereits geschilderten Unzumutbarkeit für die dort Tätigen, sind derartige Arbeitsverhältnisse auf einem Hausdach mitten in der Stadt, eingesehen von allen Seiten, eine Schande für die Verwaltungsgemeinschaft des Landes Steiermark und der Stadt Graz. Es spricht für die dort Beschäftigten, daß in diesen unzumutbaren Verhältnissen so fleißig und gut gearbeitet wird. Durch das Fehlen einer Hinter- oder Seitenbühne müssen Endmontagen neuer Bühnenbilder auf der Hauptbühne — dem Engpaß jedes Theaterbetriebes — durchgeführt werden. Endmontagen zeitlich zu planen ist kaum möglich, eine Disposition der Proben deshalb außerordentlich erschwert. Das aber ist gleichbedeutend mit einer beachtlichen Kostenbelastung durch vermeidbare Überstunden.

Solange es noch keine einschneidenden Arbeitszeitregelungen gab, konnte der Mangel einer Seitenbühne teilweise durch erhöhten Arbeitseinsatz ausgeglichen werden. Heute, in einer Zeit, in der die Personalkosten über 80 Prozent des Gesamtbudgets der Vereinigten Bühnen ausmachen, zwingt schon allein der Überstundenfaktor zu einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise. Jedes Theater ist eine kulturelle Institution besonderer Art, wirtschaftlich betrachtet ist es ein Unternehmen, das in der Regel leider auf Subventionen angewiesen

ist, dessen ungeachtet aber — oder gerade deswegen — nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden muß.

Seit ich mich mit den Problemen der Vereinigten Bühnen beschäftige, habe ich eine eigenartige Feststellung gemacht. Beim Thema Theater sind auch sonst verständnisvolle Leute zu einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht bereit. Der Einwand, es ist bisher seit 80 Jahren ohne Seitenbühne gegangen, dann wird es auch die nächsten 80 Jahre so gehen, klingt zwar sehr sparsam, ist es aber in keiner Weise. Niemand würde beispielsweise einem Bäcker zumuten, mit der gleichen Einrichtung, mit der er jahrzehntelang Brot gebacken hat, es noch weitere Jahrzehnte zu tun, mit der Begründung, das Brot wäre ja ohnehin immer gut gewesen. Wahrscheinlich würde er antworten, daß es mittlerweile ein Nachtarbeitsverbot für Bäckereiangestellte gäbe und die Beheizung des Backofens mit Holz in der heutigen Zeit unrentabel sei. Deshalb wäre er zu Umbauten und Investitionen gezwungen. Und aus eben diesen Gründen ist heute eine Seitenbühne für das Opernhaus dringend notwendig.

Täglich können Sie in den Vormittagsstunden am hinteren Bühnenausgang der Oper eine Sondervorstellung erleben, den Kulissen austausch. Er erfolgt bei Wind und Wetter im Freien auf dem 4,20 Meter breiten Gehsteig unmittelbar neben der Straßenbahntrasse. Es wurde mir berichtet, daß vor dem Kulissenwechsel die Grazer Verkehrsbetriebe telefonisch hievon verständigt werden, die ihrerseits per Funk die Weisung an die Straßenbahnführer geben, mit verminderter Geschwindigkeit am Opernhaus vorbeizufahren. Hier besteht eine ständige Gefährdung der Bühnenarbeiter, der Fußgänger, aber auch der vorbeifahrenden Straßenbahnen und Autobusse.

Der Proberaum für das Orchester in der alten Thalia, der auch als Probebühne Verwendung findet, beträgt ganze 130 Quadratmeter. Bei manchen Orchesterproben spielen in diesem Raum gleichzeitig 70 Personen. Der Raum ist nicht belüftet, Fenster können des Zuges und des Straßenlärms wegen nicht geöffnet werden. Es ist verständlich, daß unter diesen Bedingungen die Proben aus Sauerstoffmangel immer wieder unterbrochen werden müssen. Wird etwa ein Richard-Strauß-Stück gespielt, kommen auf einen Musiker nicht einmal 1,4 Quadratmeter. Ein Einspielen der Orchestermitglieder vor einer Aufführung findet in einem fensterlosen Raum unter der Erde oder in den Kellerräumen der Oper statt. Ich habe mir die vergleichbaren Räumlichkeiten an den Landesbühnen in Linz, Salzburg und Innsbruck angesehen und muß sagen, daß ich die Verbitterung unserer Orchestermitglieder über die bei uns herrschenden Zustände verstehe.

Nun, wie können diese schweren Mängel behoben werden? Einzelsanierungsmaßnahmen, mögen sie auch größeren Umfangs sein, bleiben Stückwerk und können zu keiner nennenswerten Verbesserung führen. In Summe gesehen wäre diese Vorgangsweise die viel kostenaufwendigere Variante. Meines Erachtens ist eine Generalsanie-

zung zwingend notwendig. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß der vorgelegte Kostenvoranschlag auf Basis eines realistischen, kostenbewußten Projektes frei von Wunschvorstellungen erstellt wurde. Abstriche würden die Gesamtanierung gefährden. Der Kostenvoranschlag von 230 Millionen Schilling beinhaltet den Neubau des Werkstättengebäudes, die Sanierung der Oper durch Ausbau einer Seitenbühne, Erneuerung der Heizung, des Bühnenmechanismus, des Schnürbodens, der Stellwarte, Durchführung aller feuerpolizeilich vorgeschriebenen Maßnahmen, soweit notwendig Renovierung sowohl der Innenausstattung als auch der Außenfassade. Alles Maßnahmen, die in Linz, Salzburg, Innsbruck, Bregenz in den letzten Jahren muster-gültig durchgeführt wurden.

Zweifellos sind 230 Millionen Schilling sehr viel Geld. Man muß aber berücksichtigen, daß seit dem Bau der Oper — also seit 80 Jahren — kaum nennenswerte Investitionen gemacht wurden und es auch nach einer Generalsanierung in den nächsten Jahrzehnten nicht notwendig sein wird, größere Investitionen durchzuführen. Es wird vielmehr durch Rationalisierungen zu erheblichen Einsparungen im laufenden Theaterbudget kommen. Legen wir die 230 Millionen Schilling auf die letzten 80 Jahre und vorsichtig geschätzt auf die nächsten 40 Jahre um, so werden Sie zu dem Ergebnis kommen, daß diese Investitionen sehr wohl vertretbar sind. Die Vereinigten Bühnen werden als Verwaltungsgemeinschaft vom Land Steiermark und der Stadt Graz geführt. Diese Rechtsform, nämlich eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ist für ein Unternehmen mit über 600 Beschäftigten und einem 160-Millionen-Budget ungewöhnlich und sicherlich auch keine ideale Lösung.

Über die eventuelle Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird noch nach Vorliegen des Prüfungsberichtes über die Vereinigten Bühnen durch den Rechnungshof zu sprechen sein. Wie aber sollen die 230 Millionen Schilling aufgebracht werden? Das ist die Gretchenfrage. Erhofft wird eine Übernahme eines Drittels der Kosten durch den Bund. Die verbleibenden zwei Drittel müßten nach den bisherigen Vereinbarungen je zur Hälfte vom Land und von der Stadt übernommen werden. Und hier liegt meiner persönlichen Meinung nach die Entscheidung über das Gesamtprojekt schlechthin: wird es bei der unterschiedlichen Finanzkraft zwischen Land Steiermark und Stadt Graz zu einem für beide Teile tragbaren Kompromiß kommen? Die Frage ist weniger eine parteipolitische, als eine regional-politische und kann nur von den obersten Instanzen der beiden Gebietskörperschaften — und nicht wie oft fälschlich gemeint wird vom Theaterausschuß — entschieden werden. Haben sich diese über den Aufteilungsschlüssel geeinigt und ihre Wünsche bei der Bundesregierung nachdrücklich, angemeldet, dann sollte diese Sorge vertrauensvoll den beiden Theaterausschußmitgliedern und Finanzreferenten von Land und Stadt, Landesrat Klauser und Stadtrat Edler, überlassen werden, die dank ihres guten Drahtes zur Bundesregierung es sicher erreichen, den Bund zur Drittelbeteiligung zu bringen.

Wichtig scheint mir, daß diese Entscheidungen sehr bald fallen, da die mobilisierten Aktivitäten ab- und die Widerstände zunehmen. Die bereits im Bundesbudget vorgesehenen 10 Millionen Schilling für die Sanierung der Vereinigten Bühnen sollten wir nicht ungenützt lassen; was man hat, das hat man. Was ich fürchte ist, daß das Gesamtanierungsprojekt in zwei voneinander unabhängige Vorhaben getrennt wird, den Werkstättenneubau einerseits und die Opernsanierung andererseits. Hat man das Problem der Werkstätten gelöst, wird man die notwendigsten feuerpolizeilichen Vorschriften im Opernhaus erfüllen, um aus der Haftung herauszukommen, und alles andere wird weiter aufgeschoben. Man hat doch ohnehin schon soviel geleistet. Wenn im Augenblick auch die baulichen Probleme im Vordergrund stehen, so dürfen wir die finanziellen Sorgen der laufenden Spielzeit nicht vergessen, ebensowenig wie die dringend notwendige Reorganisation der innerbetrieblichen Verwaltung. Um die Eröffnungspremiere der Spielzeit 1980/81 in der Oper zu gewährleisten und die dringendsten gehaltlichen Nachziehungen, insbesondere bei den Schauspielern, durchführen zu können, fehlen im Budget 1980 noch 2,5 Millionen Schilling, das Land hat eine entsprechende Zusage bereits gegeben, von der Stadt Graz ist sie so gut wie sicher.

Ich behaupte, daß sich für die Vereinigten Bühnen die Existenzfrage stellen wird, wenn es nicht gelingt, rasch drastische Änderungen herbeizuführen. Geschieht dies nicht, dann ist mit der Schließung des Opernhouses zu rechnen. Abgesehen davon, daß der Kulturauftrag, den das Land Steiermark und die Stadt Graz haben, nicht erfüllt werden würde, gingen mehr als die Hälfte der zirka 600 Arbeitsplätze verloren. Es ist nicht einzusehen, daß diese Arbeitsplätze der Arbeitsmarktverwaltung weniger „wert“, also weniger subventionswürdig sind, als die geförderten Arbeitsplätze für General Motors in Wien. Würden diese 300 gefährdeten Arbeitsplätze gleich gefördert werden wie General Motors, so hätten wir mit 300 Millionen Schilling weit mehr als das gesamte Sanierungsprojekt benötigt. Abschließend kann ich feststellen, daß die Vereinigten Bühnen heute mehr denn je vom Idealismus und dem Pflichtbewußtsein der Künstler und Mitarbeiter der Vereinigten Bühnen getragen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als ich heute früh hierhergefahren bin und im Rundfunk den Bericht über die gestrige Budgetsitzung gehört habe und wie das heute weitergehen wird, da wurde mitgeteilt, daß es mit der Gruppe 3 einen der Höhepunkte in der diesjährigen Budgetdebatte, nämlich in der Frage Theater von Graz, geben wird. Ich persönlich, als ein Funktionär von der Provinz, maße mir nicht an, hierüber Auskünfte zu geben oder etwas dazu zu sagen, sondern ich

weiß, daß Theater für ein Land, für die Bevölkerung, für unsere Menschen wichtig ist.

Aber ich habe mich hier gemeldet, weil es auch etwas anderes gibt in unserem Leben als nur die Theater in Graz oder in Wien. Es gibt eben Kulturinstitutionen draußen, mit denen die Menschen das ganze Jahr über leben müssen. Hier meine ich unter der Post 322, Maßnahmen der Musikpflege. Der Berichterstatter hat gesagt, daß hier im Jahre 1980 238 Millionen Schilling zur Verfügung stehen gegenüber 225 Millionen Schilling im heurigen Jahr. Also ein Mehr von etwa 13 Millionen Schilling. Für die Blasmusikkapellen und deren Pflege, meine Damen und Herren, stehen heuer 450.000 Schilling zur Verfügung. Es ist wohl eine Steigerung von 25.000 Schilling zu verzeichnen, aber wenn man bedenkt, daß wir im Land Steiermark zirka 375 Blaskapellen haben und wenn Sie die Blaskapellen mit 30 Personen beziffern, dann kommen Sie auf eine Zahl von über 11.000 Musikern in unserem Land, die das ganze Jahr über ihren Dienst auf diesem Sektor der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Wenn Sie diese 450.000 Schilling auf den Kopf umlegen, kommt eine lächerliche Förderungssumme von etwa 40 Schilling heraus. Mit dieser Summe und mit den Ansätzen in dieser Post sollen nun diese Blasmusikkapellen, die Freunde der Musik, auskommen. Ja noch mehr: Auch der Landesverband, der hier eine gigantische Arbeit leistet, muß oder wird so dünn bedacht mit dem Geld, daß er auch von sich aus nicht seinen Aufgaben nachkommen kann, die notwendig wären und die einfach von der Bevölkerung draußen, von den Musikern, von den Vereinen gestellt und verlangt werden. Es sind hier in erster Linie die Schulungen der Blasmusikkapellen und der Jungmusiker. Ich weiß schon, daß in den Musikschulen in den Gemeinden die jungen Musiker herangebildet werden, aber das nicht so gezielt, sondern eben nach den Bedürfnissen, nach den Talenten oder was sich auf dem musikalischen Sektor anbietet. Das paßt aber nicht immer in die Richtung Blasmusik oder in eine Vereinstätigkeit. Viele der Jungen hören auf, das wissen wir. Einige gehen weiter, lassen sich speziell ausbilden, aber von dem was ich hier heute zum Anlaß genommen habe zu sagen ist, daß in den Blasmusikkapellen jene musizierenden Menschen in diesem Lande sind, die wir immer wieder brauchen. Wir brauchen sie zu freudigen Anlässen, bei traurigen Gegebenheiten, wir brauchen sie zu Empfängen. Ich weiß schon, wenn der Herr Landeshauptmann mit seinen Mannen irgendwo in das Land hinausfährt, dann steht auch für ihn eine Blasmusikkapelle bereit, er wird begrüßt und er geht hin und sagt: Ihr seid schön angezogen, gut habt ihr gespielt, aber Geld kann ich euch fast keines geben. (Abg. Dr. Schilcher: „Das sagt er nicht!“ — Abg. Zinkanell: „Das denkt er sich nicht!“ — Abg. Ing. Turek: „Ein Bier zahlt er schon hie und da!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Das ist eine Karrer-Story!“) Nun, meine Herren, mit 450.000 Schilling im Jahr, bei dieser Masse kann nicht viel herauskommen. Aus der Praxis, keine Legende, meine Herren. In Wahlzeiten (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist jedes Jahr einmal!“) kommen die Blasmusikkapellen etwas öfter dran, (Landesrat

Dr. Krainer: „Auch sonst!“) auch in finanzieller Unterstützung. Da bekommen sie für etwa zwei, drei Märsche ab und zu 20.000 bis 30.000 Schilling als Subvention, oder wenn Sie wollen, als Gegenleistung. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist jedes Jahr einmal!“) Das ist aber das einzige, worauf die Blaskapellen aufgrund solcher Einsätze finanziell zurückblicken können. Sehen Sie, meine Damen und Herren, jeder Bezirk und jede Region in Steiermark hat ihre Eigenheiten.

Lassen Sie mich daher, nachdem ich ja nicht allzulange über dieses Kapitel reden will, einen Blick in meinen Heimatbezirk Mürzzuschlag machen. Wir haben 16 Blasmusikkapellen mit etwa 600 aktiven Musikern. Die Gemeinden leisten ihren Obolus, die Mitglieder tragen dazu bei und trotzdem hat aber der Bezirksobmann von Mürzzuschlag, der Franz Ressel immer wieder Klage geführt, daß er mit den Aufgaben, mit der Pflichterfüllung und der Führung der musikfreudigen Menschen in unserem Bezirk finanziell nicht durchkommt. Wenn man bedenkt und weiß, daß in unserem Bezirk Musikjugendpflege von besonderer Bedeutung ist, dann zeigt dies nach außen hin, daß viele junge Menschen in unseren Blasmusikkapellen mit dem Leistungsabzeichen ausgezeichnet worden sind. Dieses Leistungsabzeichen nach außen hin sichtbar zu tragen, gibt Zeugnis davon, daß hier noch wertvolle Kulturarbeit in den Bezirken geleistet wird. So darf ich den zuständigen Herrn Landesrat (Abg. Kollmann: „Dort drüben sitzt der Finanzreferent!“) ersuchen, wenn er das Budget im nächsten Jahr wieder erstellt, (Abg. Kanduth: „Der Finanzreferent!“) daß er vielleicht doch von diesen 450.000 Schilling wegkommt. Der Finanzreferent setzt die Summen ein, die er von seinem Regierungskollegen, der ja verantwortlich ist, hiezu bekommt. Das weiß ich ganz genau. Aber, meine Damen und Herren, es liegt ausschließlich bei jenen führenden Regierungsmitgliedern, die hierfür verantwortlich sind, das ist der Herr Landesrat Jungwirth und ich darf ihn noch einmal bitten, für das Jahr 1981 doch besser an die Blasmusikkapellen, an diesen großen Personenkreis, der Musik betreibt, in Steiermark zu denken, in Form von einer besseren Dotierung. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Gross. Ich erteile es ihm.

Abg. Gross: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte grundsätzlich einige Feststellungen zur Kulturpolitik in der Steiermark treffen und dabei auch vor allem auf die Kulturinitiative, wie sie in der Steiermark derzeit läuft, hinweisen. Die immer rascher vor sich gehende technische Entwicklung und das Entstehen neuer Technologien und der damit in Zusammenhang stehende Strukturwandel, erfordern vom einzelnen ein immer höheres Maß an geistiger und ich würde sagen, an beruflicher Mobilität. Dazu kommt noch, das wissen wir alle, daß durch diese Entwicklung der Freizeitraum der Menschen größer wird, größer werden muß und daß damit der Mensch aber gleichzeitig die Chance er-

hält, sich jenen Werten zuzuwenden, die verhindern, daß er in unserer modernen Industriegesellschaft zu einem Automaten eines übermächtigen Wirtschaftsgefüges abgestempelt wird. Die Förderung der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit muß daher, meiner Meinung nach, oberste Leitlinie einer Bildungs- und Kulturpolitik in einem Lande sein. Es gilt aber, meine Damen und Herren, glaube ich, ebenso, der immer spürbar werdenden Vereinsamung der Menschen entgegenzuwirken und jene Wege aufzuzeigen, um ihnen zu sagen, wie man sein Leben sinnvoller gestalten kann.

Für uns Sozialisten ist die Auseinandersetzung mit Fragen der Bildung und Kultur auch heute noch immer ein Ringen um mehr Chancengleichheit und um mehr Chancengerechtigkeit. Das ist ja wiederholt in der Budgetdebatte gestern bereits angeklungen. Wir wissen, daß trotz vieler zielführender Maßnahmen des Bundes, aber auch des Landes, noch immer verschiedene Hindernisse die aktive Teilnahme des einzelnen an mannigfaltigen kulturellen Möglichkeiten beeinträchtigen und teilweise überhaupt total verhindern. So zeigen zum Beispiel Untersuchungen über den Ist-Zustand, daß ein enger Zusammenhang zwischen Kulturverhalten und Bildung besteht. Er besteht in einem Prozentsatz von 80 zu 20. Das heißt also, Menschen die eine höherwertige Bildung haben, sind eher bereit und haben eher die Möglichkeit, an kulturellen Belangen stärker Anteil zu nehmen, als das andere Gruppen im Stande sind. Es ist eine Tatsache, daß bildungsmäßig benachteiligte Gruppen viel weniger an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen können. Daraus ist aber zu folgern, daß es unsere gemeinsame Sorge sein muß, diese Teilnahme für den Menschen in einem verstärkten Ausmaß möglich zu machen. Denn Kultur, meine Damen und Herren, und Kulturveranstaltungen darf meiner Meinung nach nicht einem relativ kleinen Kreis Privilegierter in diesem Lande vorbehalten bleiben, sondern es sind alle Menschen in diesem Lande miteinzubeziehen. Die Tatsache, daß unser vorwiegend vom Bund, den Ländern und Gemeinden gestaltetes und aus Steuermitteln erarbeitetes Kulturbudget und die Kulturarbeit oftmals die kulturellen Bedürfnisse vieler Menschen nur am Rand berührt, oder teilweise sie überhaupt nicht berührt, hat die steirische Kulturinitiative, die, wie Sie ja wahrscheinlich wissen, aus den steirischen Volksbildungswochen entstanden ist, auf den Plan gerufen und sie versucht nun, durch neue und ich würde sagen unkonventionelle Wege, die Menschen mehr in diese Kulturarbeit miteinzubinden.

Sie sind in den letzten Jahren immer mehr zu Veranstaltungen übergegangen, die das rein passive Kulturverhalten des Publikums nicht mehr fördern, sondern durch längerfristige Aktionen und Projekte wollen wir erreichen, daß Selbsttätigkeit und aktive Einzelleistung jedes einzelnen hier im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es um die systematische Entwicklung kultureller Lebensformen, die letztlich dazu beitragen, das halbe ich ganz entscheidend, daß die Kluft zwischen Publikum und Kulturschaffenden, die nach wie vor besteht und vielleicht in manchen Be-

reichen sogar größer geworden ist, sich zu verringern hat und schließlich auch zu überwinden. Diese Arbeit der steirischen Kulturinitiativen geschieht nun nicht mehr, ich würde sagen, in alt hergebrachten Formen, in Kultur- oder Volkshäusern, wenn Sie wollen, oder in einem Opernhaus, sondern sie geschieht dort, wo die Menschen sind. Sie geschieht in den Betrieben, in den Siedlungen, auf Straßen, in Gasthäusern und auf Plätzen, wobei es uns auf diese Weise aber tatsächlich auch gelingt, neue Publikumsschichten für die aktive Kulturarbeit in diesem Lande anzusprechen. Daß wir mit diesem Weg eine richtige Richtung eingeschlagen haben, geht vielleicht schon daraus hervor, daß sich im Jahre 1977, als diese Kulturinitiative entstanden ist, rund 19 steirische Gemeinden an diesen Aktivitäten beteiligt haben und es sind im Jahre 1979 bereits 60 steirische Gemeinden. Dieses steirische Modell einer breiten Kulturaktivität, bis in die engsten Gräben unseres Landes, hat weit über die Grenzen unserer engeren Heimat hinaus Anerkennung gefunden und man ist nun bereit, und wir wissen das von einer Bildungstagung in Linz, auch in anderen Bundesländern zu versuchen, ein ähnliches Modell zu verwirklichen.

An den Projekten und Veranstaltungen der Kulturinitiative des Jahres 1979 haben in der Steiermark rund 15.000 Personen teilgenommen. 15.000 sind sicherlich nicht viel, wenn man andere Zahlen von Bildungsveranstaltung oder Volkshochschulkursen hier in den Raum stellt. Aber es ist Kulturarbeit, wo der einzelne miteingebunden ist und da scheint mir diese Zahl besonders wertvoll zu sein. Im übrigen hat diese Kulturinitiative der Steiermark auch wiederholt Anerkennung vom Bundesminister für Unterricht Dr. Fred Sinowatz gefunden, der sie als beispielgebend für andere Bundesländer bezeichnet hat. Aber, meine Damen und Herren, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht, möchte ich in diesem Zusammenhang grundsätzlich eines feststellen: Die steirische Kulturinitiative kann und will sich gar nicht als Konkurrenz der bestehenden kulturellen Einrichtungen verstanden wissen, sondern uns geht es darum, als kultureller Animator zu wirken, der Fehlendes oder bisher wenig Beachtetes auf dem Kultursektor verwirklichen will.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, sehr geehrte Damen und Herren, daß ich einige Sätze zum „Steirischen Herbst“ sage. Ich glaube, es ist in diesem Hohen Haus nicht notwendig, daß ich darauf hinweise, daß wir Sozialisten uns trotz teilweise sehr starker Widerstände immer wieder zu diesem „Steirischen Herbst“ und seinen Aktivitäten bekannt haben. Wir stellen auch heute fest, daß unserer Meinung nach, aus dem kulturellen Geschehen der Steiermark der „Steirische Herbst“ nicht mehr wegzudenken ist. Dennoch glaube ich, daß es in Zukunft sinnvoll und zweckmäßig wäre, wenn wir bei den Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“ zu einer stärkeren Dezentralisierung kommen würden. Er heißt ja auch „Steirischer Herbst“ und nicht „Grazer Herbst“. Ich weiß, es gibt hier bereits Ansätze, ich selbst bin ja Mitglied des Präsidiums, aber ich glaube in der Idee des „Steirischen Herbstes“ liegt es einfach, daß wir dieses Gedankengut

auch stärker hinaus in unsere Bezirke tragen. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir all diese Fragen und Probleme der Kulturarbeit in jenem Geist wie bisher gemeinsam lösen wollen, so halte ich persönlich die Schaffung eines Kulturbeirates beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung für fast unumgänglich notwendig, nämlich einen Kulturbeirat, dem nicht nur die Vertreter der kulturellen Einrichtungen angehören, sondern auch die Kulturschaffenden selbst, wobei es hier nicht darum gehen soll, mehr Bürokratisierung zu erreichen, sondern ein bißchen mehr an Demokratie und Mitsprache auch auf diesem Gebiet zu erzielen. Ich glaube auch, daß es sehr notwendig wäre und unserer Kulturarbeit in der Steiermark sehr dienen würde, wenn wir zur Verabschiedung eines steirischen Kulturförderungsgesetzes kommen würden und darüberhinaus zur jährlichen Vorlage eines Kunstförderungsberichtes, wie das die Bundesregierung bereits tut. Meine Damen und Herren, wenn wir einen solchen Bericht erhalten, dann würden wir das Förderungswesen stärker als bisher einer demokratischen Kontrolle und Diskussion unterziehen können. Ich glaube, wenn wir diese Dinge in jenem Geist und jener Gesinnung lösen, wie wir bisher Kultur-, Bildungs- und Volksbildungsarbeit in der Steiermark gemacht haben, dann wird uns das auf unserem weiteren Weg nur Positives bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kanduth das Wort.

Abg. Kanduth: Hohes Haus, Herr Präsident!

Als Admonter freue ich mich besonders, dem Landeskulturreferenten aber auch dem Hohen Landtag für die Zustimmung im Budget 1979 zu danken, einen Betrag bereitgestellt zu haben, der es ermöglicht in Admont, wie es auch heißt „Das Tor zum Gesäuse“, eine Landesmusikausstellung durchführen zu können. Mit dieser Zustimmung hat man Admont jenen Stellenwert gegeben, den dieser Ort eigentlich seit über 900 Jahren hat. Admont verfügt über die größte Stiftsbibliothek der Welt, über Museen, über Stiftsmuseen sowie über Heimatmuseen der Gemeinden. Der Rokokomusikpavillon ist einzigartig und ladet im besonderen zu dieser Ausstellung ein. Diese Landesausstellung „Musik in der Steiermark“ zeichnet ein anschauliches Bild der kulturellen Vielfalt unseres Bundeslandes; archäologische Funde, hohe Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Volksmusik im Wandel der Zeit, Musik in Kirchenschlössern und in Bürgerhäusern, Blasmusiken in Stadt und Land und in den Betrieben, Opern- und Konzertleben, Volkstanz und Ballett, Jazz, Pop und Schlager, alles dies wird in diesem Jahr bei der steirischen Landesmusikausstellung in der gesamten Steiermark angeboten werden. Es ist zweifellos ein Kulturangebot, das von vielen Menschen leichter verstanden wird, als verschiedene Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“, womit ich nicht sagen will, daß ich gegen den „Steirischen Herbst“ bin. Ich glaube, daß auch diese Kulturveranstaltung ihre Notwendigkeit hat. Vielleicht müßte man beim „Steirischen Herbst“ mehr

selektieren, wobei mir bewußt ist, wie schwierig dies ist. Zwischen Scharlatanerie, Experimenten und wirklicher Kunst zu unterscheiden, müßte aber doch möglich sein. Abschließend darf ich im besonderen die Mitglieder der Landesregierung, aber auch Sie als Abgeordnete unseres steirischen Heimatlandes zu dieser Ausstellung nach Admont herzlich einladen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kirner.

Abg. Kirner: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn ich im Vorjahr bei der Haushaltsgruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, unter anderem dem gesamtösterreichischen Instrumentalwettbewerb „Jugend musiziert“ einen breiteren Raum widmete, so erlaube Sie mir heute rückschauend nach dem sechsten Wettbewerb im 10. Bestandsjahr noch einige Gedanken auszusprechen. Der Wettbewerb hat vom 15. bis 21. Oktober 1979 stattgefunden. Meine Damen und Herren, es waren aufregende Wertungsspiele, vor einer strengen Jury unter dem Vorsitz des Rektors der Grazer Musikhochschule, Herrn Ordentlichen Professor Dr. Otto Kolleritsch, und es waren hinreißende und von einem zahlreichen Publikum begeistert aufgenommene Preisträgerkonzerte, von deren Qualität sich auch der Kuratoriumsvorsitzende, Herr Landesrat Professor Kurt Jungwirth, überzeugen konnte. Der Herr Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger kam eigens mit einem Zug von Wien nach Leoben zu einem solchen Preisträgerkonzert und sagte am Schluß, begeistert von den Leistungen dieser jungen Leute: „Um ein solches Konzert zu hören, würde sich eine noch viel weitere Reise lohnen.“ Im Gespräch mit den jungen Künstlern, der Herr Landesrat war ja selbst auch dabei, meinte er unter anderem auch: „Wenn ich euch später einmal bei einem Konzert begegne und euch nicht erkenne, dann sagt einfach ‚Wettbewerb Leoben‘.“ Meine Damen und Herren, ich glaube daß diese Aussage und die Anwesenheit des höchsten Repräsentanten der Republik Österreich nicht nur für die Verantwortlichen dieses Wettbewerbes, sondern insbesondere auch für die musizierende Jugend eine besonders hohe Auszeichnung war. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß am ersten Wettbewerb 230 Jugendliche beteiligt waren und diesmal 1400, die in einzelnen Landeswettbewerben auftraten. Für die Steiermark fand der Landeswettbewerb am 21. April in der Landesmusikschule in Graz statt und hatten sich 199 Teilnehmer aus 45 Orten der gesamten Steiermark gemeldet.

Damit liegt die Steiermark in der gesamtösterreichischen Beteiligung an dritter Stelle nach Vorarlberg mit 316 und Oberösterreich mit 238 Teilnehmern. Zum Bundeswettbewerb waren aus ganz Österreich 420 junge Künstler und Preisträger zugelassen und nach Leoben gekommen, wovon 34 Solisten und 51 Ensemblemitglieder, also insgesamt 85 Teilnehmer aus der Steiermark kamen. Es hat für die steirischen Teilnehmer zehn erste, zwölf zweite und fünf dritte Preise gegeben, das bedeutet, daß die steirischen Teilnehmer in der Rang-

liste der österreichischen Preisträger an zweiter Stelle hinter Oberösterreich liegen. Eine hervorragende Leistung, zu der wir allen jungen steirischen Teilnehmern wirklich herzlich gratulieren müssen. Ich glaube, daß hier neben der Begabung unendlicher Fleiß, und vor allem auch die hohe Ausbildungsfähigkeit aller Musikpädagogen von der Musikhochschule und den Musikschulen dankbar anzukennen und zu registrieren ist. Ich freue mich, daß bei der Erweiterung des Musikschulangebotes und damit einer weiteren Chancengleichheit auf dem musischen Gebiet für unsere steirische Jugend der finanzielle Topf nicht gleichgeblieben ist, sondern im Rahmen der Möglichkeiten eine Erweiterung erfahren hat. Es wird aber sicherlich notwendig sein, weitere Maßnahmen für eine noch größere Verbreitung der aktiven Musikpflege in der gesamten steirischen Landschaft zu setzen. Ich darf hier an dieser Stelle abschließend sagen, daß der vom bevollmächtigten Vorstandsmitglied, Professor Magister Fritz Knopek mit seinen idealistischen Mitarbeitern muster-gültig durchgeführte Wettbewerb vom ORF aufgenommen und in einer einstündigen Sendung am Nationalfeiertag am Nachmittag ausgestrahlt wurde. Vielleicht haben Sie auch selbst diese Sendung gesehen. In diesem Zusammenhang möchte ich von dieser Stelle aus dem Kuratoriumsmitglied Herrn Intendant Emil Preisach vom ORF-Studio Steiermark herzlich danken für seinen steten Einsatz um diese begabte musizierende Jugend, damit sie auch woanders gehört und gesehen wird. Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, bitte ich um Ihre weitere Einstellung und Hilfe für all diese musikalischen Belange. In Ergänzung des vorhin Gesagten möchte ich ebenfalls, wie mein Kollege Karner festhalten, daß man unsere Blasmusikkapellen als wichtige Kulturträger ebenfalls in diesem Zusammenhang sehen und ihnen die bestmögliche und gerechteste Unterstützung gewähren muß. Es waren ja gerade auch bei diesem Wettbewerb viele junge Teilnehmer, die Trompete und auch Flöte gelernt haben, die später einmal den Musikkapellen zugeführt werden. Ich darf auch hier festhalten, daß der Bezirk Leoben 21 Musikkapellen mit 733 aktiven Mitgliedern besitzt, wovon mehr als ein Drittel junge Musiker sind. Wenn man bei den Jahreshauptversammlungen aus den Kassenberichten die geringen finanziellen Zuwendungen zu hören bekommt, muß man sich oft wirklich wundern, wie sich diese Kapellen noch neue Instrumente kaufen, alte reparieren, Noten und Bekleidung anschaffen und sonstige Aufwendungen tätigen können. Aber das ganze Jahr sollen sie bereit sein und sie sind es auch, mit einem hohen Maß an musikalischem Können und einem sehenswerten Bild trachtenechter Kleidung. Ich möchte aber auch hier die vielen steirischen Volks- und Brauchtumsvereine nennen, derzeit in Steiermark über 9000 aktive Mitglieder, und vor allen Dingen viel, viel Jugend, die vor allen Dingen seit dem steirischen Gedenkjahr 1959 eine erfreuliche und aner kennenswerte Entwicklung zu verzeichnen haben. Wenn die starke gesamtösterreichische Volkstumbewegung dank der besonderen obersteirischen Leistungen nun schon einige Jahre ihren Hauptsitz in Leoben hat, so müßte

hier von der Steiermark aus eine noch stärkere Hilfestellung gewährt werden. Es gäbe sicherlich noch viele Bereiche des volkskulturellen und heimatlichen Wirkens in unserem Lande, um die man sich mehr annehmen müßte, über die man aber vor dem Hohen Haus nicht in ein paar Minuten sprechen kann. Hier müßte, meiner bescheidenen Meinung nach, etwa im Rahmen des Volksbildungsausschusses überhaupt mehr Raum gegeben werden, für eine breitere Mitarbeit und aktivere Beteiligung an kulturellen Problemen durch die Ausschußmitglieder oder, wie es Kollege Gross bereits deutlich ausgedrückt hat, um auch andere Belange in einem Ausschuß zu besprechen. Dasselbe gilt natürlich auch für den „Steirischen Herbst“ und die „Steirische Akademie“ und viele andere kulturelle Aktivitäten.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn der Herr Finanzreferent Dr. Klauser bei der Budgetvorlage am 20. November dieses Jahres auch begeistert von einer Kunstreise durch die Steiermark sprach und meinte, unser Land hätte etwa verglichen mit Frankreich von der Gleichwertigkeit des historischen und kulturellen Erbes her keinen Vergleich zu scheuen, so bin ich ihm für diese wahre Aussage sehr dankbar, gibt sie mir doch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß eine solche Kunstreise auch künftig den besonderen Stellenwert nur dann beibehalten wird, wenn die vielen historischen und kulturellen Erbstücke auch erhalten bleiben. Daß dies nur unter Aufwendung höchster Anstrengungen möglich sein wird, ist uns sicherlich allen bewußt. In der Budgetsitzung des Steiermärkischen Landtages am 16. Dezember 1960, also vor 19 Jahren sagte der damalige Landeskulturreferent und heutige verehrte Präsident des Hohen Hauses, Herr Universitätsprofessor Dr. Hanns Koren, bei der Behandlung der Gruppen 2 und 3 unter anderem: Die alten Hammerwerke haben sich einmal stimmungsvoll in die wasserreichen Täler unserer Alpen eingefügt, umso dringender wird es sein, noch bestehende unversehrte Zeugnisse der Größe und Schönheit unseres Landes sinnvoll zu erhalten. Meine Damen und Herren! Um diese Erhaltung geht es nach 19 Jahren noch immer. Daher auch der von der sozialistischen Fraktion am 15. Oktober 1979 eingebrachte Antrag, (Abg. Kollmann: „Und ein Jahr vorher von uns!“) und vorher schon auch von uns immer wieder besprochen, auch von Dir. Es ist aber der Antrag von uns am 15. Oktober eingebracht worden, und zwar hinsichtlich der Gewährung von Subventionsmitteln des Landes für die Revitalisierung des Ortsbildes von Vordernberg. Daß sich die Gemeinde Vordernberg seit einigen Jahren erheblichen wirtschaftlichen und strukturellen Schwierigkeiten gegenüber sieht, und vor besonderen Problemen steht, erfüllt die Verantwortlichen in der Gemeindestube mit besonderer Sorge. Ich kann sicherlich nicht alle Notwendigkeiten, Einzelgedanken und Erfordernisse hier aussprechen, meine aber, daß unter anderem die Fremdenverkehrsentwicklung für Sommer und Winter einer besonderen Förderung bedarf. Herr Kollege Hammer hat gestern ausführlich über dieses Schigebiet Präbichl gesprochen. Vor allem geht es um die Bewahrung des montangeschichtlich so bedeutsamen historischen Marktes Vordernberg. Bei

der internationalen Tagung des montanhistorischen Vereines für Österreich in Vordernberg vom 17. bis 19. November, wo auch mein Kollege mitanwesend war, wurde vom Arbeitskreis Vordernberg des vorhin genannten Vereines unter seinem Vorsitzenden, Professor Dr. Klemens Eigner, einem aktiven Archäologen am Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Wien, eine Resolution verfaßt, die unter anderem ausführt: „Vordernberg ist eine Marktgemeinde von internationaler montanhistorischer Bedeutung und deshalb in seiner gesamten geschichtlichen Substanz zu erhalten. Ein Maßnahmenkatalog wurde erarbeitet und soll als Grundlage für weitere Schritte dienen.“ Soweit auszugsweise die Resolution. Hohes Haus! Es nützt einfach nichts, die einzelnen Objekte, und in Vordernberg sind es zirka 30, nur unter Denkmalschutz zu stellen und damit einem gesetzlich geschützten Verfall dieser Objekte zuzusehen. Dies bezieht sich aber nicht nur auf Vordernberg allein, Fremde Gäste glauben bei der Durchfahrt durch Vordernberg, es handelt sich noch um Ruinen aus dem 2. Weltkrieg und die Bewohner von Vordernberg sind wieder der Meinung, man müßte wie beim Zehnerofen Sprenglöcher unterbringen, dann wäre sofort Geld für die Sanierung vorhanden. Dank der Hilfe durch den Landeskonservator für Steiermark, Hofrat Dr. Ulrich Ocherbauer, konnte nun durch eine Schnellunterschützstellung des vom Abbruch bedrohten Kastenhauses in Vordernberg vorerst einmal Zeit gewonnen werden, um weitere Schritte durchführen zu können; ich hoffe sie auch noch zu erleben. Bei diesem Objekt, meine Damen und Herren, handelt es sich um den ehemaligen Getreide- und Proviantspeicher der historischen Eisenhütten-siedlung, der sich nur schwer und mit kaum vorstellbaren Kosten für Wohnzwecke adaptieren ließe. Das Haus steht unterhalb des Rathauses und ist für die geschlossene Wirkung der linken Häuserzeile entlang des Vordernberger Baches von größter Bedeutung. Die Universitätsbibliothek der Montanuniversität Leoben leidet in ihrem derzeitigen Bücherspeicher bereits unter akutem Stellraumangel. Hier würde sich nun etwa 15 Kilometer entfernt im Markt Vordernberg eine interessante Lösungsmöglichkeit in einem schützenswerten Altgebäude anbieten, nämlich Adaptierung des alten Gebäudes als moderner Bücherspeicher zur Aufnahme der Altbestände der Universitätsbibliothek Leoben und zur Unterbringung der montanhistorischen Abteilung der Bibliothek. Ich hatte bereits Gelegenheit, anlässlich einer Tagung in Leoben mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. Herta Firnberg, in dieser Angelegenheit zu sprechen und einen eigenen Besuch in Vordernberg zu erbitten. Inzwischen ist auch durch den Bürgermeister von Vordernberg, Direktor Günter Speer, ein vom Direktor der Universitätsbibliothek Leoben, Herrn Regierungsrat Peter Sicker, erstelltes Exposé mit interessanten Projektgedanken an die Frau Bundesminister weitergeleitet worden. Mein Wunsch wäre, daß man endlich zu einer Gesamtkonzeption kommen möge und wie ich weiß, hat auch eine allgemeine sehr positive Aussprache bei Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl und dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian stattge-

funden, so daß wirklich zu hoffen ist, daß die sorgenvollen Bemühungen der Gemeindeverwaltung Vordernberg des montanhistorischen Vereines für Österreich, Arbeitskreis Vordernberg aber auch vom Architekt Schöllner von der Aktion „Ortsidee“ und von vielen Vordernberger Freunden einschließlich der Bevölkerung doch zum Erfolg führen mögen. Erfreulich auch die gestrige Mitteilung einer Tageszeitung, daß die Aktion „Ortsbildschutz“ voraussichtlich Anfang 1980 neben anderen Gemeinden nach Trofaiach, nun auch in Eisenerz und Vordernberg Schutzgebiete errichten will. Wenn das Jahr 1980 für die Steiermark besondere kulturelle Schwerpunkte setzt, vielleicht ist ein solcher Schwerpunkt auch für Vordernberg und damit für das gesamte Vordernbergertal möglich. Einige Beispiele gäbe es dafür. Heuer jährte sich das 40. Todesjahr des vor 125 Jahren in Vordernberg geborenen so bekannten Komponisten, Volksliedsammlers und Forschers Viktor Zack, der im Volksmund auch liebevoll als dortiger Schulmeister, Vater Zack, genannt wurde. Auf derselben Seite der Straße, einige Häuser weiter vom Geburtshaus dieses bedeutenden Vordernberger Sohnes, erreicht man das Stampferhaus Nummer 95 mit einem Eckerturm, in dem Erzherzog Johann und Anna Plochl wohnten als der steirische Prinz die Geschicke am Erzberg lenkte und selbst hier Radmeister war. Die hier angebrachte Tafel lautet: In diesem 1684 vom Radmeister Franz Adam Stampfer von Walchenberg erbauten Hause wohnte Erzherzog Johann von Österreich, Besitzer des Radwerkes II von 1822 bis 1859. Wandert man dann weiter, findet man bald die dritte Gedenktafel am sogenannten „Raithaus“, wo jetzt die Gendarmerie untergebracht ist. Hier kann man lesen: Am 4. November 1840 — nächstes Jahr sind es also 140 Jahre — wurde in diesem Haus die steiermärkisch ständische Montanlehranstalt, ein Werk Erzherzog Johanns, unter Professor Peter Tunner ins Leben gerufen. Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute sind wir stolz auf die weltweit bekannte und anerkannte Montanuniversität Leoben, deren Wiege einst in Vordernberg stand. Wenn in einem kürzlich zu sehenden Fernsehfilm einleitend gesagt wurde: Erzherzog Johann wird weiterleben, und zwar weiterleben durch die Realität seiner Werke, dann bitte ich in diesem Sinne gerade in Vordernberg diese Werke und Werte zu erhalten, bevor sie durch die Kräfte der Natur völlig zerstört werden.

Ich darf daher abschließend sagen: Es wird für alle eine Freude sein, auf der Kunstreise durch unsere schöne Steiermark entlang der Eisenstraße von Leoben bis Hieflau, wie sie ein verdienter Mitarbeiter von uns, Herr Franz Hofer, aus Trofaiach so liebevoll und treffend bezeichnet hat, wertvolle montanhistorische Baudenkmäler auch in Zukunft sehen und bewundern können. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es wurde ja heute schon vieles über Kultur in diesem Hause gesagt, und auch wir Freiheitlichen haben dazu einiges zu sagen. Der „Steirische Herbst“ ist immer dann ein Stein des Anstoßes für einen Großteil unserer Bevölkerung, wenn Veranstaltungen nicht ganz den Vorstellungen der jeweiligen Zuhörer oder Zuseher entsprechen. Ein Beispiel dafür war sicherlich die Eröffnungsveranstaltung im Jahre 1971. Wenn man die Aussagen ernst nimmt, daß diese Veranstaltung allein 230.000 Schilling gekostet haben soll, dann ist es verständlich, daß die Beurteilung von Klamauk bis Frechheit reichte. Die Ausgaben im Budget für den „Steirischen Herbst“ belaufen sich im Jahre 1980 wieder auf eine Summe von 1,8 Millionen Schilling. Ich erlaube mir daher, einige kritische Bemerkungen zu dieser steirischen Kulturdemostration an den geschätzten Zuhörerkreis zu richten. Mir ist dabei völlig bewußt, daß ich dabei für viele Ohren Disharmonisches vortrage. Ebenso rechne ich damit, daß Apostrophierungen wie „Kulturbanause“ zu den schmeichelhaftesten zählen werden, die die Musensöhne und jene, die sich zu ihrer Verteidigung berufen fühlen, auf mein ohnehin schon ergrautes Haupt herunterprasseln lassen werden. Damit ich nicht ganz niedergemacht werde, möchte ich aber doch zuerst ein Bekenntnis zur Kunst abgeben. Auch selbstverständlich ein Bekenntnis zur Avantgarde in der Kunst, die sich freilich zuweilen oft selbst zur Antikunst reduziert.

Ich selbst bin Techniker und muß mir eingestehen, daß in unserer technisch-industriellen Welt die sozioökonomischen Bedingungen die menschliche Biosphäre im Würgegriff haben. Der Kunst kommt dadurch eine noch reichlich unerforschte, aber zweifelsohne immanente Bedeutung zu, das menschliche Gleichgewicht in dieser Industrie- und Konsumgesellschaft, wiederherzustellen. Kunst hat nun einmal eine soziologische und politische Bedeutung und deren Relevanz ist keineswegs mehr, wie Kant einst noch befand, ein Gegenstand interesselosen Wohlgefallens.

Womit ich nun auf konkrete Situationen zu sprechen käme. Interessenlos ist die Kunst und ihre Verwirklichung im „Steirischen Herbst“ keineswegs. Wobei das Wort Interesse ein höchst vielschichtiges ist. Interesse in Form von Neugier war positiverweise wohl auch im Publikum zu spüren. Bedauerlicherweise aber spielen andere Interessen eine bedeutende Rolle. Die Kunst ist ein Geschäft geworden und die Tonkunst vor allem mit Hilfe der Massenmedien mannigfaltigen Manipulationsmöglichkeiten ausgesetzt. So wird sich meine Kritik heute auch vor allem an der Musik im „Steirischen Herbst“ entzünden. Die bildende Kunst und die Literatur in der Steiermark scheinen ohnehin den besseren Kontakt zu den Veranstaltern zu haben und ausreichend präsentiert worden zu sein. Keineswegs aber kann einem das vorhin zitierte Wohlgefallen ins Gemüt dringen, sucht man die Programme des Musikprotokolls nach steirischen Komponisten durch. Sie sind unberechtigterweise eine Nebenerscheinung. Wie lächerlich würde es uns anmuten, würde die österreichische Wirtschaft unter dem

Motto „Kauft österreichische Waren“, Waren aus Hongkong oder Dschibuti feilbieten. Verzeihen Sie mir also, wenn ich das Musikprogramm als etwas exotisch bezeichne. Die Steiermark hat eine große Musiktradition und auch bedeutende Musikschaffende der Gegenwart, die sehr wohl Achtung und Anerkennung im Ausland gefunden haben, deren Werke dort auch gedruckt werden wie Brixel, Kainz, Koringner, Preßl, Steckl, Uray und so weiter. Werden sie aber in der Steiermark anerkannt? Steirische Komponisten mit guten Kompositionen in der Schublade müssen zusehen, wie ausländische Kollegen hofiert werden und nach kurzer Anwesenheit hier die besten Chancen beim ORF und beim „Steirischen Herbst“ haben. Dabei will ich die steirische Musikszene keineswegs isoliert sehen. Jede Kultur hat ihren Umraum. Dieser gestaltet sich, und wird gestaltet, durch besondere Wechselbeziehungen.

Die Begründer des „Steirischen Herbstes“ sahen im „Steirischen Herbst“ eine Anstrengung zur Darstellung steirischen und außersteirischen Gegenwartsschaffens. Herr Präsident Hanns Koren hat selbst einmal gesagt, er wünsche eine intensive Mobilisierung der eigenen steirischen Dinge. Wie aber soll dies geschehen, wenn Werke der im steirischen Tonkünstlerbund vereinten Komponisten keine Beachtung finden? Der steirische Tonkünstlerbund, dem mindestens 90 Prozent der steirischen Komponisten angehören, wurde zu keiner Mitarbeit herangezogen.

Der „Warschauer Herbst“, der in gewisser Weise Vorbild für den „Steirischen Herbst“ war, wurde gegründet, um polnischen Komponisten ein Fenster zur Welt zu öffnen. Der Präsident des „Warschauer Herbstes“ ist gleichzeitig auch Präsident des polnischen Komponistenverbandes. Daß unter dieser Voraussetzung der Intention, polnische Musik zu präsentieren, bestens nachgekommen wird, versteht sich von selbst. Völlig unverständlich ist dagegen, daß der steirische Tonkünstlerbund zur Mitarbeit nicht eingeladen wird. Total ignoriert wurde in den Musikbeiträgen zum „Steirischen Herbst“ auch das Kunstlied. Gerade diese Kunstform blickt auf eine ruhmreiche Tradition zurück, denken wir an Hugo Wolf und Josef Marx, die einen fruchtbaren Niederschlag auch in der Gegenwart findet. Vielleicht könnte man meine Kritik zum Musikprogramm als Vorschlag für das nächste Jahr einbauen: Schwergewicht bei den steirischen Komponisten, Miteinbeziehung des steirischen Tonkünstlerbundes bei der Musikauswahl und Berücksichtigung des steirischen Kunstliedes des 20. Jahrhunderts.

Nun noch ein Wort zur Blasmusik. Ich kann die Ausführungen der Kameraden Karrer und Kirner nur unterstreichen. (Abg. Brandl: „Kamerad?“) Ist er kein Kamerad? Doch, danke. (Abg. Brandl: „Das müssen Sie wissen!“ — Abg. Dr. Eichtinger: „Wir sagen immer Genosse zu ihm!“) Die steirische Blasmusik stellt mit 12.000 Mitgliedern wohl eindeutig die größte Anzahl aktiver Musiker. Sie stellt in den vielen kleinen Ortschaften den oft einzigen Kulturträger, und daß hier für eine bessere Ausbildung der Kapellmeister noch viel getan werden muß, ist eindeutig. Beste Qualität soll bis ins kleinste Dorf

dringen. Die Blasmusik nimmt im Ort durchwegs eine dienende Funktion ein — ich will jetzt nicht näher darauf eingehen, meine Vorredner haben dies ja sehr eindeutig besprochen, und außerdem ist es ja bekannt. Bei einer Gegenüberstellung der im Budget verankerten Summen, zum Beispiel die des „Steirischen Herbstes“ mit 1,8 Millionen Schilling plus der zusätzlich schwer abgrenzbaren Beiträge, und die der Förderung der steirischen Blasmusik mit 425.000 Schilling fällt sie sicherlich zum Nachteil der Blasmusik aus.

Ich glaube, es ist sicherlich keine unberechtigte Forderung, den braven Blasmusikern das notwendige Übel, die Kosten der AKM abzunehmen. Dies wäre ein kleiner Dank für jene, die im ganzen Land das ganze Jahr über Kulturarbeit leisten. Mein Vorschlag wäre, daß die AKM-Gebühr zentral vom Land bezahlt werden sollte. Diese 270.000 Schilling wären sicherlich eine Erleichterung für alle Funktionäre in den einzelnen Blasmusikkapellen und wir hätten den Wunsch, daß diese Blasmusikförderung bereits im Jahr 1981 Eingang in das steirische Budget finden könnte. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nachdem es in unserem Land jahraus, jahrein tausende Veranstaltungen gibt, zu denen irgendeine Blasmusikkapelle den Auftakt gibt, darf auch ich mit der Blasmusik beginnen. Ohne jetzt einen schwarz-rot-blauen Marsch komponieren zu wollen, darf ich mich doch, was die kulturelle Bedeutung der Blasmusikkapelle in unserem Lande betrifft, weitgehendst mit den Ausführungen meiner Vorredner identifizieren. Was die Förderung anbelangt, muß ich allerdings eine Richtigstellung treffen. Der Abgeordnete Karrer hat den Voranschlagsbetrag erwähnt, der heuer für die Blasmusik enthalten ist. Was aber die bisherigen Jahresförderungen betrifft, waren die tatsächlichen Förderungsbeiträge an die steirischen Blasmusikkapellen wesentlich höher, zum Beispiel im Jahr 1978, als dies im Voranschlag enthalten war.

Das ist keine Ungesetzlichkeit, sondern eine Maßnahme, die berechtigt ist, auch in Hinsicht auf die schon gemachten Ausführungen. Ich darf weiters erwähnen, daß unter dem Titel des Fremdenverkehrs, Werbung für den Fremdenverkehr, über Landeshauptmannstellvertreter Wegart ganz wesentliche Beträge für die Förderung der steirischen Blasmusik hinausgegangen sind. Meine sehr verehrten Anwesenden, es ist sicherlich so, daß man es für selbstverständlich hält, daß es Blasmusikkapellen in allen größeren und vielen kleinen Orten gibt, und daß bei jedem möglichen Anlaß eine Blasmusikkapelle aufspielt. Es ist daher nur recht und gut, wenn man sich im Rahmen des Landesvoranschlages einige Minuten dieser kulturellen Einrichtung unseres Landes widmet. Es wurde schon gesagt, es gibt 12.000 Blasmusiker mit 390 Musikkapellen in der Steiermark. Ich persönlich bin Bezirksobmann des Landesverbandes steirischer Landesmusikkapellen

und kann daher aus eigenem Ermessen, was hier geleistet wird. Alle diese Musiker sind selbst schöpferisch tätig, und tragen nicht selten auch zur Entspannung und Ermunterung unserer streßgeplagten Mitbürger bei. Dafür muß man allen sehr herzlich danken. Sie haben einen sicheren Platz in der steirischen Kulturszene unseres Landes erhalten und es wird so bleiben und ich persönlich, bin auch der Meinung, daß sie auch einen sicheren Platz in der Förderung im Rahmen des Landes erhalten sollen, zumal es hier um keine horrenden Summen geht.

Ich darf kurz zur nächsten kulturellen Verwandtschaft der Blasmusikkapellen, wenn man so sagen darf, kommen, nämlich zu den steirischen Musikschulen. Auch hier wird durch ganz großzügige Förderung indirekt auch die steirische Blasmusik gefördert. Um einen Betrag zu nennen: Es sind 41,8 Millionen Schilling, die an Zuschüssen an die steirischen Gemeinden zum laufenden Aufwand der Musikschulen gewährt werden. Wir haben in der Steiermark 37 Musikschulen mit einem Besucherstand von 11.659 Schülern im Schuljahr 1978/79 zu verzeichnen. Die Eröffnung der städtischen Musikschule in Schladming und die Neugründung der Musikschulen in Passail und Wildon tragen dazu bei, daß das Musikschulnetz engmaschiger und das Ausbildungsangebot für unsere musizierende Jugend reichhaltiger wird. Auch im Raum Friedberg—Pinggau soll 1980 eine neue Musikschule entstehen. Somit gibt es dann 41 Musikschulen in den steirischen Gemeinden.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Die kulturelle Hochkonjunktur auf dem Gebiet der Musikerziehung in unserem Bundesland hält an. Es sind noch die vielen Volksmusikgruppen zu erwähnen, die ebenfalls aus den Musikschulen hervorgehen. Diese Entwicklung ist immer wieder von neuem erfreulich. Sie muß auch deshalb begrüßt werden, weil durch diese Entwicklung die selbstschöpferische Betätigung unserer Jugend gefördert wird. Diese 11.000 Musikschüler sind weg von der Straße, denn sie gestalten ihre Freizeit nutzbringend für die gesamte Gesellschaft. Ich danke daher dem Land Steiermark für die großzügige Förderung, den Gemeinden selbstverständlich, den Eltern und Lehrern, die im gemeinsamen Zusammenwirken alles tun, wahrscheinlich auch in der Erkenntnis, daß man mit der Musik einfach leichter durch das Leben geht. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klausner.

Landesrat Dr. Klausner: Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ein paar Bemerkungen zum Theater. Den Sachverhalt hat der Herr Kollege Dr. Pfohl ja dargestellt. Ich kann mich seiner Darstellung nur anschließen. Zur Finanzierung: Wir haben Anfang der siebziger Jahre die Vereinbarung mit der Stadt abgeschlossen, die die 50:50-Aufteilung beinhaltet. Die finanzielle Situation hat sich seit diesem Zeitpunkt eher zu Lasten des Landes verschoben und nicht zu Lasten der Stadt, das muß einmal gesagt

werden. Finanzausgleiche haben die Relationen so verändert, daß die Gemeinden davon mehr profitiert haben als die Länder. Der Vergleich mit dem Budgetrahmen 17 Land, 2,5 Stadt geht deshalb fehl, weil in den 17 Milliarden Schilling des Landes bekanntlich drei Milliarden Schilling Krankenanstalten und je 2,3 Milliarden Schilling ungefähr Wohnbauförderung und Lehrergehälter drinnenstecken, das sind reine Durchlaufer, beziehungsweise Ausgaben, denen die Stadt nichts Vergleichbares an die Seite stellen kann. Man müßte daher sagen, es stehen 2,5 Milliarden Schilling zu 9,4 Milliarden Schilling, dann hat man ungefähr die Vergleiche der Größenordnung, und dann ist es durchaus gerechtfertigt, von dem 50 : 50-Schlüssel zu reden. Es gibt allerdings bei der Finanzierung alle Jahre wieder zwei Probleme, und man muß die schon anscheiden und beide betrachten. Das ist der laufende Aufwand auf der einen Seite und diese 230 Millionen Schilling, die der Schätzung des Architekten Kordon für den Sanierungsaufwand zugrunde liegen. Beim laufenden Aufwand ist es sicher so, daß die Herren der Theaterleitung und des Schauspielhauses geradezu Künstler sein müssen, um mit dem, was der Stadt alle Jahre möglich ist, über die Runden zu kommen. Beim Land bekennen wir uns zu diesem 50 : 50-Schlüssel. Es muß aber sehr deutlich gesagt werden, daß der Herr Kollege Jungwirth und ich uns immer darin einig waren, daß wir uns an die Ziffern der Stadt anpassen, wenn die ein wenig dazulegen können. Die Vorgangsweise der Stadt erscheint mir gerade im Hinblick auf das Theater nicht ganz korrekt, wenn man auf der einen Seite die Schwerpunkte der Ausgabenpolitik zugegebenermaßen und berechtigtermaßen in eigene Hoheit setzt, dann kein Geld hat und sagt: Jetzt kann ich nicht, bitte Partner zahl, ich hab das Geld für was anderes gebraucht. Zu dieser Vorgangsweise werde ich mich sicher nicht bereifinden, und ich kann mir daher eine Änderung des Schlüssels nicht vorstellen. Beim Finanzierungsaufwand für die 230 Millionen Schilling gibt es vielleicht gewisse Möglichkeiten, die ganze Last der verbleibenden Hälftefinanzierung, wenn man den Bundesanteil abzieht, für die Stadt ein wenig zu erleichtern. Ich kann mir den Sinn einer solchen Erleichterung aber nur dann vorstellen, wenn es auch gelingt, über diese alljährliche Misere hinsichtlich des laufenden Aufwandes zu einer Vereinbarung zu kommen und hier eine andere Vorgangsweise zu finden. Der Herr Kollege Dr. Pfohl hat gemeint, dem Stadtrat Edler und mir wird es sicher möglich sein, vom Bund eine Drittelbeteiligung zu erreichen. Ich kann nicht vorhersehen, wo der Bund mit seiner Förderung letzten Endes liegen wird. Was ich befürchte ist, daß wir zwar alle Jahre im Budget Zuschüsse bekommen, aber nicht von vornherein die Zusage, sich mit einem Drittel zu beteiligen, zumal er ja auch an der Beschlußfassung über die Baudurchführung und über den Umfang nicht beteiligt ist. Das muß man — glaube ich — auseinanderhalten. Das wird aber einer Vereinbarung mit der Stadt nicht im Wege stehen, weil ich mir durchaus vorstellen könnte, daß wir sagen: Gesamtaufwand minus Bund, der Rest wird geteilt

und dann muß man eine Formel finden, wie man beim Bauaufwand einen Weg zur Finanzierung sowohl für das Land wie für die Stadt findet, der uns nicht allzu weh tut.

Es gibt natürlich immer wieder Diskussionen über die Defizite der Bühnen. Wir haben ja in Graz manchmal auch Diskussionen, die fast ähnliche Formen annehmen, wie jetzt bei der Staatsoper. Auch wir tun uns ja mit den Interessensvertretungen der Bediensteten, vor allem des künstlerischen Personals und des Orchesters, nicht immer leicht, wenn es um Übertragungsrechte geht. Gott sei Dank haben wir immer noch eine gemeinsame Formel gefunden, weil natürlich die Interessen der ganzen Steiermark bedacht werden müssen. (Abg. Dr. Schilcher: „45 Millionen verschenken!“) Ich möchte aber doch sagen, daß mir die Vereinigten Bühnen das Muster eines guten Defizitbetriebes zu sein scheinen, denn mehr als das, was dort vom Personal sowohl in technischer, als auch in künstlerischer Hinsicht zustande gebracht wird, kann man wahrlich nicht verlangen. Ich hoffe, daß die laufenden Gespräche eine hinreichende Basis für die zukünftige Tätigkeit ergeben werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort hat sich nun Herr Landesrat Professor Jungwirth gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich kann gleich an die Worte meines Vorredners anschließen. Was die Vereinigten Bühnen betrifft, hat der Herr Abgeordnete Pfohl ja in sehr eindrucksvoller Weise die Problematik der Arbeitsbedingungen im Grazer Opernhaus und in seinen Werkstätten dargelegt. Er hat sich ja besonders intensiv damit auseinandergesetzt, und es ist dem an Information wohl nichts mehr hinzuzufügen. Auf der anderen Seite ist es ja bekannt, und ich erinnere nur daran, daß Herr Landeshauptmann Dr. Niederl überhaupt den Auftrag gegeben hat, daß ein Beamtenkomitee bis Mitte Dezember Unterlagen zusammenzutragen hat. Wie ich hörte, arbeitet dieses Komitee sehr zügig unter dem Vorsitz des Herrn Landesamtspräsidenten Dr. Tropper, so daß für Anfang des Jahres 1980 sicherlich gute Informationen und gute Unterlagen für politische Entscheidungen vorliegen werden. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Heute um 12 Uhr bekomme ich das schon!“) Die Frist ist sogar um eine Woche verkürzt worden. Heute um 12 Uhr fällt bereits nicht die Entscheidung, aber die Frist für diese Unterlagen. Zweifelsohne ein erfreulicher Vorgang. Ich möchte, was die Bühnen betrifft, doch noch ein Wort zur Bezahlung von Künstlern und technischem Personal sagen. Es ist wohl so, daß in der Öffentlichkeit da und dort fälschlich die Meinung vorherrscht, gut, diese Künstler, denen geht es ja ohnehin sehr gut, sie gehen mit dem Geld, das sie reichlich bekommen, locker um. Eine Fehlmeinung, die man immer wieder dezentieren muß. Wir haben Vergleiche angestellt: zu vergleichbaren Häusern in den österreichischen Bundesländern. Ich weiß schon, daß dort die finanzielle Situation natürlich auch nicht immer vergleich-

bar ist mit der Steiermark oder mit Graz, aber es ist doch interessant festzustellen, daß, um bei den Spitzen zu beginnen, die Intendantengehälter in Innsbruck beispielsweise bei 40 Prozent über den Grazer Gehältern liegen, oder in Salzburg bei 20 Prozent. Oder, daß Kapellmeister in Linz zehn Prozent mehr bekommen als in Graz, und das setzt sich fort bis zu den Chorsängern und zum Ballett. Bei den Chorsängern ist es so, daß das kleine Salzburger Landestheater gleich hohe Gagen zahlt als Graz und beim Ballett Klagenfurt über den Gagen des Grazer Opernhauses liegt. Es wird wohl ohne Chauvinismus verstanden werden, wenn wir sagen, die Grazer Oper und das Grazer Schauspielhaus haben doch eine Dimension und eine künstlerische Leistung, die ganz einfach höher liegen als bei anderen Häusern in kleineren österreichischen Landeshauptstädten. Das Gagenvolumen im Schauspiel, das ist vielleicht noch interessant: im Schauspiel von Linz ist es in diesem Jahr um 40 Prozent höher als in Graz. Wenn wir in Graz 100 Schilling bezahlen, zahlt Linz 140 Schilling. Noch dazu ist das Ensemble dort um sieben Personen größer. Das kleinere Ensemble führt nun zu dem, was jetzt gerade durch die Presse gegangen ist. Zwei Schauspieler in Graz sind für längere Zeit erkrankt, das heißt genaue sagt, Regisseur Schildknecht und ein Schauspieler. Die Folge davon ist, daß eine wichtige Premiere des Schauspielhauses in diesem Jahr überhaupt nicht gehalten werden kann. Schillers „Räuber“ mußten abgesagt werden, und das ist nicht gut für das Haus, denn es warten ja auch Abonnenten, die jetzt zu recht enttäuscht sind, auf diese Vorstellung. Es ist zweifelsohne keine populäre Maßnahme, die damit getroffen werden muß und natürlich auch dazu beiträgt, daß die Häuser in Schwierigkeiten kommen. Ähnliches gilt auch für das technische Personal. Die Arbeitszeit wurde von 45 auf 42 und dann auf 40 Wochenstunden erniedrigt, darüber hinaus muß jedem Arbeitnehmer eine Freizeit von zusammenhängenden 48 Stunden in der Woche gegeben werden. Das ist eine erfreuliche soziale Entwicklung, aber die Bühnen konnten nicht mithalten. Das heißt, für das technische Personal gibt es im Budget nicht mehr Geld und auch keine Aufstockung des Personals, so daß hier die Schwierigkeiten wirklich abenteuerlich geworden sind. Wir können sagen, daß unter äußerst schwierigen Bedingungen von Künstlern und Technikern an unseren Bühnen im Opernhaus und im Schauspielhaus Großartiges geleistet wird. Noch immer kommen viele Gäste, auch aus der Bundeshauptstadt, um sich manche unserer Aufführungen anzusehen und sie sagen uns, da gibt es einiges, was wir bei uns in Wien wirklich nicht zu sehen bekommen, wir müssen zu euch nach Graz fahren. Wenn man also weiß, unter welchen schwierigen Verhältnissen diese Erfolge immer wieder erzielt werden, dann muß man sagen, es ist berechtigt, wenn man für die Bühnen spricht und dabei natürlich die finanziellen Probleme, sei es in Baufragen, sei es in Personalfragen, ganz einfach deutlich aussprechen muß.

Meine Damen und Herren! Ein Wort zum „Steirischen Herbst“. In aller Kürze ein paar Bemerkungen über den Stand der Dinge. Erstens können wir zum

„Steirischen Herbst“ sicherlich sagen — seit 1968 existiert er — er hat seine Funktion weitgehend inzwischen erfüllt, nämlich einen Nachholbedarf an Information über das, was sich in der Kunst heute tut, hier in Graz, in der Steiermark, zu decken.

Zweitens ist seine internationale Bedeutung zweifelsohne weiterhin im Steigen. Wir haben in diesem Jahr eine wirklich eindrucksvolle Liste von Korrespondenten, von Zeitungen, von Radio und Rundfunk aus dem In- und Ausland und auch aus Übersee bei uns gehabt und es wird der Ruf der Steiermark und speziell von Graz durch diesen „Herbst“ enorm hinausgetragen. Wir haben beispielsweise bei uns gehabt — ich zähle sehr wahllos jetzt und nur oberflächlich auf, aber ich glaube, es soll doch wieder gesagt werden, ich habe es in einer ähnlichen Weise vor einem Jahr hier auch gebracht. Es waren im Jahr 1979 hier zum Beispiel vertreten der Saarländische Rundfunk, ZDF Mainz, Opera News New York, Südwestfunk, ANSA Rom, 24 Heures Lausanne, Sender Freies Berlin, Bayrischer Rundfunk, Belgischer Rundfunk, WDR Köln, Südwestfunk Baden, BBC London, Nord-West-Deutscher Rundfunk, Neues China Peking, Radio Neuseeland, Radio Budapest, ADN Ost-Berlin, Time und Life New York, „New York Times“, „Le Monde Paris“, Radio Budapest, Radio France, Prawda Moskau, „Tagesanzeiger Zürich“, „Voice of America“, Washington, „Tempo London“, „Iswestja Moskau“, „Sofia Press“, „Cambio Madrid“, DRS Zürich, Spanischer Rundfunk und Fernsehen, Al-Ahram Kairo und ich habe nicht genannt alle großen Zeitungen des deutschsprachigen Raumes, die „Frankfurter“, die „Süddeutsche“, die „Zeit“, die „Welt“ und so weiter. Die Liste ist noch viel länger. Man kann sicherlich zu vielen Einzelheiten stehen wie man will, und wir waren nie Zwangsbeglückter im „Steirischen Herbst“. Das galt unter seinem Gründer, unserem Landtagspräsidenten Dr. Koren, so, und ist auch inzwischen so geblieben und das wird auch so bleiben, aber wir glauben doch, sagen zu dürfen, daß diese große Aufmerksamkeit für dieses Festival, das mit bescheidenen Mitteln organisiert wird, doch weit über die Liebhaber der modernsten Kunst hinaus unserer Stadt und unserem Land vieles bringt.

Wir werden drittens die Programmstruktur auf diesem internationalen Betrieb etwas umstellen müssen, wir haben schon einige Ansätze heuer gehabt, man wird sich sicherlich auf einen Kern, etwa von Mitte Oktober bis Mitte November, einzupendeln haben, wo speziell längere Wochenenden die Schwerpunkte bringen sollen.

Wir werden uns viertens über die Sparten immer wieder auseinandersetzen müssen, denn hier ist es schon eindrucksvoll zu sehen, daß das Interesse sehr verschiedenartig ist. Es steht fest, daß mit besonderem Interesse aufgenommen werden, Musik, Theater, Sprechtheater und Literatur, während andere Gattungen weniger Publikumsinteresse — besonders international — finden.

Wir werden auf der anderen Seite fünftens die Aufgabe der Selbstdarstellung des Landes weitersehen müssen und nicht übersehen dürfen. Wir können dabei nicht verordnen, wir haben das nie

gemacht und werden das auch in Zukunft nicht tun — keine Zwangsverordnungen mit „Steirischem Herbst“, besonders außerhalb von Graz. Wir möchten es partnerschaftlich machen mit Organisatoren draußen in den Bezirksstädten. Wir hoffen, daß das immer besser glückt, und wird über die Inhalte immer wieder neu zu sprechen sein. Selbstverständlich, um nur auf ein Detail des Herrn Abgeordneten Chibidziura einzugehen, sind die steirischen Komponisten auch immer wieder in den „Steirischen Herbst“ eingeladen. Es ist nicht so, daß einzelne Vereinigungen eingeladen werden, sondern einzelne Künstler und wenn sie dort vielleicht zu wenig untergekommen sind, dann wird das vielleicht in Zukunft besser werden. Auf jeden Fall, werden sie im nächsten Jahr in Admont, bei der Musikausstellung ihre großen Chancen bekommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß es doch sehr erfreulich ist, auch für die Kulturpolitik des Landes, daß manche ihrer Beiträge dazu geführt haben, daß diese Stadt Graz international stärker in das Rampenlicht kommt. Da geht es nicht um einen falschen kindischen Ehrgeiz, da geht es sicherlich um manches materielles Interesse. Es ist doch gut und erfreulich, wenn diese Stadt Europapreise einheimst, die zum Teil auf Initiativen, wie Altstadtpflege oder „Steirischer Herbst“ zurückgehen. Ich hoffe, das bringt uns etwas, ich hoffe, das bringt auch dem Fremdenverkehr etwas. Warum sollen wir es nicht so gut verstehen, wie die Salzburger auf lange Sicht, denn unsere Stadt kann sich sehen lassen. Ihr Rahmen, ihre Altstadt und ihr Schloßberg können es jederzeit mit der Salzburger Altstadt, mit der Salzburger Festung aufnehmen. Ich weiß, wir sind geographisch schlechter gelegen, aber schließlich bessern sich auch diese Probleme. Der Anschluß an das internationale Verkehrsnetz ist über den Thalerhof besser geworden, sehr erfreulich, und wird über die Straßen besser und besser werden und ich glaube, das wird sich auch für Graz und damit für manches Kulturpolitische in dieser Stadt noch besser auswirken können.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sagen, daß in der letzten Zeit mit der Stadtgemeinde Graz Gespräche stattgefunden haben und auch mit der Universität, in der Hoffnung, daß es gelingen möge, in nächster Zukunft, 1980 oder spätestens 1981, Sommerkurse, eine Art Sommeruniversität in Graz zu organisieren. Zweifelsohne noch ein Vakuum, zweifelsohne eine Chance für diese Stadt. Viele Menschen aus dem Ausland würden hierher kommen, um beispielsweise, wie das eben anderswo geschieht, ihre Deutschkenntnisse, aber auch andere Kenntnisse oder Erfahrungen über Österreich und vielleicht auch über den osteuropäischen Raum hier ist unsere geographische Lage günstig zu verbessern. Ich glaube, hier ist ein Ansatzpunkt, wo eine Kooperation zwischen Fremdenverkehr und Kultur, zwischen Stadt und Land noch zukunftsreich ist. In diesem Zusammenhang, Sie wissen, ich bin kein Zentralisierer, sondern ein begeisterter Dezentralisierer, möchte ich doch auch erwähnen, daß es erfreulich ist, daß über die Altstadtpflege hinaus durch das Ortsbildgesetz wirklich in den steirischen Gemeinden sehr viel Interesse für die

Errichtung von einzelnen Schutzzonen aufgetreten ist. Wir haben inzwischen bereits fünf beschlossen ohne jede Diktatur des Landes, die Gemeinden müssen hier wirklich selbst entscheiden und vorbereiten, das ist ja klar. Aber es gibt immerhin noch 32 Gemeinden, in denen solche Schutzzonen in Vorbereitung sind. Das ist wirklich überraschend viel in sehr kurzer Zeit und spricht doch, glaube ich, dafür, daß hier das Bewußtsein für die Erhaltung von architektonischen Schönheiten in unserem ganzen Land inzwischen gewachsen ist. Admont wurde schon erwähnt vom Herrn Abgeordneten Kanduth. Es freut mich, daß es möglich ist, nach der guten Erfahrung von St. Lambrecht, wieder einmal mit Musik in die Steiermark hinauszugehen. Hoffentlich glückt es, hoffentlich kommen recht viele Menschen. Die Vorbereitungen laufen natürlich auf Hochtouren und in diesem Zusammenhang zweifelsohne erfreulich, daß Admont sozusagen als Geschwisterkind dieser Ausstellung mit dem 1. September 1980 die heißersehnte Musikschule im Rahmen des steirischen Musikschulwerkes mit Hilfe des Landesbudgets bekommen wird.

Hier an dieser Stelle möchte ich noch auf die Ausführungen eingehen, die sich mit Musik draußen in den Bezirken beschäftigt haben. Es ist richtig, daß rein optisch gesehen, die Blasmusik im Landesbudget nicht gut ausgewiesen ist, aber man muß sofort anführen, daß erstens die Erfolgswerte eines solchen Budgets dann etwas anders aussehen, das wird auch für das Jahr 1979 der Fall sein, wo die Erfolgswerte wesentlich höher liegen wird, als sie hier im Budget angegeben ist, das ist uns durch Umschichtungen gelungen. Ich verweise darauf, daß wir auch bei Bausubventionen für Musikheime vom Land her tätig sind, speziell auch — und das ist ja bekannt — über das Fremdenverkehrsreferat, wo Landeshauptmannstellvertreter Wegart immer wieder den einzelnen Kapellen, die ja wirklich Großes leisten, sehr sehr hilft. Ich glaube, wir können sagen, daß die Musikschulen, wir haben jetzt immerhin 37 und dazu noch 31 Zweigstellen, das sind 68 Einrichtungen, das sind wirklich nicht wenig, für die das Land sehr viel leistet, auch das ist aus dem Budget zu sehen, die wirklich über das ganze Land gestreut sind, die auch ihren großen Beitrag für das aktive Musizieren draußen leisten, auch sehr oft für die Blasmusik, weil ja viele Musiker bei Lehrern in diesen Musikschulen auf ihre Tätigkeit, auf ihr Mitwirken in den Blaskapellen vorbereitet werden.

Ein Wort noch zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Gross, betreffend Förderungsgesetz. Ich kenne diesen Gedanken. Wir haben uns schon bei der Landeskulturreferentenkonferenz, wo ja alle Bundesländer vertreten sind, damit beschäftigt. Wir haben Erfahrungen auf diesem Gebiet ausgetauscht, sie sind noch gering. Es gibt aus dem Jahre 1974 in Vorarlberg ein solches Gesetz, und die Tiroler haben dieses Jahr eines beschlossen und haben damit natürlich noch keine besonderen Erfahrungen gesammelt. Andere Bundesländer sprechen genauso davon wie wir, zuletzt die Salzburger. Sie haben aber auch noch keines beschlossen. Es steht fest, daß ein solches Gesetz wohl eher deklamatorischen Charakter hätte. Wenn es etwas bringt, dann soll es

gut sein, dann werden wir uns sicherlich auch dazu entschließen. Die Überlegungen darüber laufen wirklich schon seit Monaten, das ist über die Protokolle der Landeskulturkonferenz 1979 zu beweisen.

Nun noch ein Wort, meine Damen und Herren, zu einem historischen Anlaß, über den im Jahr 1980 auch in der Steiermark gesprochen wird. 1980, 800 Jahre die Uhr unseres Landes zurückgedreht: 1180, 1180 war es so weit, daß der vierte Ottokar, der Traungauer, am Reichstag zu Regensburg volljährig erklärt wurde — er war erst 16 Jahre alt — und zugleich zum Herzog erhoben und damit die Steiermark zum Herzogtum geworden ist: der Mann, der schon 12 Jahre später an einer für die damalige Zeit unheilbaren Krankheit gestorben ist, der das vorhergesehen hatte und dann 1186 mit der „Georgenberger Handfeste“ die Weichen stellte, die dazu führten, daß die Steiermark ihren historischen Weg mit Österreich zu gehen begann, nämlich nach seinem Tod im Jahre 1192, als die Steiermark den Babenbergnern anheim fiel. Fürwahr ein historischer Augenblick in unserer Geschichte. Die Steiermark beginnt, ihre Form, auch ihre geographische Form damals anzunehmen, sie schaut noch nicht so aus wie heute auf der Landkarte, da gibt es noch einige Enklaven und exterritoriale Gebiete, Murau gehörte damals übrigens noch nicht dazu, die Murauer sind erst später zu uns gewandert. Ritzinger und Prantich sind im Augenblick nicht hier, ich werde es Ihnen dann privat erzählen, wie das damals war. Auf der anderen Seite hat auch noch der Traungau zu uns gehört und Steyr, das uns den Namen gegeben hat, (Abg. Gerhard Heidinger: „Und den Traktor!“) das wir leider an die Oberösterreicher verloren haben, und auch der Markt Pitten, wo Wiener Neustadt entstanden ist, wurde uns auch von den Niederösterreichern abgeknöpft. Wir waren rundherum etwas größer, Aber bitte, 1180 ist wirklich ein großer Augenblick in der steirischen Geschichte gewesen. Wir werden im nächsten Jahr daran zurückdenken, in Wort und Schrift und mit einer Ausstellung in unserem Joanneum, das bis dahin in der Neutorgasse wirklich ein schönes renoviertes Haus haben wird.

So, meine Damen und Herren, ein kurzer Überblick über Kulturarbeit in der Steiermark im Jahr 1979 und im Jahr 1980. Kultur zu organisieren, ist immer ein bißchen kritisch, man soll und man kann hier nicht sehr viel organisieren, vieles muß hier wirklich gewachsen sein, zu vielem kann man ermuntern, indem man Hilfe zur Selbsthilfe gibt, das tun wir solange und sooft wir eben können. So soll es auch in Zukunft bleiben, und ich glaube, wir sollen an dieser Stelle auch an unsere Künstler, seien es Profis und seien es viele, viele Amateure im ganzen Land denken, die oft unter doch nicht ganz einfachen Voraussetzungen sich künstlerisch und musisch betätigen, letzten Endes das Leben vieler anderer Menschen dadurch interessanter machen, schöner machen. An Organisatoren natürlich auch, die es erfreulicherweise gibt, immer mehr in unseren Gemeinden, auch außerhalb der Landeshauptstadt und viele andere, die mitwirken — hoffentlich auch an Schulen — denn diesen Kontakt suchen wir immer wieder, und so wollen wir hoffen, daß auch

das Jahr 1980 ein gutes Jahr für die Kultur in der Steiermark wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter wird uns erklären, ob er ein Schlußwort wünscht.

Abg. Buchberger: Ich darf im Namen des Berichterstatters, Herrn Abgeordneten Ritzinger, beantragen, der Gruppe 3 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Meine Damen und Herren, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen.

Die Gruppe 3 ist somit angenommen.

Wir kommen zur **Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.**

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Julie Bischof. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Bischof: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung umfaßt folgende Ansätze: die allgemeine öffentliche Wohlfahrt, deren wichtigste Untergruppen, die Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, der Behindertenhilfe, der Blindenhilfe, der Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz, die Behebung von Notständen, sowie sozialpolitische und familienpolitische Maßnahmen sind. Der Ansatz 48 umfaßt die Wohnbauförderung des Landes mit den Unterabschnitten, allgemeine Wohnbauförderung, Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz, Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. Insgesamt stehen in der Gruppe 4 den Einnahmen von 2.416,261.000 Schilling Ausgaben in der Höhe von 3.302,776.000 Schilling gegenüber. Im Namen des Finanz-Ausschusses, der sich mit der Gruppe 4 eingehend befaßt hat, beantrage ich die Annahme der Gruppe 4.

Präsident: Meine Damen und Herren, um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt. Ich erteile dem ersten gemeldeten Redner das Wort. Es ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir reden in diesen Tagen, wie jedes Jahr beim Budget über Probleme, und deren Bewältigung, der steirischen Bevölkerung in allen Bereichen. Ob das die Arbeitswelt ist, ob das Gesundheit, Kultur, Ver-

kehr, Wirtschaft, Sport oder anderes sind. Wir reden davon, daß in einem schönen Land tüchtige Menschen gute Erfolge erzielen können. Es gibt aber tausende Menschen, die unsere Hilfe besonders brauchen. Die Hilfe der politisch Verantwortlichen und insbesondere aber auch die Hilfe einzelner Menschen, also die Hilfe des Nächsten. Darunter wiederum gibt es hunderte Behinderte, Kinder oder Erwachsene, die wie Kinder betreut werden müssen, weil sie nicht gesund sind. Für diese Arbeit stehen private und landeseigene Institutionen zur Verfügung, und vor allem ist es das Engagement des einzelnen Menschen, das durch Hilfe, durch gesetzliche Hilfen ermuntert werden soll. Ich möchte einige sehr sehr positive Initiativen hervorheben, um dann auch jene kritischen Punkte anzumerken, wo es Schwierigkeiten gibt und wo eine Hilfe dieses Hauses und des zuständigen Regierungsmitgliedes, Landesrat Gruber, noch aussteht. Es ist zu erwähnen, daß in vielen privaten Institutionen, wie zum Beispiel das Pius-Institut in Bruck, eine Schuleinrichtung für behinderte Kinder, das Behindertenheim Sonnenwald in Eibiswald, das Odilien-Blindeninstitut in Graz, als Spezialeinrichtung für Blinde, es hat einen Kindergarten, bis zu den Werkstätten, es ist erst neuerdings in den letzten Wochen eine neue Werkstätte dort eröffnet worden, die Institution Jugend am Werk in Graz und Mureck, als Einrichtung der Beschäftigungstherapie, das Morreschlöbl in Tobelbad, das Gebäude gehört dem Land und die steirische Vereinigung zugunsten behinderter Kinder betreibt diesen Kindergarten, das Heim der Lebenshilfe in Söding und vor allem und darauf möchte ich besonders zu reden kommen, die Landessonderschule für behinderte Kinder und damit in Verbindung das Heim, das die Vereinigung dort im Hirtenkloster in Graz betreibt. Ich habe es im Vorjahr hier schon gesagt, es ist sehr sehr dankenswert, daß aus den Mitteln der Schule Landesrat Jungwirth die Landessonderschule einrichten konnte, daß dort eine nunmehr in der Steiermark, also örtlich für unsere Kinder und deren Familien, näher erreichbare Pflichtschulausbildung für diese Kinder möglich ist und daß für den Betrieb ausreichende Mittel vorgesehen sind. Freilich ist der Neubau des Therapietraktes, der dringend notwendig wäre, der allgemeinen Geldnot, auch des Landes Steiermark, zum Opfer gefallen. Dafür wird aber in den nächsten Jahren vorzusorgen sein und ich bin auch froh darüber, daß dem Antrag, den wir in diesem Hohen Haus jetzt anlässlich der Budgetdebatte gestellt haben, die Sozialisten und die Freiheitlichen ihre Zustimmung geben werden. Das zweite, das wesentliche aber ist das Internat. Das Heim, vom privaten Träger der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder betrieben, kann noch keine ausreichende Hilfe für den Umbau und die Adaption erhalten und wird sie auch im Jahr 1980 nicht erhalten. Unbenommen davon ist natürlich, daß die laufenden Kosten, die Tagsätze für die behinderten Kinder den Familien nach dem Behindertengesetz durch das Land ersetzt werden. Das waren eine Reihe von privaten Institutionen.

Ebenso positiv herauszustellen ist, daß landeseigene Institutionen in vorbildlicher Weise der Be-

hindertenfürsorge zur Verfügung stehen, wie das Landesbehindertenzentrum in Graz-Andritz. Es ist auch ein Werkstättentrakt in den letzten Jahren dazugebaut worden. Dort werden etwa 150 Behinderte betreut. Neu ist auch eine kleine Mädchen-Gruppe. Es existiert ein Grundsatzbeschuß, daß das Landesinternat der Krankenpflegeschule in Judendorf als Expositur für das Landesbehindertenzentrum herangezogen werden soll. Freilich auch nach Maßgabe des dazu zur Verfügung stehenden Geldes. Als zweite Landesinstitution ist zu erwähnen die Landesausbildungsanstalt für hörbehinderte Kinder und Jugendliche, die als Sonderschule für hörbehinderte Kinder errichtet, nun auch einen Sonderkindergarten erhalten wird. Dieser ist im Bau. Die Sonderschule für körperbehinderte Kinder in Wiener Neustadt, an der die Steiermark vertraglich beteiligt ist und Leistungen erbringt, freilich jetzt in einer Art Konkurrenzsituation zu der Landessonderschule, die wir im Hirtenkloster haben. Ich glaube, es ist nur ganz natürlich und selbstverständlich, daß wenn eine Familie in der Steiermark ein behindertes Kind in die Schule bringen will, daß sie das lieber in die nähere, in Graz vorhandene Schule bringt, als in die weiter entfernt liegende Schule in Wiener Neustadt. Daher gibt es dort auch, aber nicht nur aus den steirischen Familien, auch sonst, eine allgemein etwas abnehmende Schülerzahl. Im Rahmen der Eingliederungshilfe und der Beschäftigungstherapie werden zur Zeit in der Steiermark rund 1000 Behinderte betreut, wobei das Betreuungsangebot vom Kindergarten bis zur Beschäftigungstherapie reicht. Es gibt auch eine beachtliche Anzahl geschützter Arbeitsplätze, das sind zur Zeit etwa rund 1000 und es ist sehr erfreulich, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart mitteilen konnte, daß allein im Landesdienst 200 geschützte Arbeitsplätze nun vorhanden sind. Ich will nicht unbescheiden sein, möchte aber trotzdem sagen — er ist gerade nicht da — es können noch mehr sein und es müssen noch mehr sein, denn das Land soll hier ein Beispiel für die Privatwirtschaft geben, und von dieser Stelle aus müßte man wiederum und neuerdings bitten, wir werden das jedes Jahr tun und auch dafür, wenn wir die Möglichkeit haben, sorgen, daß private und öffentliche Institutionen im vermehrten Maß Arbeitsplätze für Behinderte, also geschützte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Wenn man etwas überlegt, was die künftige Entwicklung bringen könnte, dann gibt es hier zwei wesentliche Bitten. Ich glaube es ist notwendig und Landesrat Gruber hat das auch mehrfach schon herausgestellt, es ist bisher allerdings noch nicht erfolgt, daß wir eine Erhebung bekommen, daß wir einen Mechanismus finden, der uns tatsächlich zeigt, wieviele Behinderte in nächster Zeit zu erwarten sind, damit auch eine ordentliche Vorsorge vom Kindergarten bis zum Arbeitsplatz für Behinderte in der Steiermark gewährleistet ist. Die Kinderklinik in Graz und der verantwortliche Leiter prognostizieren, das ist eher bedenklich und bedauerlich, daß es in nächster Zeit zu einer Zunahme in der geistigen Behinderung kommen wird und daß naturgemäß damit auch eine Zunahme der mehrfach behinderten Kinder der Fall sein wird. Es ist

dies aber nur eine Schätzung. Es soll, um eine für lange Jahre vorbereitende Arbeit leisten zu können, eine konkrete Erhebung stattfinden und dafür würde ich auch sehr ersuchen, daß das zuständige Referat und der zuständige Landesrat Vorsorge treffen. Bei den landeseigenen Heimen ist einiges in Planung. Auch hier wird es vom Geld abhängen, wie weit gebaut werden kann. Bei den privaten Einrichtungen geht es mir vor allem um das Hirtenkloster und um jene Tendenz, die in der Lebenshilfe sehr deutlich wird, nämlich die Tagesschulheime, die Tagesheimstätten für Beschäftigungstherapie. Es ist in Maria Buch bei Judenburg so etwas bereits im Gang, es ist in Kindberg im Entstehen und es wäre besonders positiv für Kind und Eltern, weil möglichst nahe an die Familie heran solche Institutionen den Kontakt zwischen Kind und Eltern wesentlich erleichtern können. Es ist ja nach dem Behindertengesetz vorgesehen, daß die dafür anfallenden Kosten getragen werden können. Schwierig scheint mir nur noch ein Problem, die entsprechenden Transportfahrzeuge und die Transportkosten für diese Transporte von der Familie zu den Einrichtungen, die den Behinderten auch am Land, auch in den Bezirken zur Verfügung stehen sollten. Es ist also viel Positives geschehen seit dem Behindertengesetz und der Novelle 1977, die noch einige Verbesserung gebracht hat. Im Vergleich zu anderen Bundesländern allerdings haben wir auch noch einiges aufzuholen. Ich habe am Anfang gesagt, ich werde eine Reihe positiver Dinge vortragen, weil ich glaube, daß das notwendig ist zur Bewußtseinsbildung, zur Information der Öffentlichkeit und zu dieser Information auch noch ein Wort.

Es wäre notwendig, eine stärkere Informations-tätigkeit für die Bevölkerung, aber auch für die Behinderten selbst zu entfalten, denn es ist hochinteressant, wenn man mit Leuten und Familien zu reden kommt, die ein solches behindertes Kind und diese Last zu tragen haben, daß immer wieder gefragt wird: So, das gibt es auch, das gibt es wirklich auch in der Steiermark, wir haben uns eigentlich eher verlassen gefühlt. Die Erfassung der Behinderten mit deren Familien, deren Information und die Werbetätigkeit für dieses soziale Werk in der Öffentlichkeit wären wesentliche Anliegen.

Zum Hirtenkloster und zum Heim im Hirtenkloster, das die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder betreibt nun einige konkrete Punkte. Herr Landesrat Gruber, Sie haben schon am 19. April 1978 gemeint, daß es Ihnen nicht richtig erscheint, war Ihre wörtliche Äußerung, daß dieses Heim von einer privaten Vereinigung betrieben wird. Es ist mehr als ein Schuljahr und es sind mehr als eineinhalb Kalenderjahre vergangen. Diese idealistische Institution hat sich sehr sehr bewährt und hat auch demgemäß, was Sie damals gesagt haben, selbst initiativ werden müssen. Sie hat sehr viel Geld aufgetrieben, hat inzwischen weitgehend für den Betrieb die notwendigsten Investitionen gemacht, aber es besteht das Empfinden, daß diese Institution von Ihnen nicht in dem Maß gefördert wird — ich sage ausdrücklich: Ausbau, Adaptierung, Subvention für den Umbau und die Erhaltung des Heimes, Ersätze der Tageskosten — sondern sogar

behindert, verzögert wird. Das verstehe ich nicht ganz, wenn ich mir alle anderen Institutionen anschau, die mit großer Intension, sowohl private wie auch landeseigene, in ihrem Bestreben gefördert werden. Sie waren der Meinung, das sei nicht ganz richtig, daß ein privater Verein dieses Heim betreibt. Der Beweis ist inzwischen erbracht, daß das hervorragend funktioniert. Sie waren weiter der Meinung in der Fragestunde am 28. November 1978, daß die Verzögerung der Kostenübernahme lediglich ein Mißgeschick gewesen sei. Wir haben Sie damals in diesem Haus gebeten, dafür zu sorgen, daß dies rasch geschieht, ist dann auch, nach einigen Monaten Verzögerung wirklich geschehen. Es hat das Ringen um die Bewilligung nach dem Paragraph 17 Abs. 1 des Behindertengesetzes gegeben, auch hier nach vielen Wochen und Monaten wurde das Bewilligungsverfahren durchgeführt. Wir haben in der Budgetdebatte im Vorjahr ein neuerliches Ersuchen angebracht, diese Bewilligung nun endlich doch zu erteilen, ist dann, wie gesagt, auch geschehen und jetzt gab es im Sommer dieses Jahres geradezu eine unverständliche Aktion, nämlich eine quasi Lex-Hirtenkloster. Es sollte ein Regierungsbeschluß herbeigeführt werden, daß bei Erhöhung von Tagsätzen von privaten Institutionen die Kontrollabteilung diese Institutionen zu überprüfen hätte, ob diese Erhöhungen wohl gerechtfertigt seien. Dagegen, daß diese Kalkulationen sehr genau angeschaut werden von solchen Institutionen ist überhaupt nichts einzuwenden, weil das Geld richtig eingesetzt werden soll. Dieser Regierungsbeschluß wurde nicht gefaßt, sondern es ist später ein Regierungsbeschluß gefaßt worden, daß im Zuge von Kontrollen, die freiwillig erfolgen können, auch private Institutionen im normalen Programm der Kontrollabteilung überprüft werden sollen, um den Institutionen und dem Land eine gewisse Sicherheit und Gewähr zu geben, daß das Geld gut und richtig verwendet wird. Es ist empfunden worden, daß dieser Vorstoß, wie Sie ihn vorbereitet hatten, eher wieder gegen das Heim im Hirtenkloster gerichtet war. Ich empfinde das nicht so, weil ich mir das nicht vorstellen kann, bei Ihrer sonst so positiven Einstellung zu dem gesamten Bereich der Behindertenfürsorge. Jetzt gibt es einen neuerlichen Fall Hirtenkloster, seit mehr als fünf Monaten liegt eine Mitteilung dieser Vereinigung vor, daß seit zwei Jahren — der Tagessatz von 445 Schilling muß auf 515 Schilling erhöht werden, das sind 15,7 Prozent — die Abteilung, die Ihnen untersteht, Herr Landesrat Gruber, bis heute nicht bereit ist, diesen neuen erhöhten Tagessatz abzurechnen. Dieses Ersuchen liegt seit 26. Juli vor, das sind mehr als fünf Monate. In der Zwischenzeit muß die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder aus jenen Spenden, die sie für den Um- und eventuell Neubau, oder die Adaptierung des Heimes bekommen haben, seit 1. September rund 100.000 Schilling pro Monat, also September, Oktober, November und jetzt Dezember wahrscheinlich auch noch, bereits 400.000 Schilling aus Spendengeldern dazu verwenden, jenes Defizit abzudecken, das durch die Nichtanerkennung, sagen wir es einmal so, entsteht. Bewilligen kann das Land das gar nicht, sondern es ist eine

private Institution, die ein Angebot stellt und wenn eingewiesen wird, dann ist ja auch der Kostensatz zu begleichen. Diese Anerkennung der neuerrechneten Kosten ist nicht erfolgt. Monatlich 100.000 Schilling aus dem Spendentopf, der für etwas anderes bestimmt war. Der Vergleich, wiederum mit Wiener Neustadt zeigt, daß dort der Tagessatz bei ähnlichen Voraussetzungen, auch das Personal anders abgedeckt und die Kalkulationsunterlagen, ich habe sie alle hier liegen, sind ganz genau erfolgt von der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder, bei vergleichbaren Kostenstellen in Wiener Neustadt der Satz 550 Schilling heute schon beträgt, und daß in Ihrer Abteilung und unter Verantwortung die Erhöhung von 15,7 Prozent auf 515 Schilling für das Heim hier in Graz anerkannt wird. Die letzte Urgenz und die letzte Bitte an Sie war am 19. November und ich habe gestern und vorgestern mit dem Obmann der Vereinigung gesprochen. Sie sind verzweifelt, sage ich Ihnen. Sie sind verzweifelt, weil sie diese Anerkennung ihrer neuen mit Kalkulationen belegten Kosten nicht bekommen und haben jetzt auch in dem Bereich, der bisher unbestritten war, nämlich daß das Land die Tagessätze bezahlt und ersetzt, für die dort untergebrachten Kinder eine neue nicht ganz leicht zu verstehende Verzögerung hinzunehmen. Ich bitte Sie daher, Herr Landesrat, folgende Fragen auch hier öffentlich zu beantworten: Wollen Sie durch die Blockierung des neuen Tagessatzes die Vereinigung aushungern, oder wollen Sie dieser Sache, und ich bitte Sie darum, endlich auch gerecht werden und den neuen Tagessatz anerkennen?

Zweite Frage: Können Sie diese Vorgangsweise, die nun über fünf Monate den Eltern und der Vereinigung so viel zusätzlich kostet, vor diesen behinderten Kindern und den Eltern verantworten?

Drittens: Sind Sie bereit, dementsprechend dem Resolutionsantrag von Abgeordneten aller drei Parteien dieses Hohen Hauses ab dem Budget 1981 für entsprechende Subventionen für den Umbau und die Adaptierung zu sorgen, in Ihre Verhandlungen für das Budget 1981 wohlwollend aufzunehmen?

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie sich durch Ihre Anwesenheit für diesen Bereich besonders interessiert gezeigt haben und möchte noch einmal sagen: Viel Positives ist geleistet worden, in einer Sache liegt eine für mich unverständliche Sperre vor und ich bitte Sie, Herr Landesrat, darüber öffentlich Aufklärung zu geben. (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Annemarie Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Jahre 1980 werden es genau 15 Jahre seit die Altenurlaubsaktion des Landes im Rahmen der besonderen Hilfe für betagte Menschen von Landesrat Gruber ins Leben gerufen wurde. Diese Einrichtung ermöglicht jenen älteren Frauen und Männern unseres Landes einen Urlaub, die aufgrund ihrer

Einkommenssituation nicht oder nur teilweise in der Lage sind, selbst dafür aufzukommen. Diese Altenurlaubsaktion ist bei unseren älteren Mitbürgern sehr beliebt. Wenn das Alter der Herbst des Lebens genannt wird, dann wird vielen betagten Menschen durch diese Altenurlaubsaktion ein Strauß Herbstblumen dargebracht. Für viele Menschen ist es ja der erste Urlaub ihres Lebens. Die Auswahl der Teilnehmer in der Altenurlaubsaktion erfolgt nach beigebrachter Anmeldung und Prüfung der Voraussetzung bei den zuständigen Wohnsitzgemeinden durch Gemeinderatsbeschluß. Damit soll eine möglichst objektive Auswahl gewährleistet werden und über die Bezirkshauptmannschaften werden die Namen der Teilnehmer an die Rechtsabteilung 9 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung weitergemeldet. Dort arbeiten sehr gut geschulte und in diesem Bereich erfahrene Beamte. Die gesamte Organisation beinhaltet auch laufende Kontrollen der Gaststätten und persönlichen Kontakt mit den Urlaubern. Die Urlauber kommen aus allen Bezirken der Steiermark. Die Bezirkshauptmannschaften Fürstenfeld, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Murau und Radkersburg haben schon heuer um eine Erhöhung der Teilnehmerzahl für 1980 ersucht. Der Magistrat Graz hat aber 1979 gegenüber 1978 um 40 Prozent weniger Plätze angefordert. Dies ist wieder ein Beispiel für die soziale Einstellung des Bürgermeisters Götz. Sein Sparbudget geht auf Kosten der sozial armen und alten Mitbürger. In die Aktion einbezogen sind 24 Gaststätten in 16 steirischen Orten, und sie wird in fünf Turnussen in den Monaten Mai und Juni, und September und Oktober, also in der Vor- und Nachsaison, durchgeführt. Diese Altenurlaubsaktion ist somit für die Beherbergungsindustrie der Steiermark von nicht unerheblicher, wirtschaftlicher Bedeutung. Die große Anzahl der Gaststätten, die sich laufend um Aufnahme in die Altenurlaubsaktion bewerben, ist ein deutlicher Beweis dafür und die vor kurzem vorgelegte Fremdenverkehrsbilanz hat festgestellt, daß der Inlandsgast die Steiermark nicht unbedingt bevorzugt. Ich glaube, vielleicht wäre jetzt zu überlegen, ob diese Altenurlaubsaktion in der Steiermark bei nicht ausgelasteten Gaststätten und vielleicht noch nicht entdeckten Fremdenverkehrsarten auch in der Hauptsaison durchgeführt werden könnte. Es sind ja Ein- und Zweibettzimmer, die den Urlaubern zur Verfügung stehen und Verpflegung und Betreuung werden von den Teilnehmern überall gelobt und für Annehmlichkeiten und Unterhaltung wird von den dortigen Gastwirten gesorgt. Es spricht dies auch, möchte ich sagen, für die Beamten, die mit besonders viel Herz und Einfühlungsvermögen für die alten Menschen diese Gastwirtschaften aussuchen und genau kontrollieren, so daß der alte Urlaubsgast sich dort wirklich wohl fühlt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Insgesamt wurden bisher vom Land Steiermark für die Altenurlaubsaktion an 50prozentigen Anteilen 25,874.998 Schilling ausgegeben. Die restlichen 50 Prozent wurden von den Sozialhilfeverbänden beziehungsweise dem Magistrat Graz getragen. Allein im Jahre 1979 wurden 4,2 Millionen Schilling dafür aufgewendet. Im heurigen Jahr nahmen aber auch erstmals 94

Amtsbescheinigungs- und Opferausweisträger an der Aktion teil, für die das Land 100 Prozent der Kosten getragen hat. Für das kommende Jahr sind im Budget 3.800.000 Schilling für Altenbetreuung und Altenurlaubsaktion vorgesehen, also ein wesentlich höherer Betrag wie für 1979. Es wird damit ein beachtlicher Beitrag zur Hebung der Lebensqualität unserer betagten Mitmenschen im Rahmen der Sozialpolitik geleistet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern war eine Vorstandssitzung des steirischen Altenhilfswerkes, welches im kommenden Jahr wieder mit 1.050.000 Schilling subventioniert wird. Im Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr, also für 1979, wurde berichtet, daß zirka 550 Personen von 34 Helfern betreut wurden. Das ist zirka die Personenanzahl von zwei bis drei Altenheimen. Hiefür wurden vom Land, Gemeinden und Sozialhilfeverbänden nur 3,5 Millionen Schilling aufgewendet. Leider ist aber auch hier die Stadtgemeinde Graz mit ihrer finanziellen Beitragsleistung prozentuell weit hinter der Beitragsleistung der anderen Einsatzbezirke, obwohl Graz die meisten Helfer im Einsatz hat und hier auch die meisten Personen betreut werden. Die Menschen, die Hilfe erhielten, konnten dadurch in ihrem Zuhause und ihrem gewohnten Lebenskreis verbleiben. Wenn man dies in den Vordergrund stellt, kann man ermesen, welche großartige Leistung und großartige Einrichtung bei relativ geringem finanziellen Aufwand vom steirischen Altenhilfswerk vollbracht wird. Sie reiht sich an andere Sozialleistungen, die vielen Menschen das Leben erleichtern oder lebensmöglich machen. Jeder Lebensabschnitt bringt besondere Schwierigkeiten. Dem alten Menschen kann man die physischen Beschwerden nicht abnehmen. Ihm aber das Leben lebenswert und die Lebensfreude zu erhalten, ist mit einer Aufgabe für die Gesellschaft und besonders für Sozialpolitiker. Diese zwei kleinen angeführten Aktionen sollen mit dazu beitragen, diese Aufgabe zu lösen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann anschließen an das, was die Frau Vordnerin gesagt hat. Die Aufgaben des Fürsorgeferenten haben sich ja weitgehend geändert. Die materielle Not ist in den Hintergrund getreten und es geht jetzt darum, den Menschen bei anderen Nöten beizustehen und das Hauptproblem unserer Zeit ist die Einsamkeit, die Verlassenheit. Es geht um den alten Menschen, der im Krankenhaus abgegeben und nicht abgeholt wird. Es geht um den alten Menschen, der allein und gängstigt in der Wohnung sitzt und wartet, bis das Telefon klingelt. Ich muß sagen, daß auf dem Gebiet das Land Steiermark wirklich einiges geleistet hat. Ich komme noch einmal auf den Altenhilfsdienst zu sprechen. Es geht ja im wesentlichen um das Gespräch. Es gibt sehr viele Patienten im Krankenhaus, ältere Patienten, die sagen: Eigentlich ist das die einzige Gelegen-

heit, wo man noch mit jemanden reden kann und wenn nun, ich darf das sagen und ich freue mich sehr darüber, der Herr Landesrat Bammer wird sich noch mehr freuen, daß die Belagzahlen im Landeskrankenhaus Graz im letzten Jahr um fünf Prozent zurückgegangen sind. Ein ganz erstaunlicher Erfolg eigentlich, den wir gar nicht erwartet haben. So ist mit daran schuld, mit — nicht allein —, die Tätigkeit der Altershelferinnen draußen und des Hauskrankenpflegedienstes, die es uns ermöglichen, Patienten doch früher zu entlassen. Vielleicht wird man einmal zu einer Umschichtung im Budget kommen, daß wir im Spital weniger brauchen um uns dafür mehr für die Betreuung jener Menschen zu Hause leisten können.

Meine Damen und Herren, ganz knapp vor dem Mittagessen nur noch ein Gedanke. Wir sind ein an sich sterbendes Volk. Wir haben leider immer weniger Kinder, wir konnten einige Posten kleiner gestalten, beim Kindergarten und so weiter, weil es einfach weniger gibt, aber wir haben immer mehr alte Leute und wir versuchen mit offenbar untauglichen Mitteln die Geburtenzahl wieder zu heben. Vielleicht ist es ein Beitrag zur Erhaltung der Familie, wenn man jetzt einmal beim anderen Ende anfängt. Wenn man sich jetzt einmal mehr um den alten Menschen kümmert, der zu Hause bleiben kann und vielleicht wird dieser alte Mensch auch wieder die Initialzündung dafür setzen, daß die Familie wieder zum Leben kommt, daß auch die jüngeren Menschen wieder wissen, um was es in diesem Leben geht, daß sie auch das erlöschende Leben schätzen lernen und daß sie dadurch auch zur Erkenntnis kommen, daß das werdende Leben noch etwas wesentlich Höheres ist. Dankeschön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Horvatek. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Horvatek: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Im Ansatz 425 des Landesvoranschlages findet sich eine Summe von 374.000 Schilling für Entwicklungshilfe. Ein Thema, das mich seit Jahren persönlich sehr interessiert. 374.000 Schilling, das heißt, daß das Land Steiermark für das Jahr 1980 0,0022 Promille seines Budgets zur Lösung der Probleme der dritten und vierten Welt beiträgt. Ich sage das angesichts der Kompetenzlage gar nicht polemisch. Im Gegenteil, es ist erfreulich und dankenswert, daß durch Vermittlung des Herrn Landeshauptmannes Sebastian und durch die Bereitschaft aller zuständigen Stellen einige Deutschlehrer aus Senegal ihr Studium bei uns vervollständigen können. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Da haben wir auch etwas gemacht!“) Ich möchte trotzdem, auch wenn es ein bißchen mehr ist, (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Es würde mich nicht stören, wenn Sie mich zitieren, denn wir haben auch etwas gemacht!“) diesen Beitrag zur Entwicklungshilfe als eine notwendige Erinnerungspost sehen, weil ich persönlich davon überzeugt bin, daß Fragen der Entwicklungshilfe längst zu Überlebensfragen unserer eigenen Zukunft gewor-

den sind. Die harten Tatsachen, um die hier niemand herumkommt, wurden vor kurzem in einem amerikanischen Magazin so ausgedrückt: „Wenn die Welt ein globales Dorf mit 100 Menschen wäre könnten 70 von ihnen nicht lesen, nur einer hätte College-Ausbildung, über 50 würden an Unterernährung leiden und über 80 würden in Wohnverhältnissen leben, die wir als unzumutbar betrachten.“

Man kann die Situation der Entwicklungsländer also gerafft so zusammenfassen:

Die 30 Prozent der Weltbevölkerung in den Industriestaaten verfügen über 82 Prozent der Weltproduktion, über 91 Prozent der Weltexporte, über 98 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Die Rüstungsausgaben der Industrieländer sind heute jährlich größer als das Bruttosozialprodukt Afrikas und Asiens zusammen. Die unbestreitbare Tatsache, daß die reichen Länder immer reicher, und die armen Länder immer ärmer werden. Die Tatsache, daß sich die sozialen Spannungen in den Ländern der dritten und vierten Welt immer radikaler zu artikulieren beginnen, die Tatsache, daß die Arbeit der zuständigen Nebenorganisationen der Vereinten Nationen in einer Flut von Paragraphen zu ersticken droht, verschärfen die Situation. Die Industriestaaten, das muß man sagen, sind heute weiter denn je von einer gemeinsamen Lösung entfernt. Eine Lösung, wie die vom österreichischen Bundeskanzler Dr. Kreisky mehrfach initiierte Idee einer Art Marshallplan für die Entwicklungsländer wäre ganz sicher ein brauchbares Modell. So wie die Vereinigten Staaten nach dem zweiten Weltkrieg die zerstörten west- und mitteleuropäischen Länder und Japan durch kräftige Wirtschafts- und Innovationshilfe wieder auf- und ausbauen halfen, so sollten die westlichen Industrieländer nunmehr die historische Aufgabe angesichts der riesigen Probleme, die vor uns stehen, übernehmen. Langfristige Kredite und Investitionen in Entwicklungsländern, ich denke hier zum Beispiel an die VOEST-Alpine, an VEW, sind ein sehr wichtiger und aktueller Beitrag, auch für die Arbeitsplatzsicherung hier bei uns im Land. Warum sage ich das alles? Erstens, weil es auch hierhergehört in den steirischen Landtag, denn wir haben die Pflicht, in einer Zeit darüber zu reden, in der auch bei uns zum Beispiel die Diffamierung von Nachbarn fröhliche Urständ feiert. Wir müssen einen Beitrag zur Gesinnung für Entwicklungshilfe leisten. Und zwar als ständige Aufgabe und Herausforderung. Der kleine finanzielle Beitrag, den wir leisten, und ich will mich hier nicht um ein paar Promille streiten, ist sicherlich zu wenig. Es gibt das Problem, daß zwischen den großen Notwendigkeiten der Hilfe und den Realitäten der Leistungen ein fast unüberwindlicher Graben des Bewußtseins zu klaffen scheint. Immer dann, wenn, ausgelöst durch Massenmedien, Nachrichten über das große Sterben draußen in der Welt über den Bildschirm flimmern, dann wachen wir ein wenig aus der Wohlstandsletargie auf. Eine Bewußtseinsbildung auf Zeit. Wie wenig nachhaltig das ist, das zeigt das Beispiel der vietnamesischen Bootsleute. Anfang dieses Jahres verging doch kein Tag, an dem nicht über den tausendfachen Tod in den ma-

laischen und chinesischen Gewässern berichtet wurde. Furchtbare Bilder — aber wer redet heute noch davon? (Abg. Dr. Piaty: „Der Herr Sekanina ist seinerzeit dagegen marschiert!“) Aber gerade in diesen Tagen kommen zu uns die apokalyptischen Szenen eines „Holocaust“, eines Massenmordes unserer Tage, die Vernichtung des kambodschanischen Volkes. Eine Spirale der Gewalt, Herr Abgeordneter Dr. Piaty, zu der alle, Franzosen, Japaner, Amerikaner, Russen, Chinesen, Vietnamesen, ihren Teil beigetragen haben. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist das sozialistische Indochinakomitee!“) Wie vor 40 Jahren wird ein Völkermord begangen. Sind drei von vier Kindern bereits tot, ziehen ausgemergelte und kraftlose Flüchtlingskaravane durch den Dschungel, sterben einen namenlosen Tod in überfüllten Flüchtlingslagern. (Abg. Dr. Piaty: „Die damals mitmarschiert sind, sind heute mitschuldig!“ — Abg. Brandl: „Das gilt allgemein, was Sie jetzt gesagt haben!“)

Und so sage ich zweitens: Als vor fast zwei Wochen der ORF auf der Welle Ö3 diesem Völkermord einen ganzen Tag gewidmet hat, fiel mir persönlich nicht so sehr der Einsatz der großen Hilfsorganisationen, wie der UNO und des Roten Kreuzes auf, sondern der Einsatz der zahllosen privaten Gruppen, der freiwilligen Helfer aus den westlichen Ländern, auch aus Österreich und auch aus der Steiermark.

Wir danken immer wieder in diesem Hohen Haus anläßlich der Budgetdebatte, mit Recht den vielen Vereinen, den Feuerwehren, der Rettung, den Verbänden, Menschen, die helfen. Deshalb möge heute auch einmal Dank abgestattet werden jenen Gruppen und Einzelpersonen, die unauffällig, aber oft umso wirksamer ihren solidarischen Beitrag für die Entwicklungsländer leisten. Ich meine dabei nicht nur, aber auch die Initiative für Arusha, die der Bürgermeister der Industriestadt Mürzzuschlag so tatkräftig gesetzt hat. Ich meine nicht nur, aber auch die traditionellen kirchlichen Institutionen und die durch den Friedensnobelpreis ausgezeichnete Amnesty International. Ich meine nicht nur, aber ganz besonders die Aktivbürger, die sich zum Beispiel in der Erklärung von Graz zusammengefunden haben. In ihrem jüngsten Thesenpapier stellen sie wörtlich fest: „Wir sind bereit, unsere Solidarität mit den Benachteiligten dadurch sichtbar zu machen, daß wir einen Teil unseres verfügbaren Einkommens regelmäßig für Unterstützungsprojekte verfügbar machen.“

Manche gehen dabei bis zu einem Zehntel ihres Einkommens. Wir sollten anerkennen, daß hier vor allem junge Menschen in dieser so unüberschaubar gewordenen Welt ihre Identität suchen und finden. Und so möchte ich drittens und abschließend sagen: Die Vereinten Nationen streben an, daß die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für Entwicklungshilfe ausgeben. Einige Länder, wie zum Beispiel Norwegen oder Schweden, haben diese Ziffer bereits überschritten, wir in Österreich haben auch aufgeholt, aber wir liegen erst bei 0,27 Prozent. Im OECD-Durchschnitt sind es immerhin schon 0,31 Prozent. Es liegt, ich wiederhole es, denn das ist der Kern des ganzen Problems, an uns, die

Menschen für die Entwicklungshilfe zu motivieren. Solidarische Entwicklungshilfe heißt aber auch solidarische Entwicklungspolitik hier bei uns. Heißt beispielsweise solidarisches Haushalten, ein vernünftiger Umgang mit Rohstoffen, mit Energie, mit ökologischen Kreisläufen und der Umwelt. Solidarisch, weil wir immer einen Blick dafür haben sollten, was unser Verhalten für andere bedeutet. Und eben das kann man nur selbst vormachen. Solidarisches Verhalten und Fortschritt hängen zusammen. Gerade deshalb müssen wir zeigen, wie Fortschritt gegen alle Gefährdungen durchzusetzen ist. Nur eine Politik, die entscheiden will, was wachsen soll, wobei ich mich zum Wachstum grundsätzlich bekenne, kann Resignation und Pessimismus überwinden. Zu diesem Mut zur Zukunft und zur Bereitschaft, wenn es sein muß, auch unbequeme Wege zu gehen und die Probleme bei uns, aber auch dort, wo sich die Menschen selbst nicht helfen können, zu lösen, sollten wir uns alle bekennen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Bevor wir eine Mittagspause einschalten, gebe ich dem Hohen Haus bekannt, daß für sechs von der Landesregierung eingebrachte und von mir zugewiesene Regierungsvorlagen die Dringlichkeit begründet wurde. Es sind dies für den Landwirtschafts-Ausschuß die Regierungsvorlage, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, für den Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlagen, Gesetz, mit dem die Gemeindevahlordnung Graz 1957 geändert wird,

Gesetz, mit dem die Gemeindevahlordnung 1960 geändert wird (Gemeindevahlordnungs-Novelle 1979),

Gesetz, mit dem die Landtags-Wahlordnung 1960 geändert wird (Landtags-Wahlordnungsnovelle 1979),

die Regierungsvorlage, mit der die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird, und

das Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird (Landes-Verfassungsgesetznovelle 1979). Um dem Landwirtschafts- und dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß Gelegenheit zu geben, diese Regierungsvorlagen zu beraten und sodann dem Hohen Haus antragstellend zu berichten, ersuche ich die Mitglieder dieser beiden Ausschüsse jetzt gleich zu Beginn der Mittagspause sich in den Rittersaal zu begeben.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 12.30 Uhr.)

Zweiter Präsident Gross:

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe dem Hohen Haus bekannt, daß der Landwirtschafts-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 290/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark und der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 304/1, Beilage Nr. 33, Gesetz, mit dem

die Gemeindevahlordnung Graz 1957 geändert wird, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 305/1, Beilage Nr. 34, Gesetz, mit dem die Gemeindevahlordnung 1960 geändert wird (Gemeindevahlordnungs-Novelle 1979),

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 306/1, Beilage Nr. 35, Gesetz, mit dem die Landtags-Wahlordnung 1960 geändert wird (Landtagswahlordnungsgesetz-Novelle 1979),

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 143/1, Beilage Nr. 17, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird, und

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/1, Beilage Nr. 37, Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird (Landes-Verfassungsgesetznovelle 1979), behandelt haben und nunmehr antragstellend berichten können.

Ich schlage vor, diese Geschäftsstücke als Tagesordnungspunkte 10 bis 15 auf die Tagesordnung zu setzen und hierüber zu verhandeln. Gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können nicht auf der Tagesordnung stehende Geschäftsstücke nur dann als dringlich in Verhandlung genommen werden, wenn der Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder hiezu seine Zustimmung gibt. Außerdem wäre von der Einhaltung der Auflagefrist abzusehen.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, welche mit meinem Vorschlag einverstanden sind, ein Zeichen ihrer Zustimmung mit der Hand zu geben. Der Vorschlag ist angenommen.

Wir kommen nun wiederum zur Gruppe 4. Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Abgeordneten Julie Bischof. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Bischof: Herr Präsident, Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Maitz hat ja bereits positiv zur Behindertenhilfe gesprochen, ich möchte mich auch diesem Kapital zuwenden und noch mehr ins Detail gehen. Die Hilfe für behinderte Menschen ist in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt der Sozialarbeit geworden. Die Fortschritte der Medizin ermöglichen eine bessere Versorgung und Kompensierung der verschiedenen Leiden und Gebrechen. Dies gilt vor allem für die körperlichen Behinderungen, wo die Entwicklung neuer Operationsmethoden und die Konstruktion spezieller Hilfsmittel und Apparate viele Menschen trotz körperlicher Gebrechen in die Lage versetzt, daß sie fast wie ein gesunder Mensch leben können. Auch bei der Behandlung geistiger und seelischer Behinderungen wurden große Fortschritte erzielt. Geistig Behinderte, die früher kaum das Kindesalter überlebten, erreichen nun ein hohes Lebensalter, sie können in ihren Fähigkeiten so weit entwickelt werden, daß sie nicht in geschlossenen Anstalten dahinvegetieren, sondern in speziellen Einrichtungen ein Leben führen, das den Menschenrechten und der Menschenwürde entspricht.

Auch die soziale Einstellung gegenüber den behinderten Mitmenschen hat sich geändert, und damit dieses Verständnis wachgehalten wird, bitten wir auch die Presse und den Rundfunk um Unterstüt-

zung. Unsere Grundlage in der Steiermark ist nach wie vor das Steiermärkische Behindertengesetz, das Hilfeleistungen für unsere behinderten Mitmenschen im Bereich der Schul- und Berufsausbildung, der beruflichen Eingliederung in Form von geschützten Arbeitsplätzen, Beschäftigungstherapie, persönliche Hilfe und Betreuung, ein Pflegegeld für Pflegebedürftige und auch eine Mietzinsbeihilfe für Bewegungsbehinderte vorsieht.

Zur Frage der möglichst frühzeitigen Erfassung von Behinderten ist festzustellen, daß dies nur auf freiwilliger Basis erfolgen kann, und wenn der Herr Abgeordnete Maitz gemeint hat, es müßte hier eine Erhebung gemacht werden, so möchte ich dazu sagen, daß man Hilfe nur anbieten, aber niemandem aufzwingen kann.

So ist, glaube ich, die Information der Behinderten, ihrer Eltern und aller Personen und Einrichtungen, die eben mit Behinderten in Berührung kommen können, besonders wichtig. Deshalb glaube ich auch, daß der Beratungsstelle für Behinderte im Landesbehindertenzentrum in Graz eine besondere Bedeutung zukommt, ebenso den Schulungsaktionen für die Familien mit behinderten Kindern. Der Anschluß an das gesellschaftliche Leben und die Hebung des Selbstwertgefühls ist aber von der beruflichen Integration abhängig. Es ist für gesunde Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung, daß sie eine gute und umfassende Schul- und Berufsausbildung erlangen, und ich glaube, das trifft für unsere behinderten Menschen noch in verstärktem Maß zu. Zirka 80 Millionen Schilling werden heuer vom Land Steiermark und von den Bezirkshilfeverbänden für die Ausbildung unserer Behinderten in Anstalten und Heimen aufgewendet. Weitere bedeutende Geldmittel sind notwendig, damit diese Einrichtungen geschaffen, ausgebaut und verbessert werden können. Zur Bedeckung der erhöhten Aufwendungen, die sehbehinderte Menschen zu tragen haben, stellt das Land Steiermark im nächsten Jahr bereits 65 Millionen Schilling an Blindenbeihilfen zur Verfügung. Dieser Betrag wird 2000 praktisch und vollständig blinden Menschen zugute kommen. Ab Jänner des kommenden Jahres wird die Blindenbeihilfe, die für Vollblinde heuer 2715 Schilling beträgt und für praktisch Blinde 1810 Schilling, voraussichtlich um 6,5 Prozent erhöht, das heißt, daß innerhalb der letzten zehn Jahre die Blindenbeihilfe sich verdreifacht hat. Die sozialistische Fraktion mit dem Landessozialreferenten unterstützt den geplanten Internatzubau mit einer Kapazität von 70 Betten im Landesbehindertenzentrum und wird sich dafür einsetzen, daß dieses Projekt, die Baubewilligung wurde ja bereits erteilt, vorrangige Bedeutung hat. Der Landessozialreferent hat sich auch mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß das Landesinternat der Krankenpflegeschule in Judendorf, das mit Ende dieses Jahres frei wird, als Behinderteneinrichtung adaptiert und vom Land Steiermark weiterhin angemietet wird. Diese Einrichtung wird dann als Außenstelle des Landesbehindertenzentrums geführt werden. Nach Durchführung der notwendigen Baumaßnahmen, für die nur ein geringer Kostenaufwand erforderlich sein wird, kann dann in diesem Gebäude ab Sommer des nächsten Jahres mit 42 Behinderten Beschäftigungstherapie

betrieben werden. Die Beschaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen für unsere behinderten Mitmenschen war bereits in den letzten Jahren ein Schwerpunkt der Behindertenhilfe und wird es auch künftig bleiben. Gerade die behinderten Menschen haben auch das Recht auf Arbeit, denn dadurch erhalten sie erst das notwendige Selbstwertgefühl, und sie werden damit entsprechend in die Gesellschaft eingegliedert. Besser als in anderen Bundesländern Österreichs ist es in der Steiermark geglückt, geschützte Arbeitsplätze für Behinderte in der Privatwirtschaft einzurichten. Mit dieser Maßnahme, an der sich neben dem Land Steiermark auch die Arbeitsmarktverwaltung und das Landesinvalidenamt an den Kosten beteiligen, ist es gelungen, daß 800 Behinderte in der freien Wirtschaft auf geschützten Arbeitsplätzen untergebracht sind, und darüber hinaus haben wir, das haben wir vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart gehört, fast 200 geschützte Arbeitsplätze im Landesdienst und 24 geschützte Arbeitsplätze im Magistrat Graz. Es wäre natürlich sehr zu wünschen, würden auch andere öffentlich-rechtliche Körperschaften beziehungsweise auch Gemeinden geschützte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Da der Bedarf an diesen Arbeitsplätzen noch lange nicht gedeckt ist, wird es vordringliche Aufgabe der achtziger Jahre sein, einerseits geschützte Arbeitsplätze in noch verstärktem Ausmaß in der freien Wirtschaft zu fördern und andererseits aber im Rahmen eines Gesamtkonzeptes des Sozialministeriums in Zusammenarbeit mit den Ländern geschützte Werkstätten zu errichten. Die Sozialreferentenkonferenz ist damit bereits befaßt und arbeitet ein solches Konzept aus unter gleichmäßiger Beteiligung zwischen Bund und Ländern. Im Rahmen dieses Konzeptes soll in der Steiermark zunächst in Fohnsdorf eine derartige geschützte Werkstätte errichtet werden. Es soll aber auch erwähnt werden, und auch das wurde schon gesagt, daß in diesem Bereich private Organisationen für unsere Behinderten ganz hervorragende Arbeit leisten. Unser Sozialreferent bemüht sich auch seit Jahren, diese engagierten privaten Vereinigungen bestmöglichst zu fördern und zu unterstützen. Eine ganz hervorragende Stellung innerhalb dieser privaten Organisationen nimmt wohl seit vielen Jahren das Odilien-Blindeninstitut ein. Für die derzeit 41 Jugendlichen, die im Rahmen der Behindertenhilfe in diesem Institut betreut werden, leistet die öffentliche Hand 315 Schilling pro Person und Tag. Ein Geldbetrag, glauben wir, der in Anbetracht der großen hier erbrachten Leistungen durchaus als angemessen bezeichnet werden kann.

Unser Sozialreferent hat sich auch dafür eingesetzt, daß das Land Steiermark die Haftung für einen 10-Millionen-Schilling-Kredit übernommen hat, ohne den die Werkhalle im Odilien-Blindeninstitut nicht hätte errichtet werden können. Um die Bezahlung dieses Kredites sicherzustellen, leistet das Land Steiermark überdies eine jährliche Subvention in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling. Bis jetzt konnten für die Errichtung dieser Werkhalle Geldmittel des Landes in der Höhe von mehr als 5,8 Millionen Schilling bereitgestellt werden. Außerdem konnte Landesrat Gruber innerhalb der letzten zehn

Jahre für die Renovierung und für die Instandhaltung dieses Gebäudes und für die neuerrichtete Wäscherei aus Landesmitteln eine Subvention von mehr als 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung stellen.

Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen, kann gesagt werden: Vieles ist geschehen, so manches ist aber noch zu tun. Das Jahr 1981 wurde von der UNO zum internationalen Jahr der behinderten Menschen erklärt. Wir glauben, das ist eine nicht so schnell wiederkehrende Chance, die breite Öffentlichkeit intensiver über Probleme behinderter Menschen zu informieren. Eine Aufklärung darüber, was behindert sein bedeutet, soll bereits im Kindergarten, in der Schule, in der Familie beginnen, aber auch das Fernsehen kann durch Informationsvermittlung die Integration behinderter Menschen fördern und ihre Anliegen unterstützen. Die Bemühung um Anerkennung und Hilfe für unsere behinderten Menschen darf nicht nur ein Anliegen der zuständigen Politiker, der zuständigen Beamten und einiger engagierter Menschen in unserem Land sein. Diese Sorge und Anteilnahme muß im Bewußtsein von uns allen fest verankert sein.

Weil ich schon beim Rednerpult bin und das auch zur Gruppe 4 gehört, möchte ich auf einen Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Chibidziura, ein sehr schweres Wort, eingehen. (Allgemeine Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete hat, als er noch gar nicht lange auf der Abgeordnetenbank gesessen ist, bei einer Debatte gerufen, sozial ist nicht sozialistisch. (Abg. Ing. Turek: „Richtig!“) Wir sind anderer Meinung. Erstens setzt man von einem neuen Abgeordneten voraus, daß er eine bestimmte Achtung vor diesem Hohen Haus hat und sich ein wenig überlegt, welchen Zwischenruf er macht. (Abg. Dr. Eichinger: „Hat er gerade gesagt!“ — Abg. Ing. Turek: „Vor dem Hohen Haus schön, aber vor den Sozialisten nicht!“) Das ist aber traurig, wir gehören auch dazu. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Hochachtung haben wir schon!“) Sehr geehrte Damen und Herren! Heutzutage rühmen sich viele, sozial zu sein. Aber aus der Geschichte der Arbeiterbewegung geht ganz eindeutig hervor, daß sie es war, die mit den Gewerkschaften die Gesetzgebung in der ersten Republik bereits reichlich beeinflußt hat und immer bemüht war, die sozialen Unterschiede auszugleichen. Ich möchte hier feststellen, es ist einer sozialistischen Bundesregierung gelungen, daß Österreich in den siebziger Jahren gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner das größte Wirtschaftswachstum aller europäischen OECD-Staaten hat, zugleich aber den drittkleinsten Preisanstieg (Abg. Schrammel: „Das ist eine Wirtschaftsrede!“), die zweitniedrigste Arbeitslosenrate und als einziges Land eine unterproportionale Jugendarbeitslosigkeit. Wie der Herr Abgeordnete Brandl von uns bereits in seiner Budgetrede betont hat, kein konservativ geführter Staat kann für sich in Anspruch nehmen, daß er sozial ist, weil keiner dieser Staaten die Arbeitslosigkeit bewältigen kann. (Abg. Ing. Turek: „Das hat der Brandl gar nicht gesagt!“) Mit anderen Worten! Alle Daten zeigen, daß eine konservative Führung zu Arbeitslosigkeit und hoher Inflationsrate führt. (Abg. Dr. Heidinger: „Ist der Regierungschef in der Bundesrepublik

Deutschland auch konservativ? Das ist mir neu!“) Mit den Oststaaten, die sich fälschlich auch sozialistisch nennen, identifizieren wir uns nicht, weil sie Diktaturen sind. Ebenso nicht mit dem neuen sozialen Weg in der Stadt Graz. Ein sozialer Weg wäre für uns als Sozialisten in Österreich der gemeinsame Weg, wie der Herr Abgeordnete Heidinger aufgezeigt hat, der gemeinsame Weg der Zehnbis Vierzehnjährigen in einer neuen Mittelschule. (Abg. Schrammel: „Jetzt kommt eine große Schulrede!“ — Abg. Prensberger: „Sag' es ihnen richtig hinein!“ — Abg. Feldgrill: „Laßt die Frau Abgeordnete weiterreden!“) Als Frau, weil ich beim Rednerpult bin, möchte ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Piaty sagen. (Abg. Dr. Eichinger: „Wie ist das mit dem Bischof-Krampus-Spiel?“) Die sozialistische Bundesregierung hat durch die Familienrechtsreform die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter, ideell als Beruf anerkannt und aufgewertet. (Abg. Dr. Schilcher: „Wodurch?“ — Abg. Ing. Turek: „Durch fünf Staatssekretärinnen.“) Das war der erste Schritt. Wir machen uns sehr wohl Gedanken und Sorgen über die materielle Aufwertung. Dazu hat auch eine Enquete, wenn Sie die Presse gelesen haben, gedient, unter dem Titel „Beruf — Hausfrau“. (Abg. Dr. Eichinger: „Enqueten sagen nie allzuviel aus!“) Übrigens, eine Initiative, die von der Steiermark ausgeht. Nach Überlegungen wollen wir dann den zweiten Schritt setzen, und wir glauben, das ist um so eher möglich, weil wir nun auch einen weiblichen Staatssekretär für Frauenfragen im Bundeskanzleramt haben. Danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Johanna Jamnegg.

Abg. Jamnegg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gelingt der Frau Abgeordneten Bischof tatsächlich jedes Jahr, anlässlich der Budgetdebatte den sogenannten Prioritätenstreit, wer ist sozialer, hier vom Zaun zu brechen. Wir sind Ihnen nicht böse, Frau Abgeordnete Bischof, ein bißchen einseitig ist die Darstellung halt, aber ich will jetzt dem Hohen Haus ersparen, die Chronik der Sozialpolitik, schon unserer Vorgänger und auch jetzt in der Zweiten Republik, darzustellen. (Abg. Prensberger: „Aber die Interessen der Frau vertritt sie gut!“ — Abg. Brandl: „Sie hat trotzdem recht!“ — Abg. Ing. Turek: „Wer sagt das?“ — Abg. Pörtl: „Die Frauen haben immer recht!“) Nun, sowohl der Herr Abgeordnete Dr. Maitz als auch die Frau Abgeordnete Bischof haben sich sehr ausführlich und sehr ernst mit der Frage der Behinderten auseinandergesetzt. Ich kann dies alles unterstreichen. Ich möchte in diesem Zusammenhang ergänzend anmerken, daß wir zu diesem Budget einen Resolutionsantrag eingebracht haben, in dem wir ersuchen, dafür vorzusorgen, daß beim Bau, im Wohnungsbau, bei Geschoßbauten, für eine entsprechende Anzahl von Behindertenwohnungen vorgesorgt wird. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich folgendes sagen: Mit dem Sozialhilfegesetz, mit der großen Novelle zum Behindertengesetz, mit dem Blindenbeihilfengesetz haben wir in den letzten Jahren im Land Steiermark zweifellos große

Schwerpunkte in der Sozialpolitik unseres Landes gesetzt, und wir haben neue Wege im sozialen Bereich eingeleitet. Ich glaube, man kann auch sagen, seit Inkrafttreten dieser Gesetze konnte viel mehr Personen in unserem Land geholfen werden als früher, was sich auch unter anderem in den enorm gestiegenen Ansätzen im Budget für den sozialen Bereich ausdrückt. Meine Damen und Herren, dennoch wäre es verfehlt, zu glauben, daß damit schon alles getan ist, um die vielschichtigen und sehr komplex gelagerten sozialen Fragen zu lösen. Wir haben zwar in Österreich ein dichtes Netz sozialer Gesetze, das viele unserer Mitmenschen vor elementaren Mängeln bewahrt, alte soziale Fragen sind gelöst, doch haben sich in unserer Gesellschaft, wie wir alle wissen, neue soziale Probleme entwickelt, die bisher noch nicht in den Griff zu bekommen sind, die bisher eher vernachlässigt wurden und in unserem Sozialsystem wenig oder noch keine Berücksichtigung gefunden haben. Als Beispiel möchte ich einmal die Mehrkinderfamilien anführen. Meine Damen und Herren, eine Untersuchung hat ergeben, daß eine Familie mit zwei Kindern von 16 Jahren und darüber mit einem Durchschnittseinkommen von 10.463 Schilling in ihrem Pro-Kopf-Einkommen bereits unter die Armutsgrenze abrutscht. Die Frau Staatssekretär Karl meint, ich darf sie jetzt wörtlich zitieren: „Daß man feststellen müsse, daß viele Kinder nicht einmal ihre einfachsten Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und Gesundheit befriedigen können.“ Soweit das Zitat der Frau Staatssekretär Karl. Diese Probleme, meine Damen und Herren, sind also innerhalb der Bundesregierung bekannt. Dennoch wird zu wenig dazu getan, um den Familien wirksam zu helfen. Die materielle Not vieler Familien ist gewiß mit eine der Ursachen, wenn auch nicht umfassend, daß heute viele Familien außerhalb des Wohlstands stehen und vielleicht ein gewisser Zusammenhang zu sehen ist, wenn auch nicht allein, aber doch, warum Österreich zu den drei geburtschwächsten Ländern der Welt zählt. Nun haben die Kinderbeihilfen schon bisher mit den ständig steigenden Kosten nicht Schritt gehalten. So werden diese, wie wir mit Bedauern gehört haben, bis zum Jahre 1981 eingefroren, weil der Herr Finanzminister, das ist ganz offen zugegeben worden und nicht eine Behauptung unsererseits, seit Jahren Milliardenbeträge aus dem Familienlastenausgleichsfonds entnimmt und zweckwidrig für Budgetsanierungsmaßnahmen verwendet. Die Situation der Familien wird sich so sicher bedauerlicherweise noch weiter verschlechtern. Oder, meine Damen und Herren, sehen wir die Situation der Mindestrentner. Ein Antrag der ÖVP im Parlament, den Ärmsten durch eine bessere Aufstockung der Mindestpensionen zu helfen, wurde von der sozialistischen Mehrheit im Parlament glatt abgelehnt. Andererseits aber, meine Damen und Herren, wurden die Pensionsbeiträge, ich erzähle Ihnen hier auch nichts Neues, ich rekapituliere hier nur, nun weiter erhöht, und Dallinger hat ja schon festgestellt, daß wir hier praktisch schon am Plafond angekommen sind und gleichzeitig auch, daß diese Erhöhung nicht in die Pensionskassen fließt, sondern ebenfalls anderweitig für Budgetsanierung verwendet wird. (Abg. Spo-

ner: „Wann hat er das gesagt?“) Das können Sie doch nicht bestreiten, lesen Sie das nach bei Weibenberg, bei Dallinger, und Androsch selbst hat das zugegeben. (Abg. Brandl: „Sie verwechseln das!“) Natürlich die Zuschüsse zu dem Pensionsfond; ist völlig klar. Dazu kommt, meine Damen und Herren, daß der Bund seit Jahren nicht mehr seiner vollen Verpflichtung bei der Zahlung des Zuschusses an die Pensionsversicherungsträger nachgekommen ist. Hier erlauben Sie mir einen kurzen Vergleich: Unter der ÖVP-Regierung hat im Jahre 1969 der Pensionszuschuß des Bundes 33,7 Prozent betragen. Unter der sozialistischen Regierung wird dieser Pensionszuschuß des Bundes für das kommende Jahr nur mehr 17 Prozent ausmachen, also die Hälfte von dem, was früher in die Pensionskassen einbezahlt wurde. (Abg. Sponer: „Frau Kollegin, das ist eine totale Verzerrung!“ — Abg. Ing. Turek: „Das ist soziale Demontage.“) Daran kann man nicht rütteln. Es tut mir leid, wenn ich mit diesen Darstellungen Ihren Frieden, der sich den ganzen Tag über im Haus abgezeichnet hat, stören muß, aber um diese Fakten kommen wir nicht herum, denn auch die steirische Bevölkerung ist davon zutiefst betroffen. (Abg. Brandl: „15 Prozent bei den Pensionisten!“) Nun rüttelt innerhalb der SPÖ da und dort ein maßgeblicher Politiker auch an den wohl erworbenen Ansprüchen für Pensionen, an den wohl erworbenen Ansprüchen der Versicherten, und man hört jetzt schon, daß die Witwenpension auch schon zur Diskussion gestellt wird. Aber ich darf Ihnen versichern, wir werden uns zu wehren wissen. (Abg. Sponer: „Wo hört man das?“) Ich möchte auch fragen, was ist denn aus dem angekündigten Kampf gegen die Armut in Österreich geworden? Die Zahl der Armen in Österreich hat sich in den Jahren der sozialistischen Alleinregierung, also innerhalb der letzten zehn Jahre, kaum merklich verringert. Sie sagen von 450.000 auf 430.000. In der Steiermark allein, das haben die Erhebungen ergeben, gibt es 130.000 Personen, die unter der Armutsgrenze leben. Die Armen, meine Damen und Herren, sind heute nachgewiesenermaßen die Mehrkinderfamilien, die Mindestrentner, die alten Gewerbetreibenden, die alten Bauern. 40 Prozent der Bauernpensionisten haben ein Einkommen von knapp 2000 Schilling im Monat. Über 400.000 Menschen in Österreich leben somit im Schatten der Wohlstandsgesellschaft. (Abg. Sponer: „Sagen Sie die Ursachen auch dazu!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Die Regierung!“ — Abg. Brandl: „Weil die ÖVP so konservativ ist und sich geehrt hat!“ — Abg. Dr. Maitz: „Gott sei Dank!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, für diese Menschen ist es nicht nur traurig, sie müssen es auch als eine Provokation empfinden, wenn immer wieder gesagt wird, wie gut es heute allen in Österreich geht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schrammel: „Das ist die Wahrheit!“) Aber, über den materiellen Bereich hinaus gibt es heute auch andere soziale Probleme, die mit der quantitativen Sozialpolitik oder mit der materiellen Absicherung allein nicht zu lösen sind. Immer stärker und immer deutlicher wird die neue soziale Frage, die Frage von mehr Menschlichkeit, von dem Bedürfnis nach mehr Nächstenliebe, die Frage nach mehr mitmenschlicher Hilfe gestellt. Mit dem Sozialhilfe-

gesetz haben wir im Land Steiermark viele Wege eröffnet und gewiesen, allein für den Ausbau und die Errichtung neuer sozialer Dienste im Sinn der mitmenschlichen Betreuung und der menschlichen Nähe. In einigen Bereichen gibt es hier auch eine überaus gute Entwicklung. Wir haben eine Familienhilfe, wir haben ein Altenhilfswerk, wir haben seit dem Vorjahr über den Verein „Sozialmedizinischer Pflegedienst“ auch eine Hauskrankenpflege, und die Hauskrankenpflege wird heute im Bezirk Fürstenfeld, in Neumarkt, und dort für acht Gemeinden, und in der Stadt Mürzzuschlag schon durchgeführt. Derzeit laufen Gespräche mit den Bezirken Leoben und Graz-Umgebung. Die Hauskrankenpflege ist also erfreulicherweise in unserem Bundesland im Aufbau. Andere Länder sind hier schon vorausgegangen, und wenn wir in Österreich verbleiben, um hier ein Beispiel herauszunehmen, in Vorarlberg gibt es in 45 Gemeinden Hauskrankenpflegevereine. Wir werden bei uns noch vieles an Initiativen mobilisieren müssen, um in der Steiermark allen Mitbürgern, die Hilfe erwarten, die Hilfe brauchen, Hilfe in Anspruch nehmen müssen, diese Hilfe auch zu bringen. Über die Hauskrankenpflege, aber auch über die anderen sozialen Dienste, und wir müssen vor allem dafür sorgen, daß die Anspruchnahme dieser Dienste auch möglich ist, daß sie allen Leuten, auch örtlich gesehen, zugänglich ist. In der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren, und zwar in verschiedenen Ländern, gibt es eine Reihe von sozialen Vereinigungen, und man hat dort einen neuen Weg beschritten, indem man beispielsweise für einen Einzugsbereich von 20.000 Einwohnern Sozialstationen errichtet hat, und in diesen Sozialstationen sind sämtliche vorhandenen sozialen Dienste zusammengeschlossen, also unter einem Dach vereinigt. Wie etwa die Hauskrankenpflege, Familienhilfe, Altenhilfe usw. Ich glaube, meine Damen und Herren, auch wir sollten bei uns eine solche Lösung anstreben, weil die Betreuung unserer Mitbürger durch die verschiedenen sozialen Dienste und auch durch die verschiedenen Träger dieser sozialen Dienste über die Errichtung von Sozialstationen, und zwar auch für abgegrenzte Einzugsbereiche, besser gesichert und auch besser koordiniert werden kann. Ich möchte damit konkret anregen, daß wir darangehen, auch in der Steiermark solche Sozialstationen zu errichten. Nun ist mir klar, und ich glaube, es ist uns allen bewußt, daß die öffentliche Hand als Träger solcher Einrichtungen allein zweifellos überfordert wäre. Daher sollten hier, stärker noch als bisher, die private Initiative und auch die freie Wohlfahrt noch stärker miteinbezogen werden. Meine Damen und Herren! Worauf es ankommt ist, daß viele, möglichst viele Kräfte in unserem Land hiefür mobilisiert werden, um unseren Mitbürgern, die das allein nicht schaffen, mit verstärkter mitmenschlicher Hilfe ein Stück mehr an Lebensqualität und ein menschenwürdiges Leben zu sichern. (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich gemeldet, einmal, weil der Herr Abgeordnete Horvatek heute vormittag in einer, glaube ich, sehr eindrucksvollen Weise darauf hingewiesen hat, daß es uns guttut, in der vorweihnachtlichen Konsumzeit darüber nachzudenken, daß es eigentlich eine ganze Reihe von Völkern gibt, denen es weitaus schlechter geht als uns. Er hat darauf hingewiesen, daß wir solidarischer sein müssen und daß wir vielleicht den Anteil an Entwicklungshilfe erhöhen müßten. Er hat auch darauf hingewiesen, daß das Land eigentlich mit seiner Hilfe für senegalesische Lehrer etwas tut. Nur ein Wort zur Art und Weise, wie man es tut: ein Wort zur offiziellen Entwicklungspolitik. Ich glaube, daß wir davon abgehen sollten, bei Entwicklungshilfe so zu reagieren, wie ein reicher Mann, der entweder durch seine Gaben noch ein bißchen reicher werden möchte, oder der seine Gaben sozusagen aus schlechtem Gewissen gibt. Beides tun wir leider und beides ist nicht sehr zielführend. Wenn wir also hergehen und sagen, wir investieren Großprojekte in Entwicklungsländer, weil wir sonst keine Märkte mehr finden im Westen, ohne Rücksichtnahme, ob den Ländern diese Projekte gefallen oder nicht, ob wir dort vielleicht gewachsene Situationen zerstören, ob wir dort in Strukturen eingreifen, die wir gar nicht mehr aufbauen können, wenn wir sie einmal zerstört haben, dann ist das in Wahrheit keine Hilfe. Wahrscheinlich nicht einmal eine Hilfe für uns, wenn wir etwa große Industrieanlagen exportieren, die uns dann selber irgendwo einmal konkurrenzieren. Ich würde meinen, es sollte die offizielle Entwicklungspolitik nachdenken, ob diese Großtechnologien, die wir exportieren, eine wirkliche Entwicklungshilfe sind. Ich bin in diesem Zusammenhang auch nicht sicher, ob es sehr günstig ist, daß der zuständige Staatssekretär für die verstaatlichte Industrie gleichzeitig der zuständige Staatssekretär für die Entwicklungshilfe ist, weil das dann pausenlos eben Projekte der zuständigen Großtechnologien sein werden.

Ein Zweites: Ich glaube auch nicht, daß es zielführend ist, wenn wir die Entwicklungshilfe geben, wie ein reicher Mann mit schlechtem Gewissen. Das heißt, so gut und wirklich beifallswert die Idee in Mürzzuschlag ist, nämlich Regionalpartnerschaft zu machen, so problematisch ist es, einfach durch eine Geldzahlung, ohne es sich an Ort und Stelle angesehen zu haben, was damit gemacht werden kann, sozusagen das eigene Gewissen zu entlasten. Ich würde den Vorschlag machen, daß man diese Regionalpartnerschaft umdreht und zuerst vielleicht die Dinge anschaut, schaut, was die da unten wirklich brauchen, oder das tut, was das Land sehr verdienstvoll macht, nämlich Leute heraufholt und sie schult und Leuten dieses Wissen und die notwendigen Kenntnisse beibringt, damit sie im eigenen Land, wo sie sich auskennen, segensreich wirken. Denn dieser Export, dieses Glück-Machen an Hand der eigenen Vorstellungen, sei es jetzt um zu verdienen, sei es um sein schlechtes Gewissen abzureagieren, ist, glaube ich, keine günstige Art. Ich weiß von einer ganzen Reihe von Gruppen junger Menschen in der Steiermark, daß sie bereit ist, sich an solchen Projekten mit echter Hilfe zu beteiligen. Es gibt viele junge Menschen, die ideal-

stisch sind und etwas tun wollen. Horvatek hat hingewiesen auf die Initiativen etwa der katholischen Kirche in diesem Bereich, die Dritte-Welt-Läden, die sie auch in Graz haben und schon in einigen Bezirksstädten, weisen in dieselbe Richtung. Ich sage das alles, weil ich glaube, daß man diese Entwicklungshilfe weg von bloßen Geldzahlen bringen sollte, und leite damit gleich über zum eigentlichen Kapitel, wo wir gerade die obligate Bischofs-Hymne gehört haben, auf die steirische Sozialpolitik.

Ich meine jetzt, das, was wir langsam bemerken in der Entwicklungshilfe, was dort nicht stimmt, nämlich einfach mehr Geld in mehr Institutionen zu geben, das bekommen wir auch hier in der Steiermark zu spüren. Der Herr Landesrat Gruber hat in verdienstvoller Weise, wie Sie wissen, vor einiger Zeit eine IFES-Studie machen lassen, nur müßte man sich wieder einmal erinnern, was da drinnen steht. Da steht drinnen, daß die immerhin zirka 940 Millionen Schilling genau jene Menschen nicht erreichen, die sie eigentlich brauchen. Nur 5 Prozent jener 130.000 Steirer, die bis 2000 Schilling gewichtetes Nettofamilieneinkommen haben, bekommen eine Sozialhilfe. Das heißt, es ist die Bemerkung gerechtfertigt, daß genau die, die es am dringendsten hätten, nichts bekommen. Wenn Sie diese an sich sehr verdienstvolle Studie durchlesen, dann bekommen Sie eine Beklommenheit, denn hier werden Armutsbilder geschildert, wie die Situation eines einundvierzigjährigen alleinstehenden Mannes, Rückgradverletzung, mehrere Kinder, der sagt: „Um Sozialhilfe kann ich mich nicht kümmern“. Nächste Familie sagt: „Von der Sozialhilfe habe ich nichts zu erwarten.“ Die nächste Familie sagt: „Wir haben von der Sozialhilfe noch nichts bekommen.“ Nächste Familie sagt: „Ich will mit der Sozialhilfe nichts zu tun haben.“ Daraus ist ganz offensichtlich doch der Schluß zu ziehen, daß diejenigen Sozialhilfe beziehen, die sich besonders auskennen und offenbar nicht immer die sind, die sie brauchen würden. Das allein ist schon ein Tatbestand, der uns sehr wachsam machen sollte, weil da Gelder ganz offenbar dann in die falschen Kanäle kommen. Ich habe Dinge erlebt bei Enqueten und bei Besprechungen mit Sozialhelfern, die ebenso bedenklich waren. Ein junger Sozialhelfer, der in Graz begonnen hat, sagt: „Ich habe nach einem halben Jahr aufgehört, denn ich habe mir Sozialhilfe anders vorgestellt. Ich habe dort fast den ganzen Tag Berichte schreiben müssen. Einen Bericht nach dem anderen, und viel Zeit zum wirklichen Helfen ist mir nicht geblieben.“ Er ist weggegangen und ist jetzt bei der Caritas. Viele junge Menschen, die mit viel Optimismus an dieses Werk gehen, werden von einer zunehmend unverständlicheren Bürokratie erdrückt. Ich möchte auf dieses Problem aufmerksam machen. Bei einer Studententagung mit dem Bürgermeister Stoisser ist das harte Wort von der „Sozialgestapo“ gefallen, daß Menschen oft nicht mehr den Kontakt mit anderen Menschen haben, daß sie nur mehr sagen: wann geboren, wieviel Einkommen, wieviel Kinder und, und, und ... notieren, Bericht schreiben. Ich glaube, daß das sicher nicht verallgemeinert werden darf, aber ich glaube, man muß vor Tendenzen warnen, die es hier offenbar in Ansätzen bereits

gibt. Denken Sie an den kürzlich ereigneten Fall der jungen Witwe, die nichts bekam, von jedem Amt weggeschickt wurde, nur als sie einmal in der Zeitung stand, haben sich am nächsten Tag die Ämter telefonisch gerauft, ihr plötzlich zu helfen. Ich glaube, daß diese Erscheinungen dazu angetan sind, nachzudenken, ob wir mit der nötigen Menschlichkeit das viele Geld in die Sozialhilfe stecken.

Ein letztes Beispiel, das ich persönlich erlebt habe: Kinderreiche Familie in der Nähe von Birkfeld. Menschen, die diese Familie nie gesehen haben, in dem Fall haben auch Höchstgerichte entschieden, weil der Vater nicht ganz „astrein“ ist, er ist ein paarmal eingessen, die Kinder werden abgenommen und verteilt auf mehrere SOS-Kinderdörfer. Wir haben gewarnt ... (Abg. Preamberger: „Es ist bedauerlich, daß der Vater nicht in Ordnung war!“ — Dr. Maitz: „Was können die Kinder dafür?“) Statt der Familie zu helfen, statt dorthin zu gehen, wie es zum Beispiel eine Gruppe von selbstlosen Frauen gemacht hat. Sie sind dorthin gegangen und haben der Frau waschen geholfen, kochen geholfen, haben versucht, die Kinder, die nicht auseinander wollten, beisammen zu halten. Da hat die Bürokratie gesagt nichts, weg mit ihnen. Ergebnis: Als die Kinder aufgeteilt waren, hat ein Sohn Selbstmord begangen. Ich meine nicht, daß das der Regelfall ist. Ich sage nur wieder: Solche Fälle sollten zu denken geben, daß wir einfach mit der Erhöhung der Budgetansätze für Sozialhilfe unser Gewissen noch nicht beruhigen dürfen, sondern daß wir wahrscheinlich diese Menschlichkeit aufbringen sollten, um Privatinitiativen, die bereit sind, auch mit persönlichem Engagement zu helfen und nicht nur mit den fremden Steuermitteln, daß wir die wenigstens nicht behindern und ihnen Förderung angedeihen lassen, damit die Sozialhilfe auch jene erreicht, die sie eigentlich erreichen soll. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zinkanell.

Abg. Zinkanell: Meine Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich zu Problemen der älteren Generation zu Wort gemeldet, aber aufgrund der sehr negativen Darstellung der sozialen Situation durch die Frau Kollegin Jamnegg habe ich in meinen Unterlagen nachgeschaut und die Kriegsopferzeitung vom Dezember dieses Jahres herausgeholt. Ich habe den Eindruck, daß dort förmlich in vorausschauender Weise die Antwort zu lesen ist, die auf die Ausführungen der Frau Kollegin notwendig ist. Ich bitte, einige Sätze aus dieser Zeitung in diesem Zusammenhang zitieren zu dürfen. Es heißt hier: „72,5 Milliarden Schilling oder 24 Prozent der Gesamtausgaben des Budgets werden 1980 für soziale Einrichtungen ausgegeben. Davon allein 21,5 Milliarden Schilling für Pensionen, Renten und Ausgleichszulagen. 1980 werden aus dem Bundeshaushalt zu jedem Schilling ausbezahlter Bauernpension 70 Groschen, zu jedem Schilling ausbezahlter Selbständigenpension 62 Groschen und zu jedem Schilling ausbezahlter Arbeiterpension 14 Groschen dazu bezahlt.“ (Abg. Schrammel: „Das ist der soziale Ausgleich!“) Das ist eine reine Feststellung. (Abg.

Jamnegg: „Das ändert nichts an den Fakten!“ — Abg. Schrammel: „Sie polemisieren!“ Ich polemisiere nicht, ich zitiere nur. (Abg. Jamnegg: „Sie zitieren etwas anderes!“) Die dafür aufgewendeten Mittel entsprechen 78 Prozent der dem Bund 1980 verbleibenden Einnahmen aus der Lohnsteuer. Zu Beginn des Jahres 1980 werden die Renten und Pensionen generell um 5,6 Prozent angehoben. Für den Bundeshaushalt bedeutet dies einen Mehraufwand von 3,5 Milliarden Schilling. (Abg. Jamnegg: „Insgesamt 17 Milliarden Schilling!“) Die durchschnittliche Alterspension nach dem ASVG wird ab dem 1. Jänner 1980 5264 Schilling betragen. Seit 1970 bedeutet dies eine Steigerung von 151,5 Prozent und eine reale Einkommensverbesserung von 40 Prozent. (Abg. Jamnegg: „Von den Mindestrentnern gesprochen!“) Das ist eine unverdächtige Aussage aus der Kriegsoferzeitung. (Abg. Brandl: „Die Reallohnsteigerung ist noch höher!“) Besonders viel, darf ich das vielleicht noch dazu sagen, wurde für die Bezieher von Mindestpensionen getan. Ab 1. Jänner 1980 werden ihnen monatlich 3493 Schilling ausbezahlt, das sind um 2160 Schilling oder um 50 Prozent real mehr als vor zehn Jahren. (Abg. Brandl: „Das ist erfolgreiche Sozialpolitik!“ — Abg. Pörtl: „Das sind unsere Steuergelder!“) Das ist eine sehr beachtliche Aussage als Antwort auf das, was von Ihnen gebracht wurde.

Ein kleiner Absatz weiter: Die bäuerliche Altersversorgung wurde erst in den siebziger Jahren eingeführt, das ist nicht ganz zutreffend; eingeführt schon früher, aber wie, und ausgebaut, so kam es von einer landwirtschaftlichen Alterszuschußrente Mitte 1976 von 996 Schilling zu einer Bauernpension ab Mitte 1980, die 2170 Schilling im Schnitt betragen wird. Diese Umstellung bedingt für den Bundeshaushalt seit 1977 eine zusätzliche Ausgabe von fast 2 Milliarden Schilling. (Abg. Brandl: „Das ist enorm!“ — Abg. Jamnegg: „Das ist eine Demagogie!“) Das ist eine ganz andere Darstellung und ein ganz anderes Bild, liebe Kollegin, als das, was Sie uns vorzudemonstrieren versucht haben. (Abg. Dr. Eichinger: „Trotzdem ist die Mindestrente zu gering!“) Wer bestreitet denn das? Das bestreitet ja gar niemand. Es kommt nur darauf an, wieviel gegeben werden kann und wo man allenfalls von anderen Möglichkeiten her abzwängt und abzwängt, um hier noch zu verbessern. Sie können versichert sein, daß sozial zwar nicht unbedingt sozialistisch ist, aber daß sozialistisch auf jeden Fall sozial ist. Da können Sie sicher sein. (Beifall bei der SPO. — Abg. Schrammel: „Nicht immer!“) Solange Sie das erlebt haben, lieber Kollege, und solange wir das noch erleben, ganz bestimmt. Da müßten ganz andere Leute kommen, die das nicht mehr so halten würden, als es jetzt praktiziert wurde und praktiziert wird.

Nun darf ich mich dem eigentlich von mir vorgesehenen Thema zuwenden, der älteren Generation, und darauf hinweisen, daß durch den medizinischen Fortschritt, durch die Verbesserung der sozialen Sicherheit, aber auch durch die Erkenntnisse bezüglich einer gesunden Ernährung, nicht nur der Anteil an alten Menschen an der Gesamtbevölkerungszahl immer höher wird, sondern sie bewahren sich erfreulicherweise bis ins hohe Alter

auch ihre geistige und körperliche Frische. Dieser Tatsache tragen insbesondere die Pensionistenverbände Rechnung. Durch Maßnahmen der Aktivierung bemüht man sich, einer möglichst großen Zahl alter Menschen den Zustand der eigenen Aktivität möglichst lange zu erhalten. Die Pensionistenorganisationen wissen, daß sie mit ihren Aktivitäten den älteren Menschen sehr viel Gutes tun. Das Tätigsein, geistig und körperlich, gibt den Pensionisten ein neues Selbstgefühl, und man möchte fast sagen, ein verstärktes Selbstbewußtsein. Es ist ein großer Unterschied zwischen unserer älteren Generation und der alten Generation vor uns, meine Damen und Herren. Die aktivierten älteren Menschen sind durchaus aber auch gewillt, ihr Schicksal, so weit es irgendwie möglich ist, selbst zu gestalten und ihre Angelegenheiten auch selbst zu besorgen. Aus dem Wissen, daß die älteren Menschen selbst tätig und verantwortlich sein wollen, formulieren die Pensionistenorganisationen, und hier darf ich sagen, insbesondere der Pensionistenverband der Steiermark mit seinen 42.000 Mitgliedern (Abg. Dr. Maitz: „Der Seniorenklub!“ — Abg. Brandl: „Sind viel weniger!“) — ist nicht ausgenommen. Ich nehme ihn nicht aus — die Forderung, überall mitsprechen zu können, wo übergeordnete Instanzen in Alterschicksale eingreifen und wo über ihre Angelegenheiten entschieden wird. Selbstverständlich wollen sie ihre Organisationen und Einrichtungen, wie ich bereits erwähnt habe, selbst führen. Das heißt allerdings nicht, daß sich die Alten in ein Ghetto zurückziehen möchten. Sie wollen volle Integration in die Gesellschaft, wobei es gewiß Aktivitäten, wie zum Beispiel beim Sport, gibt, wo die älteren Menschen ohne Zweifel lieber unter sich bleiben möchten. In diesem Sinn hat auch der Pensionistenverband Steiermarks, und ich habe nur diese Unterlage, wenn ich eine andere zur Verfügung hätte, würde ich sie gerne mitverwenden, seine Aufgabe verstanden und seine Tätigkeit und Altenpolitik danach ausgerichtet. (Abg. Jamnegg: „In den gewerkschaftlichen Nachrichten steht alles drinnen!“) Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich Ihnen einige Details aus der Tätigkeit des Pensionistenverbandes sage; zum Beispiel 280.000 ältere Menschen haben an den Veranstaltungen teilgenommen, das sind um rund 50.000 mehr, oder 20 Prozent mehr, als im Jahr 1977. Mit mehr als 2000 Autobussen sind über 91.000 Pensionisten auf Reisen gewesen. (Abg. Prensberger: „Gut für die Wirtschaft!“) Für so viele waren die Reiseerlebnisse eine wertvolle Bereicherung ihres Alltags. 14.000 Teilnehmer konnten bei Schwimm- und Gymnastikstunden verzeichnet werden. Großer Beliebtheit erfreuen sich auch die Pensionistennachmittage, an denen 45.700 Personen teilgenommen haben. (Abg. Feldgrill: „Beim Seniorbund waren es über 100.000.“) Es ist, glaube ich, sehr beachtlich, wenn man hört, daß bei den Turnnachmittagen ein sprunghaftes Ansteigen verzeichnet werden konnte. Im Jahre 1977 hat es 188 Nachmittage mit 2300 Teilnehmern gegeben. Im Jahre 1978 sind es 333 Nachmittage mit 7600 Teilnehmern gewesen. Das ist ein sehr beachtlicher Aufschwung. (Abg. Ing. Turek: „Ein Turnverein!“) Wir haben hier noch keinen Turnverein, Herr Kollege Turek.